Nr. 60. 29. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 12. März 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Der Riesenkampf der Bergknappen.

Sie haben sich überall erhoben. Die eben noch fleißige Arbeiter waren, sind trotzige Kämpfer geworden. Zu den mehr als eine Million Bergknappen, die in England aus den finsteren Gruben an das Tageslicht gekrochen kamen, um in der Sonne den Körper kühn zu recken, kommen an die Zweihunderttausend, die im Ruhrrevier aufstehen. Und schon regt es sich in Sachsen, regts sich in Schlesien, in Oesterreich, in Frankreich, im Luxemburgischen. Vielleicht raffen auch die Belgier sich noch einmal empor. Ueberall dieselbe Not, überall dieselbe aus dieser Not geborene Entschlossenheit und überall dieselbe abweisende Haltung der Grubenmagnaten, welche die Bergknappen zum letzten ungern getanen Schritt, zum Streik, zwingt.

Zwei Unterschiede sehen wir nur zwischen hier und England. Dort sind die Arbeiter einig nicht nur in ihren Wünschen, sondern auch in ihrem Handeln. In Deutschland wird diese Einigkeit gestört durch das Verhalten der christlichen Organisationsleitung. In England gibt sich die Regierung wenigstens den Anschein der Unparteilichkeit und stellt Forderungen auch an die Unternehmer. In Deutschland wissen die Behörden nichts weiter zu tun, als mit Mahnungen und Warnungen an die Streikenden heranzutreten. Sie fühlen sich durchaus als die Vertreter des Unternehmertums. Fast jeder der Eisenbahnzüge, die am Sonnabend und Sonntag in den Ruhrorten ankamen, brachte Gendarmen aus den entferntesten Gegenden Deutschlands, aus Posen, Pommern, Schleswig-Holstein usw. Das ganze Ruhrgebiet wimmelt von Gendarmen; ein bedenklicher Zustand, da diese Land und Leute nicht kennen und durch „Schneidigkeit" zu ersetzen versuchen werden, was ihnen an Kenntnis der Arbeiterpsyche abgeht. Ist das die Wirkung der Delbrückschen Information? — Die Christlichen haben am Sonnabend den Streikbruch in aller Form proklamiert. Flugblätter wurden vor den Schächten in Massen verbreitet, in denen die Bergarbeiter beschworen werden, nicht in den Streik zu treten, der in diesem Augenblick unverantwortlich und für die deutsche Arbeiterschaft schädlich sei. Die Christlichen geben jedoch zu, daß die Lage der Bergarbeiter nicht so ist, wie sie sein müßte und sein könnte. Sie hätten ein Recht auf höheren Lohn und müßten über ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen mitbestimmen können, damit ihnen nicht nur das gegeben wird, was ihnen die Arbeitgeber gutwillig geben wollten. Sie hätten das Recht, diese Forderungen eventuell durch einen Streik durchzusetzen. Nur den Streik jetzt durchzusetzen, verneinen die Christlichen! Dann wird den Arbeitern damit gruselig gemacht, daß ein Streik wegen Mangel an Geld zusammenbrechen müßte. Diesen arbeiterfreundlichen Rat den Bergleuten zu geben, hätten die Christlichen doch den Scharfmachern überlassen sollen. Als ob nicht die gesamten deutschen Gewerkschaften hinter den Bergarbeitern ständen! Mit Rührseligkeit wird dann darauf verwiesen, daß durch den Streik andere Berufe in Mitleidenschaft gezogen werden.

Dann folgt ein Appell an die Behörden, für ausreichenden Schutz der christlichen Streikbrecher zu sorgen, schließlich die Zusicherung, daß der christliche Verband als Vorbedingung für bessere Arbeitsverhältnisse die Einführung korporativer Arbeitsverträge empfehle, und der Glaube, daß die Zechenverwaltungen die berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllen werden. Dieses Flugblatt konnte von den Christlichen überall verbreitet werden, während die Versammlungseinladungen der drei Bergarbeiterverbände von Gendarmen zerrissen wurden.

Dieser Ruf nach „korporativen Arbeitsverträgen" läßt schon erkennen, welche Taktik die christlichen Verbandsleiter einzuschlagen beabsichtigen. Sie, die ja ganz offenbar mit den Grubenleitern an einem Strange ziehen, haben vor, mit diesen einen Sondervertrag abzuschließen, um den Bergarbeitern vorzumachen, man habe alles Erreichbare errungen, und dadurch den Streik zum Abbröckeln zu bringen. Die lange an der Nase herumgeführten Bergleute dürften sich aber nicht mehr täuschen lassen! Die Revierkonferenz der drei in die Lohnbewegung eingetretenen Verbände, die am Sonntag in Herne tagte, dauerte über vier Stunden. In der Diskussion wurde von einem Teil der Delegierten befürchtet, daß die Haltung des christlichen Gewerkvereins den Streik erfolglos machen könne. Die Versammlung nahm aber schließlich mit 507 gegen 74 Stimmen folgende Resolution an:

Die am 10. März 1912 in Herne tagende, von Delegierten der drei Verbände beschickte Revierkonferenz ist mit dem Vorgehen und den Forderungen dieser drei Verbände voll und ganz einverstanden. Sie ist einmütig dafür, daß diese auch von den christlichen Führern vollständig gutgeheißenen Forderungen mit allem Nachdruck einheitlich verfochten und zur Annahme gebracht werden sollen, was nach erfolgter Ablehnung seitens der Zechenherren nur durch den gesetzlich zulässigen Streik erfolgen kann. Selbst wenn einige Zechen bewilligen sollten, so müßten die Belegschaften doch so lange den Streik fortsetzen, bis die Revierkonferenz darüber entscheidet. Die Konferenz ersucht alle Kameraden, die günstige Zeit mit auszunützen, den Streik mit aller Ruhe und unter Aufrechterhaltung musterhafter Ordnung bis zu Ende zu führen. Die Konferenz ersucht alle Kameraden, strengste Disziplin zu halten. Hoch die Solidarität!

Nach Annahme dieser Resolution erklärten sich auch die 74 Delegierten, die gegen die Resolution gestimmt hatten, mit dem beschlossenen Streik einverstanden.

Noch an demselben Tage fanden im ganzen Ruhrrevier Streikversammlungen statt. Bis 9 Uhr abends lagen beim alten Verband Berichte von 69 Versammlungen der Bergarbeiter, die von 140 000 Personen besucht waren, vor. Es ist demnach mit einem Gesamtbesuch von 150 000 Mann in den 80 abgehaltenen Versammlungen zu rechnen. Die Streikparole wurde allenthalben mit großer Begeisterung aufgenommen. Die Versammlungen waren zum guten Teil überfüllt, so daß mehrfach Parallelversammlungen veranstaltet werden mußten. An den meisten Versammlungen nahmen auch christliche Bergarbeiter teil, die sich mehrfach an der Debatte beteiligten. Sie erklärten, daß sie unter keinen Umständen Streikbrecher würden. Sie würden gerade so gut für einen besseren Lohn mitkämpfen, wie die anderen Kameraden.

Natürlich hatten auch die „Christlichen" eine Anzahl von Versammlungen einberufen, die sich gegen den Streik aussprachen. In welchem Umfange die Mitglieder der christlichen Organisation der Parole der Führer folgen und zu Streikbrechern werden, bleibt abzuwarten.

Der Umfang des Streiks.

Ueber den Umfang der Bewegung werden die widersprechendsten Nachrichten verbreitet. Den meisten derselben sieht man auf den ersten Blick an, daß sie von Interessenten zum Zwecke der Stimmungsmache verbreitet werden:

Nach Einzelmeldungen heißt es:

Im Bezirke Dortmund I sind zur Morgenschicht von einer Gesamtbelegschaft von 9264 Bergleuten 3106 angefahren, was einen Ausfall von 66,47 Proz. bedeutet. Im Bezirk Ost-Recklinghausen sind von einem Sollbestande von 13 118 8228 Bergleute angefahren, also 37,28 Proz. ausständig. Im Steeler, Oberhauser, Gelsenkirchener und Bochumer Revier wird mit einer Gesamtzahl der Arbeitenden von etwa 70 Proz. der Belegschaft gerechnet. Im Revier Dortmund II, Belegschaft 15 128, fehlten 65,28 Proz., im Revier Dortmund III, Belegschaft 12 000, fehlten 41,42 Proz., im Revier Hattingen, Belegschaft 6464, fehlten 35,83 Proz., im Revier Nord-Bochum, Belegschaft 9135, fehlten 15,02 Proz., im Revier Herne, Belegschaft 10 785, fehlten 27,76 Proz. Im allgemeinen zeigte es sich, daß der Streik in den östlichen Revieren stärker zum Ausdruck gekommen ist, während er nach Westen fortschreitend schwächer wird und die Zahl der Fehlenden bis auf 20 Proz. und tiefer herabsinkt.

Im Gelsenkirchener Revier beträgt der Sollbestand der Belegschaft 10 142 Mann. Davon sind angefahren 7954 Mann, es fehlen demnach 2188 Mann gleich 21,57 Proz.

Im Revier Bochum-Süd, Belegschaft 6804, haben gefehlt 24,38 Prozent, Witten, Belegschaft 6858, gefehlt 48,97 Proz., Oberhausen 6188, gefehlt 19,29 Proz., Hamm 4523, gefehlt 50,53 Proz., Essen-Ost 8336, gefehlt 14,88 Proz., Essen-West 8930, gefehlt 22,91 Proz., Werden 5171, gefehlt 12,40 Proz., Duisburg 9563, gefehlt 43,09 Prozent, Süd-Essen 8984, gefehlt 21,47 Proz., Wattenscheid 6713, gefehlt 21,61 Proz., Recklinghausen-West 12 678, gefehlt 30,65 Proz.

In einem Sammeltelegramm heißt es:

Essen, 11. März. Von 170 868 Bergarbeitern sind 112 189 eingefahren, demnach beträgt der Prozentsatz der Streikenden 34,38.

Zum Verständnis dieser Ziffern muß gesagt werden, daß die Zahl der Streikenden nur allmählich — bei jedem Schichtwechsel — zunehmen kann. Vielfach fahren die Leute nur in die Grube, um ihr Werkzeug und sonstiges Eigentum herauszuholen. Man fuhr sie jedoch nicht wieder aus, sondern zwang sie, die ganze Schichtzeit in der Grube zu verbringen. Unter den Bergleuten hat dieser Akt der Freiheitsberaubung die Erbitterung nur noch verstärkt.

Später ändern sich denn auch die Ziffern. Die Zahl der Streikenden nimmt zu. Die Depeschen melden:

Bochum, 11. März. Die Zahl der Streikenden wächst ständig. Heute nachmittag hat der Streik im Ruhrrevier an Ausdehnung gewonnen. Während heute früh die Prozentziffer etwa 40 für den ganzen Bezirk betrug, stellt sich bei der Nachmittagsschicht das Verhältnis so, daß man sagen kann, die Hälfte der Bergleute hat sich dem Streik angeschlossen.

Gelsenkirchen, 11. März. Bei der Mittagsschicht betrug die Zahl der Nichteingefahrenen 50 Proz. Von 13 056 Mann der gesamten Belegschaften im Gelsenkirchener Stadt- und Landkreis sind 6528 unter Tag eingefahren, und von 1219 Bergarbeitern über Tage haben bis jetzt 987 weitergearbeitet. Ruhestörungen sind bisher nirgends zu verzeichnen gewesen.

Auch im Essener Revier beträgt der Prozentsatz der Streikenden nur 50 Proz.

Bochum, 11. März. Der Streik im Ruhrrevier nimmt ständig an Ausdehnung zu. Heute mittag streikten im gesamten Ruhrrevier bereits 60 Proz. der Belegschaften. Störungen der Ruhe und Ordnung sowie Angriffe auf Arbeitswillige sind im hiesigen Revier nicht zu verzeichnen gewesen.

Auch das offiziöse Wolffsche Bureau muß jetzt melden:

Essen, 11. März. Bei der heutigen Nachmittagsschicht sind von 109 884 Arbeitern 46 971 eingefahren. Es streiken also 57,25 Proz.

Und in Einzelmeldungen heißt es:

Dortmund, 11. März. Auf den Zechen der Harpener Bergbaugesellschaft sind heute mittag von 8061 Mann nur 691 eingefahren.

Dortmund, 11. März. Von 900 Mann der Belegschaft Kaiserstuhl 2 fuhren bei der Mittagsschicht 22 an, auf Kaiserstuhl 2 sind von 980 Bergleuten 34 angefahren, auf Zeche Tremonia von 430 nur 45, auf Dorstfeld von 512 nur 177 und auf Dorstfeld 2 von 385 im ganzen 39 Mann.

* * *

Die preußische Regierung im Dienst der Grubenbarone.

Nach einer Meldung der „Post" vom Montagabend, dem Organ einer Handvoll bei der Regierung angesehener Scharfmacher, wird am Dienstag im preußischen Herrenhause bei der Beratung des Antrags Puttkamer über den Schutz der Arbeitswilligen eine Erklärung über die Vorgeschichte des Kohlenarbeiterausstandes im Ruhrrevier gegeben und auf die Verhandlungen, die von der preußischen und der Reichsregierung mit den Führern der Bergarbeiter eingeleitet worden waren, eingegangen, um, wie die „Post" sagt, zu zeigen, daß die Regierung keine Mittel unversucht gelassen hat, den Ausstand zu verhindern. Weiter denunziert und droht das Scharfmacherblatt:

„Nachdem der Ausstand, der im allgemeinen als ein Sympathieausstand der deutschen Bergarbeiter für ihre englischen Kameraden angesehen wird, ausgebrochen ist, wird die Regierung bestrebt sein, mit allen Machtmitteln Ausschreitungen entgegenzutreten, und die Arbeitswilligen, die auf 120 000 bis 140 000 Mann geschätzt werden, zu schützen. Für den Fall, daß der Ausstand längere Zeit andauern sollte, dürfte Gendarmerie und Militär in erhöhtem Umfange nach dem Ausstandsrevier entsandt werden. Trotzdem die Ausstandsleitung vor Ausschreitungen gewarnt hat, werden solche doch befürchtet, falls der Ausstand länger als eine Woche dauern wird. Bei den gestrigen Versammlungen im Ruhrrevier hat man allgemein den Eindruck gehabt, daß die Stimmung schon jetzt ziemlich niedergedrückt ist, weil die Geldmittel nicht sehr erheblich sind. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften setzen ihre ganze Hoffnung auf die christlichen Gewerkschaften und lassen keine Mittel unversucht, auch diese zum Ausstand zu bewegen. In der morgigen Herrenhaussitzung wird die Ausstandsbewegung Gegenstand einer längeren Debatte sein, und es wird an die Regierung der Appell gerichtet werden, diese Ausstandsbewegung als Prüfstein zu benutzen, ob die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeitswilligen ausreichend sind."

Diese Konzentration aller Mächte gegen die Arbeiterschaft sollte den christlichen Bergarbeitern endlich die Augen öffnen. Die Bergarbeiter müssen die Ueberzeugung gewinnen, daß sie von einer Regierung, die den Scharfmachern derartige Vorspanndienste leistet, nichts zu erwarten haben. Die Arbeiter sind auf die eigene Kraft angewiesen.

Das sind also die Folgen der Information des Ministers Delbrück, die dieser vor einigen Tagen durch eine Unterredung mit einer Anzahl Bergarbeiterführer zu gewinnen suchte. Ueber diese Unterredung hat sich Hue am Sonntag in der Revierkonferenz zu Herne näher ausgelassen. Nach der „Voss. Ztg." sagte Hue u. a.:

„Wir haben eine etwa zweieinhalbstündige Aussprache gehabt. Während dieser ganzen Zeit ist weder von Giesberts noch von Behrens irgend eine Einwendung gegen unsere Forderungen gemacht worden. Sie erklärten sogar ausdrücklich, daß gegen diese Forderungen nichts einzuwenden wäre; es seien die Forderungen der gesamten Bergarbeiterschaft und es würde sich bloß fragen, ob diese oder jene Forderung nicht etwas anders formuliert werden könnte. Darüber ließe sich ja reden. Das muß notwendigerweise festgestellt werden, da man ja behaupten wird, unsere Forderungen seien nicht berechtigt. In der Konferenz kam der Wunsch nach einer friedlichen Verständigung allseitig zum Ausdruck, seitens der Regierung und seitens der Arbeitervertreter. Wir haben erklärt, wenn die Aussprache vielleicht acht oder vierzehn Tage früher gewesen wäre, so würde wahrscheinlich eine Beruhigung eingetreten sein, und es wäre auf einer Basis zum Frieden gekommen, die auch wir akzeptieren konnten. Wir wären auch heute noch bereit — zu jeder Tages- und Nachtzeit — mit Verhandlungen zu beginnen, sofern es gewünscht würde. Wir erklärten, daß wir die Arbeiterausschüsse bereits zweimal beauftragt hätten, Lohnverhandlungen zu führen. 1906 geschah dies gemeinsam von allen vier Verbänden, 1910 von den drei verbündeten Organisationen. Das Resultat war rein negativ, war derart, daß wir es nicht mehr wagen können, den Arbeiterausschüssen zu empfehlen, um Sitzungen nachzusuchen. Das haben wir dem Minister erklären müssen und wir haben hinzugefügt, daß es nicht unsere Schuld sei, wenn die Dinge so lägen."

Und trotz alledem die herausfordernde Stellungnahme der Regierung gegen die Streikenden!

Was die gefürchteten „Ausschreitungen" anbelangt, so haben diese leider nicht lange auf sich warten lassen. Wolffs Bureau muß diese Nachricht verbreiten:

Essen (Ruhr), 11. März. Die Lage im Streikrevier wird als ruhig bezeichnet. Bis jetzt liegen keinerlei Meldungen von Ausschreitungen vor. Die arbeitenden Bergleute gehen im Gegensatz zu 1905, wo sie truppweise geschützt von Polizeiorganen ihre Arbeitsstätte aufsuchten, einzeln ungehindert zur Arbeit. Die arbeitenden Bergleute werden von den Streikposten nicht behelligt und auch mit Zurufen verschont. Im ganzen sind für den Bezirk mehrere Tausend Schutzleute und Gendarmeriemannschaften zusammengezogen worden.

Im Gegensatz zu dem westlichen Teile des Ruhrreviers kam es im Dortmunder Revier zu einigen kleinen Zwischenfällen, so auf der Zeche Scharnhorst, wo heute früh **vier Arbeitswillige** von einem Streikenden „belästigt" wurden, **den sie dafür „verprügelten".**

Ein Streikender „belästigt" vier Arbeitswillige! Daß der Streikende von vier Arbeitswilligen verprügelt wurde, scheint niemand von den Tausenden von „Sicherheitsorganen" im Revier bemerkt zu haben!

* * *

Wie die Christen schwindeln!

Daß die politischen Interessen des Zentrums eine bedingungslose Unterwerfung der Bergarbeiter unter die Fuchtel des Kohlenkapitals verlangen, beweist das Verhalten des christlichen Gewerkvereins. Bekanntlich hat er, den Bedürfnissen der Grubenbesitzer und ultramontaner Fraktionspolitik entsprechend, in mehreren 100000 Exemplaren ein Flugblatt verbreitet, in dem zum Zwecke der Irreführung der Arbeiter die Wahrheit stranguliert wird. Zunächst sucht man den Anschein zu erwecken, als hätten die Grubenkapitalisten Lohnerhöhungen versprochen. Solche unwahre Behauptungen sollen die Arbeiter zu ruhigem Abwarten veranlassen, zu Narren machen, die da hoffen und harren. Sodann wird behauptet, man dürfe nicht streiken, das käme den Engländern zugute. 1906 hätten die Engländer zur Unterstützung des Streiks in Deutschland wohl etwas Geld gesandt, aber gleichzeitig im Verein mit ihren Arbeitgebern unserer Industrie möglichst große Absatzgebiete abgenommen. Gleich nach dem Streik hätte daher die Industrie mit Absatzmangel zu kämpfen gehabt, jahrelang unter der englischen Konkurrenz gelitten. — Solche Behauptungen setzen eine sehr starke — na sagen wir Phantasie voraus! Die Einfuhr von Steinkohlen aus Großbritannien, die im Jahre 1904 rund 5,8 Millionen Tonnen betragen hatte, stieg auf 7,5 Millionen Tonnen im nächsten Jahre, weiter auf 7,6 Millionen Tonnen im Jahre 1906, um schließlich, lange nach Beendigung des Streiks, im Jahre 1907 auf 11,9 Millionen Tonnen zu steigen. In derselben Zeit entwickelte sich die Einfuhr von Koks aus Großbritannien wie folgt: 1904: 12 119 Tonnen, 1905: 31 085 Tonnen, 1906: 17 466 Tonnen und 1907: 38 685 Tonnen. Also im Streikjahre keine Zunahme der Kohleneinfuhr und Rückgang der Einfuhr von Koks. Die Ausfuhr nach Großbritannien betrug: 1904 38 374 Tonnen Steinkohlen und 1115 Tonnen Koks, 1905 37 929 Tonnen Steinkohlen und 35 633 Tonnen Koks, 1906 9737 Tonnen Steinkohlen und 26 360 Tonnen Koks und im Jahre 1907 nur 886 Tonnen Steinkohlen und 16 002 Tonnen Koks. Also im Streikjahre war unsere Ausfuhr nach England größer als im Jahre später. Es ist also genau das Gegenteil von dem richtig, was das christliche Gewerkvereinsflugblatt behauptet. Ein spezieller Nachweis über die Einfuhr nach Hamburg zeigt ebenfalls, mit welcher Kühnheit die Christenführer die Wirklichkeit im Interesse des Kapitals auf den Kopf stellen. Von 1905 auf 1906 stieg die Einfuhr Hamburgs an britischen Kohlen von 3 587 960 Tonnen auf 3 770 000 Tonnen oder um 171 040 Tonnen. Die gleiche Zeit brachte eine Zunahme der Einfuhr westfälischer Kohlen von 1 975 450 Tonnen auf 2 317 000 Tonnen oder um 341 550 Tonnen. Also im Streikjahre eine erhebliche relative Verdrängung der englischen Kohle!

Und wie steht es mit der gesamten Ein- und Ausfuhr? Hier die Angaben in 1000 Tonnen:

		1904	1905	1906	1907
Einfuhr:	Steinkohlen	7 299	9 400	9 253	13 721
	Koks . . .	550	714	566	584
Ausfuhr:	Steinkohlen	17 997	18 157	19 551	20 061
	Koks . . .	2 717	2 761	8 415	8 798

Im Streikjahr 1906 ist die Einfuhr von Steinkohlen und Koks zurückgegangen bei gleichzeitiger Steigerung der Ausfuhr. Nach dieser Beleuchtung ultramontaner Behauptung weiß man, was von der ganzen Aktion dieser Seite zu halten ist: Die Arbeiter sollen im Interesse des Grubenkapitals beschwindelt werden!

* * *

Im sächsischen Kohlenrevier.

Im Lugau-Oelsnitzer Revier fanden Sonntag vier riesig besuchte Versammlungen statt. 75 Proz. der gesamten Belegschaften waren vertreten. Es wurde auf das ablehnende Verhalten der Bergherren, mit der Organisation zu verhandeln, folgende Resolution angenommen:

„Die stark besuchte Versammlung ist mit den von den Grubenvertrauensleuten aufgestellten und von der Organisationsleitung an die Werksleitungen eingereichten Forderungen einverstanden. Sie bedauert die ablehnende Haltung der Werksvertreter, mit der Organisation in Verhandlungen einzutreten. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß die geforderte Lohnerhöhung noch nicht ausreicht, um die durch die Verteuerung der Lebensmittel notwendigen Mehrausgaben zu bestreiten. Da die Versprechungen der Werksbesitzer im vorigen Jahre, die Löhne aufzubessern, nicht eingelöst wurden, beauftragt die Versammlung die Arbeiterausschüsse, spätestens bis Dienstag die Einberufung einer Sitzung zu betreiben, wo über die eingereichten Forderungen bestimmte Erklärungen der Werksverwaltung verlangt werden müssen. Wenn keine Zugeständnisse gemacht werden, sollen die letzten Konsequenzen gezogen werden."

Die Versammlungen waren von leidenschaftlicher Kampfesstimmung beseelt, und die Neigung zur sofortigen Arbeitsniederlegung war außerordentlich stark. Nur mit großer Mühe gelang es der Verbandsleitung im Bezirke zu verhindern, daß die Arbeitseinstellung sofort erfolgte.

Dresden, 11. März. Heute sollen sich die Bergwerksverwaltungen entscheiden, ob sie bereit sind, die ihnen schon vor einigen Tagen mitgeteilten Forderungen der Bergleute zu bewilligen. Die Arbeiterausschüsse haben für ihre Unterhandlungen die Weisung erhalten, die Entscheidungen der Verwaltungen nicht etwa durch eine ausweichende Antwort hinausschieben zu lassen, sondern auf klare Stellungnahme zu dringen. In einigen Tagen sollen hierauf die Vertrauensleute der Bergarbeiter zur Entgegennahme der Antwort in allen Bezirken zusammenkommen, und am nächsten Sonntag sollen neue Versammlungen stattfinden, in denen die Entscheidung über Streik oder Weiterarbeit, je nach dem Verhalten der Grubenverwaltungen, fallen wird. Man muß also damit rechnen, daß am nächsten Montag in den hauptsächlichsten Kohlenbergwerken eine Anzahl Gruben stillgelegt werden. Es wird erwartet, daß am ersten Tage etwa 12 000 Arbeiter nicht einfahren, eine Zahl, die sich voraussichtlich schnell vermehren würde. Der Braunkohlenbergbau wird zunächst von dem Streik nicht berührt werden, ebenso der Plauensche Grund. Etwa 2000 königstreue Knappen des Oelsnitz-Lugauer Bezirkes werden nicht mitmachen. Für die Stimmung ist kennzeichnend, daß in einer Versammlung dieses Bezirkes gestern der Eintritt in den Streik verlangt wurde. Von den 83 000 sächsischen Kohlenarbeitern entfallen auf den Zwickauer und Oelsnitz-Lugauer Bezirk etwa 20 000.

Dresden, 11. März. Im Verlaufe der Sitzung der Zweiten Kammer erklärte Ministerialdirektor Geheimer Rat Dr. Wahle bei Beratung des Bergetats: Es sei zuzugeben, daß die Löhne 1909 etwas niedriger waren als 1908, und 1910 etwas niedriger als 1909. Für 1911 liege noch keine Statistik vor. Wenn eine Lohnbewegung eintreten sollte, so sei die Regierung gerne zur Vermittelung bereit. Dr. Wahle schloß: Die Sozialdemokraten mögen die Bergarbeiter beruhigen. Die Arbeiter mögen sich an ihre Arbeiterausschüsse und an das Bergamt als Einigungsamt wenden. Wenn das nicht genügt, so steht auch die Regierung zur Verfügung. Wir hegen den dringenden Wunsch, daß die Lohnkämpfe ohne Arbeitseinstellung auf gesetzlichem Wege geregelt werden.

* * *

Die Bewegung in Schlesien.

Beuthen, 11. März. Im hiesigen Bezirk fanden gestern vierzig Bergarbeiterversammlungen statt, in denen dringend vom Streik abgeraten und der Arbeiterausschuß aufgefordert wurde, mit den Grubenverwaltungen erneut in Verhandlungen zu treten, damit eine Lohnerhöhung auf friedlichem Wege durchgesetzt werde.

Die vier Organisationen hatten vor einigen Tagen ein Gesuch an die einzelnen Zechenverwaltungen um eine 15prozentige Lohnerhöhung gerichtet. Hierauf sind bis jetzt fünf Antworten eingelaufen, die dahin lauten, daß die Verwaltungen sich mit den Gewerkschaften in keinerlei Verhandlungen einlassen wollen, da ja hierfür die Arbeiterausschüsse vorhanden seien.

* * *

Der englische Bergarbeiterstreik.

London, 10. März. (Eig. Ber.)

Zehn Tage sind nun schon seit dem Beginn des Generalstreiks der Bergarbeiter vergangen und die Lage ist im großen und ganzen dieselbe geblieben. Die Kohlenbesitzer von Südwales und Schottland weigern sich nach wie vor, den Minimallohn — irgendeinen Minimallohn — anzuerkennen. Die Kohlenbesitzer Englands stimmen den Vorschlägen der Regierung mit gewissen Vorbehalten zu. Die Bergarbeiter im ganzen Lande bestehen auf ihrer Minimallohnliste. Trotz der vielen entgegenstehenden Berichte haben die Arbeiter nirgends auch nur die leiseste Andeutung gegeben, daß sie gewillt sind, ihre Forderungen zu revidieren. Das einzige neue Faktum in den Verhandlungen bildet die Einladung zu einer unverbindlichen Besprechung zwischen Arbeitern, Unternehmern und Regierung, die die Regierung dem Vorstand der Föderation zugestellt hat. Der Vorstand konnte dieser Einladung nicht zustimmen, versprach aber, sie der schnellstens wieder einzuberufenden Bergarbeiterkonferenz zu unterbreiten unter der Voraussetzung, daß das Prinzip des Minimallohnes nicht diskutiert werden soll. Es soll also nur die Minimallohnliste zur Sprache kommen. Die Bergarbeiterkonferenz wird morgen im Ministerium des Aeußern stattfinden, die gemeinschaftliche Konferenz jedenfalls am folgenden Tage.

Es fragt sich jetzt, ob die südwalisischen und schottischen Unternehmer an der Konferenz teilnehmen werden. Ferner ist auch ungewiß, ob die Bergarbeiterkonferenz ihren Vertretern erlauben wird, mit den Kohlenbesitzern und Regierungsvertretern die Minimallohnlisten zu diskutieren. Es ist also noch sehr ungewiß, ob die von der Regierung vorgeschlagene Besprechung überhaupt stattfinden wird. Noch fraglicher ist es, ob die Besprechung zu irgendeinem Resultat führen wird. Es wäre denkbar, daß man sich auf eine modifizierte Form der Bergarbeiterforderungen einigen wird. In dem Falle liegt jedoch das Ende des Streiks ebenfalls noch in ziemlich weiter Ferne. In Northumberland, Durham und Südwales haben die Arbeiter beschlossen, keinen Vertrag anzunehmen, der durch eine Urabstimmung nicht ratifiziert worden ist.

Die Presse hat sich heiser geschrien und ihr Schimpfwörterlexikon so ziemlich erschöpft. Sie fährt jedoch fort, die Bergarbeiter beim Publikum anzuschwärzen und übertreibt bei der Schilderung der Folgen des Streiks wie zuvor. Allmählich ist es ihr zum Bewußtsein gekommen, daß bei dem herrschenden milden Wetter die Krokodilstränen, die sie täglich um die Kohlennot der Armen weint, etwas lächerlich aussehen. Im Augenblick sollen 450 000 Arbeiter aus anderen Berufen arbeitslos sein. Das mag vielleicht stimmen; ob diese Arbeitslosigkeit aber eine Folge des Bergarbeiterstreiks ist, ist eine andere Frage. Die Wirkung des Generalstreiks auf die Industrie im allgemeinen wird sich erst in dieser Woche empfindlich bemerkbar machen. Viel wird noch davon abhängen, ob die neuen Unterhandlungen Aussicht auf einen frühen Frieden geben werden. Denn viele Betriebe werden sich jedenfalls zu einer Einschränkung entschließen, wenn es gewiß wird, daß die Möglichkeit, neue Kohlenvorräte zu erhalten, noch in weiter Ferne liegt.

Der Umfang der Bewegung.

London, 10. März. Wie nunmehr festgestellt worden ist, beträgt die genaue Zahl der Streikenden **1 581 830 Mann,** davon sind 1 003 000 Grubenarbeiter und 578 830 Arbeiter anderer Gewerbe. Am stärksten ist die Zahl der beschäftigungslosen Metallarbeiter. Diese beträgt 208 000 Mann, dann folgen die Ofensetzer mit 80 000 Mann, die Hafenarbeiter mit 35 000 Mann und die Eisenbahner mit 37 200 Mann.

* * *

Der Demonstrationsstreik in Frankreich.

Paris, 11. März. Der für heute festgesetzte vierundzwanzigstündige Streik der französischen Bergleute, der die Aufmerksamkeit des Parlaments auf ihre Forderungen lenken soll, ist bisher ohne ernsten Zwischenfall verlaufen. Vollständiger Streik herrscht in Treis im Departement Bouches-du-Rhone, in St. Etienne, Firminy, in Terre Noire im Departement Loire, ferner in Cransac, Decazesville sowie in den Schieferbrüchen von Trélazé. Teilweiser Streik herrscht in Rochela-Molière, in St. Chamant, im Tale des Gers und in den Steinbrüchen von Segré.

Paris, 11. März. Der Ausstand ist vollständig in den Bergwerken von Lens, Liévin, Flines, Monceau-les-Mines, Epinac, teilweise in den Bergwerken von Béthune, Anzin, Douchy, Aniches, Marles, Alais und Commentry. In Bruay fehlte niemand bei der Arbeit und in den Steinbrüchen von Mayenne fast niemand.

Paris, 11. März. Der Hauptausschuß des Verbandes der französischen Zechenbesitzer erklärt in einer Zeitungsnote, er hoffe, daß der vierundzwanzigstündige Streik in aller Ruhe verlaufen werde. Zwischenfälle seien vielleicht morgen bei der Wiederaufnahme der Arbeit zu befürchten. Im übrigen seien die Zechenbesitzer nach wie vor bereit, die Forderungen der Bergleute, insbesondere die nach Ruhegehalt „mit Wohlwollen zu prüfen".

*

Bergarbeiterstreiks in Rußland und Amerika.

Petersburg, 10. März. In Charkoff hat gestern eine Konferenz der Bergwerksbesitzer stattgefunden, um die Frage einer Lohnerhöhung für die Grubenarbeiter zu besprechen. In Dombrowo sind bereits Bergleute im Ausstand!

New York, 11. März. Die Haltung der Börse ist unbestimmt, da man den Ausbruch eines Streikes von 175 000 Arbeitern aus den Anthrazitkohlengruben für die nächste Woche befürchtet.

Dies und das.

Genosse Julian Borchardt schreibt uns:

Als ich in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 29. Februar die Ergebnisse der preußischen Steuerveranlagung darzulegen hatte, gebrauchte der Finanzminister Herr Dr. Lentze in seiner Erwiderung unter anderem die Worte:

„Manche von den Zahlen waren richtig, manche wieder vollständig anders gruppiert worden. — Man kann aus einer Statistik dies und das herauslesen."

Erst nachträglich bin ich dahinter gekommen, daß Herr Dr. Lentze noch am selben Tage einen geradezu überraschenden Beweis für diese Behauptung erbracht hat. Sobald er sich selbst aufs Gebiet der Zahlen begab, zeigte er, daß es in der Tat verblüffend leicht ist, aus den Zahlen „dies und das" herauszulesen.

Ich hatte in meiner Rede auch zur Sprache gebracht, daß die großen Einkommen (über 3000 M.) aus Grundbesitz auf dem Lande eine auffällige Steigerung zeigen von dem Jahre 1909 auf das Jahr 1910. Aus der Monatsschrift „Statistik und Verwaltung" (herausgegeben von Mitgliedern des Königl. preußischen statistischen Landesamts) hatte ich entnommen, daß eine so starke Steigerung von einem Jahr zum anderen nie zuvor beobachtet worden sei, bis 1892 zurück, d. h. solange unser Einkommensteuergesetz in Kraft ist. Und ich hatte daran die Frage geknüpft, ob vielleicht im Jahre 1909 die Regierung insgeheim Maßnahmen getroffen habe, um die großen agrarischen Einkommen schärfer zur Steuer heranzuziehen. Herr Dr. Lentze empfand das offenbar als einen Vorwurf, den er mit Nachdruck abwehren müsse. Zu diesem Behuf verlas er eine Tabelle, die zu beweisen schien, daß das ländliche Einkommen über 3000 M. von jeher nicht unbeträchtlich geschwankt habe, so daß hieraus irgendwelche Schlüsse nicht gezogen werden könnten — und daß speziell die Steigerung von 1909 auf 1910 gar nichts außergewöhnliches gewesen sei.

Betrachten wir zunächst die Zahlen, die er angab. Danach war die Gesamtsumme (aller Einkommen über 3000 M. aus ländlichem Grundvermögen) jedesmal wie folgt gegen das Vorjahr gestiegen oder gefallen:

1893	— 9,4	Millionen	Mark	1903	— 6	Millionen	Mark
1894	— 8,3	„	„	1904	+ 12,9	„	„
1895	— 17,9	„	„	1905	+ 23,1	„	„
1896	— 1,7	„	„	1906	+ 37,8	„	„
1897	+ 7,5	„	„	1907	+ 8,7	„	„
1898	+ 8,6	„	„	1908	+ 20,8	„	„
1899	+ 17,6	„	„	1909	+ 28,1	„	„
1900	+ 18,5	„	„	1910	+ 48,8	„	„
1901	+ 10,8	„	„	1911	+ 38,4	„	„
1902	— 3	„	„				

So vors Auge gestellt machen die Zahlen schon einen anderen Eindruck, als wenn man sie bloß flüchtig vorlesen hört. Man sieht nun sofort, daß eine so bedeutende Steigerung, wie die von 1909 auf 1910 (48,8 Millionen Mark) denn doch sonst nie vorgekommen ist, auch nicht im Jahre 1906, das Herr Dr. Lentze speziell hervorhob. Man sieht außerdem, daß von 1905 an die Schwankungen überhaupt aufgehört haben, daß von da ab vielmehr — mit einziger Ausnahme des Jahres 1907 — regelmäßig eine viel stärkere Zunahme eingetreten ist als zuvor.

Trotzdem hat bei der Verlesung gerade die Zahl des Jahres 1906 einen großen Eindruck gemacht, auch auf mich, weil sie der von mir angegebenen Zahl für 1910 ziemlich gleich kam. Ich hatte nämlich für 1910 nicht 48,8 Millionen angegeben, sondern nur 40,9 Millionen. Dieser Unterschied fiel beim flüchtigen Vorlesen nicht auf. Man merkt ihn erst, wenn man die Zahlen schwarz auf weiß vor sich hat. Wenn in der Tat schon 4 Jahre zuvor eine Steigerung um 37,8 Millionen stattgefunden hat, so kann die Steigerung um 40,9 Millionen (von 1909 auf 1910) nicht mehr so sehr auffallen. Wie verhält es sich nun aber damit?

Beim Nachforschen stellte sich heraus, daß die Zahlen des Herrn Finanzministers nach etwas anderen Grundsätzen ausgewählt sind, als die von mir angeführten. Bei meinen Darlegungen kam es lediglich auf das agrarische Einkommen an. Deshalb hatte die Zeitschrift „Verwaltung und Statistik", der ich meine Zahlen entnommen habe, mit vollem Recht nur das aus landwirtschaftlichen Betrieben stammende Einkommen in Betracht gezogen. Die Zahlen des Herrn Dr. Lentze dagegen enthalten außerdem noch das Einkommen aus „Mieten einschließlich des Mietwerts der eigenen Wohnung" auf dem Lande.

Es liegt auf der Hand, daß diese Zahlen mit unserer Erörterung nichts zu tun haben. Die Frage, wieviel einer durch Vermieten von Wohnungen auf dem Lande einnimmt und wie hoch er den Mietwert seiner eigenen Wohnung veranschlagt, hat nichts zu tun mit der Frage, wieviel ihm der Acker und die Viehzucht einbringt. Deshalb war es falsch, diese Summen mit hineinzurechnen. Das macht aber einen ganz bedeutenden Unterschied aus. Leider habe ich die betreffenden Zahlen nur für die letzten 3 Jahre bei der Hand (weiter zurück gibt sie das Statistische Jahrbuch nicht an), aber schon diese wenigen Angaben zeigen, wie falsch die ganze Rechnung dadurch wird. Es stieg das Einkommen nur aus der Landwirtschaft, ohne die Mieten

von 1907 auf 1908 um 16,4 Millionen Mark
„ 1908 „ 1909 „ 19,7 „ „
„ 1909 „ 1910 „ 40,9 „ „

Dagegen stieg das Einkommen aus Mieten auf dem Lande

von 1907 auf 1908 um 4,3 Millionen Mark
„ 1908 „ 1909 „ 6,4 „ „
„ 1909 „ 1910 „ 7,8 „ „

Das Mietseinkommen zeigt also keine plötzliche, annormale Steigerung; das Wirtschaftseinkommen dagegen zeigt einen gewaltigen, plötzlichen Sprung. Rechnet man nun beide Arten von Einkommen ineinander, ist so klar, daß der Sprung verwischt wird und das Resultat anders aussieht als die Dinge wirklich liegen.

Ich bin nun weit entfernt davon, dem Herrn Finanzminister in diesem Falle eine absichtliche Verschleierung vorzuwerfen. Im Gegenteil, ich habe ja selbst gesehen, daß er die Zahlen im Augenblick gar nicht bei der Hand hatte, und daß sie ihm erst nachträglich zugetragen worden sind. Die Herren aber, die sie im Finanzministerium in der Eile herausgesucht haben, wußten natürlich nur, daß der Minister die Summen des „Einkommens über 3000 M. aus ländlichem Grundvermögen" seit 1893 haben wollte, und sie haben diese Summen in gutem Glauben angegeben, da sie ja den Inhalt der Debatte und folglich den Zweck, dem die Zahlen dienen sollten, gar nicht kannten. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß das Bild, welches der Minister aus diesen Zahlen entwarf, falsch gewesen ist. Hoffentlich wird Herr Dr. Lentze

deshalb in Zukunft etwas vorsichtiger sein, ehe er anderen Leuten vorwirft, man könne aus statistischen Zahlen, je nach ihrer Gruppierung, „dies und das" herauslesen.

Der Krieg.

Eine große italienische Flottenaktion in Sicht?

Mailand, 11. März. Die heutigen Morgenblätter bringen aus Rom eine Nachricht, wonach die Mitglieder der Regierung und die Chefs des Generalstabes der Armee und der Marine augenblicklich ein neues Aktionsprogramm für den Feldzug gegen die Türkei ausarbeiten. Dieses neue Programm wird in folgende drei Etappen geteilt: 1. Die Okkupation der türkischen Inseln im Aegäischen Meere; 2. die Blockade von Smyrna und Saloniki und 3. einen Angriff auf die Dardanellen und Konstantinopel. Alle drei Punkte sollen an drei aufeinanderfolgenden Tagen zur Ausführung gelangen, die Aktion gegen die Dardanellen wird bis zuletzt zurückgehalten werden.

In Spezia ist man augenblicklich mit der Konstruktion eines schwimmenden Schuppens für ein lenkbares Luftschiff beschäftigt. Diese schwimmende Luftschiffshalle wird so gebaut sein, daß sie imstande ist, der Flotte zu folgen. Sie wird wahrscheinlich im Mittelländischen Meere verwendet werden, da man in militärischen Kreisen der Ueberzeugung ist, daß bei einem Angriff auf die Dardanellen lenkbare Luftschiffe gute Dienste leisten würden.

Ein Angriff der Türken auf Ainzara.

Tripolis, 11. März. (Meldung der Agenzia Stefani.) Gestern früh 4 Uhr griffen ungefähr 1500 Araber mit regulären türkischen Truppen eine Schanze bei Ainzara in einer sehr ausgedehnten Front an, wobei sie bis auf 700 Meter Entfernung herankamen. Von der Schanze aus wurde das Feuer nicht erwidert. Um 5 Uhr 30 Minuten begann der Feind unter Kampfgeschrei weiter vorzugehen. Daraufhin wurde auf der Schanze das Feuer eröffnet, zunächst nur von den besten Schützen; auch die italienische Artillerie gab einige Schüsse auf 700 Meter auf Gruppen von 200 bis 300 Arabern ab. Der Feind begann darauf mit dem Rückzuge, auf dem er von italienischer Artillerie verfolgt wurde, die auf deutlicher sichtbare Gruppen schoß. Um 7 Uhr 30 Minuten war der Rückzug des Feindes allgemein. Die gegnerischen Verluste waren sicher beträchtlich; denn von der Schanze aus wurde deutlich beobachtet, daß in den feindlichen Reihen der Sanitätsdienst mit Tragbahren in reger Tätigkeit war. Die Italiener hatten keine Verwundete. Während der Nacht wurden elf verdächtige Araber, von denen zwei mit Martinigewehren bewaffnet waren, von Ascaris festgenommen.

Arabischer Protest gegen die italienische Okkupation.

Konstantinopel, 11. März. Das Ministerium des Innern veröffentlicht ein Telegramm von dem Bürgermeister und den Notabeln aus Dschebel-i-Gharbi in Tripolitanien, worin gegen den Beschluß des italienischen Parlaments protestiert und erklärt wird, selbst wenn die Pforte der Annexion oder militärischen Okkupation Tripolitaniens durch Italien zustimmen sollte, würden sie den Kampf ohne Unterlaß weiterführen.

Zu der gemeldeten Unterbrechung der Telegraphenlinie Konstantinopel—Smyrna erklärt die Telegraphendirektion, es handle sich nur um Schwierigkeiten in der Depeschenübermittelung infolge Ueberlastung der Linie. — Die Kabelverbindung Konstantinopel—Dardanellen ist unterbrochen, da das Kabel reparaturbedürftig ist.

Die Revolution in China.

Juanschikai feierlich in das Präsidentenamt eingesetzt.

Peking, 10. März. Juanschikai wurde heute in dem neuen Waiwupalast zum provisorischen Präsidenten eingesetzt. Anwesend waren Vertreter der Mandschu, der Mongolen, der Mohammedaner, der Tibetaner, ferner von Nanking, Wutschang und anderen Provinzen, Delegierte des Heeres, der Flotte, des Handels und zahlreiche Fremde. Die fremden Gesandtschaften waren jedoch nicht vertreten. Juanschikai, in militärischer Uniform, trat durch eine Seitentür ein und verlas gegenüber dem Throne stehend folgende Erklärung: Da die Republik errichtet worden ist, müssen viele Werke vollbracht werden. Ich werde mich treu bemühen, die Republik zu entwickeln, die Nachteile der absoluten Monarchie zu beseitigen, die Vorschriften der Verfassung zu beachten, die Wohlfahrt des Landes zu fördern und eine starke Nation zusammen zu schweißen aus den fünf Rassen, die sie umfaßt. Wenn die Nationalversammlung einen dauernden Präsidenten ernennt, werde ich zurücktreten. Das schwöre ich vor der chinesischen Republik. — Die Nankinger und die übrigen Delegierten gratulierten sodann Juanschikai und zwei Lamas in gelben Kleidern überreichten ihm Schärpen. Dieser Teil allein gab der Zeremonie einen orientalischen Einschlag, da die Mehrheit der Anwesenden Frack oder Uniform trugen. Eine Musikkapelle der Garden spielte angemessene Weisen. Der Ton der Zeremonie war feierlich, fast pathetisch. Das fremde Element bildete einen starken Gegensatz zu den Vertretern des alten Stils wie General Tschangkweiti.

Ein Regierungsmanifest.

Peking, 11. März. Ein Manifest begnadigt alle Gefangenen mit Ausnahme von Mördern und Räubern, erläßt die schon fällig gewesenen, aber noch nicht bezahlten Grundsteuern, kündigt die vorläufige Anwendung der alten Gesetze an, sofern sie nicht dem republikanischen Geiste zuwiderlaufen, und ermahnt alle Beamten, die Wohlfahrt der Republik zu fördern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. März 1912

Etatsberatung im Junkerparlament.

Ein Wähler, der sich zufällig einmal während der letzten Tage ins Abgeordnetenhaus verirrt und den Etatsberatungen beigewohnt haben sollte, muß einen eigenartigen Eindruck von der Gewissenhaftigkeit und der Pflichterfüllung der preußischen „Volksvertreter" gewinnen. Von den 443 Plätzen sind noch nicht 50 besetzt, die Bänke aller bürgerlichen Parteien weisen klaffende Lücken auf, vollzählig ist nur die kleine sozialdemokratische Fraktion zur Stelle. Daß unsere Genossen anwesend sind, läßt sich die Mehrheit ja zur Not noch gefallen, aber daß sie reden, daß sie sogar über Fragen der Landesmelioration reden, das nimmt sie ihr übel. Sachverständig für solche Fragen ist nach Ansicht des Herrn Strosser, dieses „Spezialisten für unfreiwilligen Humor", wie Liebknecht ihn treffend nannte, nur die Bourgeoisie, und innerhalb der Bourgeoisie auch nur der, der zufällig den Wahlkreis vertritt, von dem gerade die Rede ist.

Besonders kraß trat die Kirchturmspolitik der bürgerlichen Mehrheit bei der am Dienstag beendeten zweiten Beratung des Etats der Bauverwaltung zutage. Fast nur lokale Wünsche wurden in breiter Behaglichkeit vorgetragen, ja Herren, die man sonst noch niemals gesehen hat, erschienen plötzlich, um die Aufträge ihrer Wähler zu erfüllen. Unbeeinflußt von Wahlrücksichten waren einzig und allein die Ausführungen des Genossen Liebknecht, der sich der kleinen Schiffer in den verschiedensten Landesteilen in wirksamer Weise annahm — sehr zum Aerger der Gegner, denen dadurch eine Waffe gegen die Sozialdemokratie aus der Hand geschlagen wurde.

Der Schluß der Sitzung wurde durch die weltbewegende Frage ausgefüllt, ob die Fahrstühle im Abgeordnetenhause an Stelle der Kurbelsteuerung Drucknopfsteuerung bekommen sollen. Bekanntlich hat die Budgetkommission die vom Präsidenten beantragten 14 800 Mark zum Umbau der Fahrstühle gestrichen und der Präsident hat sich an den Minister gewandt und ihn um seine Hilfe zur Durchdrückung der Forderung gebeten. Das zog, der Minister wies nach, daß der Umbau im Interesse der Sicherheit unbedingt notwendig sei, und eine Reihe von Rednern, darunter Genosse Hoffmann, pflichteten ihm bei. Insbesondere die launige Rede unseres Genossen, der an Hand dieses Beispiels die Rückständigkeit des Dreiklassenparlaments ironisierte, trug viel dazu bei, daß die von der Kommission gestrichene Forderung unter allgemeiner Heiterkeit wiederhergestellt wurde.

Am Dienstag fällt die Plenarsitzung aus.

Mittwoch: Kleine Vorlagen, Etat des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses, Initiativanträge.

Die neuen Militärforderungen und ihre Deckung.

Bevor noch die Heeres- und Flottenvorlagen an den Reichstag gelangt sind, hat die sogenannte Deckungsfrage in den Regierungskreisen eine derartige Verstimmung oder, wie es im ministeriellen Jargon heißt, „Unstimmigkeit" hervorgerufen, daß vielleicht schon in kurzem die Regierungsblätter den Abschied des Reichsschatzsekretärs Wermuth melden werden. Bekanntlich hatte der Reichskanzler die Minister der einzelnen Bundesstaaten nach Berlin zu einer Konferenz über die neuen Wehrvorlagen und ihre Deckung eingeladen, diese Konferenz aber konnte nicht stattfinden, weil einige süddeutsche Regierungen, vornehmlich die bayerische, neue Einwände gegen die vom Reichsschatzamt ausgearbeiteten Deckungspläne erhoben haben. Sie erklärten, irgendeiner Erbschaftssteuer in keiner Form zustimmen zu können. Jetzt ist eine neue Konferenz angesetzt, die in den nächsten Tagen, wie die „Nordd. Allgem. Ztg." meldet, am Donnerstag in Berlin stattfinden soll. Eine Berliner halboffiziöse Korrespondenz meldet hierüber:

„Die Verhandlungen über die Deckungsfrage der Wehrvorlagen werden im Laufe dieser Woche zwischen den einzelnen Bundesstaaten wahrscheinlich zum Abschluß gebracht werden. Die aufgeschobene Zusammenkunft der Finanzminister der Einzelstaaten wird in den nächsten Tagen in Berlin erfolgen. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, sollen zwischen dem Reichsschatzsekretär und den Finanzministern einiger süddeutscher Bundesstaaten lebhafte Meinungsverschiedenheiten über die Art der Deckung der neuen Wehrvorlagen geherrscht haben. Der Reichsschatzsekretär trägt sich nach wie vor mit der Absicht, eine Besitzsteuer dem Reichstage vorzuschlagen. Dieser Vorschlag hat seitens Preußens und Bayerns Bedenken äußern lassen. Wie verlautet, soll aber eine Einigung der einzelnen Ansichten nahe bevorstehen. Konsum- und Verkehrssteuern werden als Deckung für die Wehrvorlagen nicht in Betracht kommen."

Auf dem rheinischen Parteitage der Nationalliberalen hat sich gestern auch Herr Bassermann über die Deckungspläne geäußert. Er meinte:

„Unstimmigkeiten hierüber beständen in den Regierungskreisen. Zu bedauern wäre, wenn wir um dieser Frage willen unseren neuen Reichsschatzsekretär verlieren würden, der sich mit starker Hand bemüht, die Reichsfinanzen in Ordnung zu halten. Die Zentrumspartei hat ja schon erklärt, daß es neuer Quellen zur Deckung der Kosten für die Wehrvorlage nicht bedürfe. Die nationalliberale Fraktion werde jedenfalls keine neuen Steuern bewilligen, die den Konsum oder den Verkehr belasten. Wenn neue Geldmittel notwendig werden, dann müssen sie auf dem Wege einer allgemeinen Besitzsteuer aufgebracht werden. Zu beachten sei, daß sich auch in der Zentrumspartei und in der konservativen Partei Ansätze geltend machen, es wegen der Deckungsfrage nicht zu einer Krisis kommen zu lassen. Es sei aber an der Zeit und durchaus wünschenswert, daß sich die Regierung endlich darüber klar wird, ob sie Geld zur Deckung für die Wehrvorlagen brauche oder nicht, denn schließlich sei es die Aufgabe der Regierung und nicht der Parteien, nach der Deckung zu suchen. Eine baldige klare Antwort sei erforderlich."

Herr Bassermann stellt allzu hohe Anforderungen an den langen, unzulänglichen Herrn v. Bethmann Hollweg. Er verlangt eine klare Antwort vom Reichskanzler, und doch weiß dieser Philosoph der gottgewollten Abhängigkeit selbst noch nicht, was er will und möchte.

Ein Symptom einer großen Militärvorlage?

Es ist uns mitgeteilt worden, daß heuer bei der Musterung der Militärpflichtigen sehr geringe Anforderungen an die Tauglichkeit der Untersuchten gestellt worden sein sollen. Das deutet auf eine sehr große Militärvorlage hin. Wurde es vielleicht wieder so gemacht wie 1893, wo die Militärverwaltung die Anlagen der Heeresordnung, die die Bedingungen für die Militärtauglichkeit enthielten, noch vor der Bewilligung der neuen Militärvorlage im stillen so abänderte, daß Tausende tauglich wurden, die nach den bisherigen Anlagen der Heeresordnung gar nicht tauglich gewesen wären, und die Neudrucke an die Ersatzbehörden als „geheim" schickte, damit die braven Geldbewilliger im Reichstage und das Volk von der Sauce nichts erfuhren. Es sieht gerade so aus, als ob es jetzt wieder so gemacht worden wäre. Im Reichstage kann man sich ja danach erkundigen. Auf jeden Fall tut man gut, sich auf eine Bomben-Militärvorlage gefaßt zu machen.

Ein junkerlicher Wahlrechtsvorschlag.

In der „Konservativen Monatsschrift" ergreift der Graf Albrecht zu Stolberg-Wernigerode das Wort zu einer längeren Betrachtung über die Reformbedürftigkeit des preußischen Dreiklassenwahlrechts. Der Graf gibt zu, daß das jetzt geltende Wahlrecht einseitig zugeschnitten ist, indem es nur die Vermögensverhältnisse berücksichtigt. Dieses Eingeständnis ist zwar nicht viel, aber immerhin steht es im Gegensatz zu den Behauptungen der anderen Junker, die in dem Dreiklassenwahlrecht ein wahres Sammelsurium von Vorzügen erblicken. Graf Stolberg macht dann Vorschläge zu einer Aenderung dieses Wahlrechtes, und er geht sogar so weit, daß er der Arbeiterklasse eine Vertretung zuerkennen will. Er teilt den Staat in 12 Provinzen zu je 10 Kreisen. Die drei Wählerklassen schafft er ab und führt dafür fünf Berufsstände ein, nämlich: 1. Großgrundbesitz, 2. Kleingrundbesitz, 3. Industrie, Handel und Gewerbe, 4. Freie Berufe, 5. Arbeiter. Daß er den Arbeitern überhaupt ein Wahlrecht einräumen will, entschuldigt der Graf folgendermaßen:

„Es ist unbedingt erforderlich, auch die Arbeiter wahlberechtigt zu machen. Zunächst haben sie schon die Wahlberechtigung zum Abgeordnetenhaus. Man kann ihnen die bei einer Reform nicht nehmen, zweitens aber, und das ist das wichtigste, ist es unumgänglich notwendig, soll nicht der ganze Staat an der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zugrunde gehen, daß wir eine gesunde Arbeiterbewegung in die Wege leiten. Das kann nur geschehen, wenn die Arbeiter überall zur Mitarbeit herangezogen werden, natürlich ohne daß eine reine Massenherrschaft daraus entsteht. Denn indem wir sie überall mitarbeiten lassen, fesseln wir sie an die Gemeinden, Kreise, Provinzen und schließlich auch an den Staat, in dem sie wohnen, da sie dann viel mehr Interesse an den ganzen Verhältnissen haben. Außerdem, und das ist noch wichtiger, werden sie durch die Mitarbeit in den kleinen Körperschaften zu einer vernünftigen, fruchtbringenden, verständigen Mitarbeit im Parlament erzogen. Das ist von ganz eminenter Bedeutung. Ich halte diesen Weg überhaupt für den einzigen, der uns vor einem gewaltsamen Umsturz bewahren kann. Der Arbeiter gewinnt seine Gemeinde, seinen Kreis und damit auch den Staat mit allen seinen Einrichtungen nur lieb und versteht ihn nur, wenn er mitarbeiten kann, sonst steht er ihm als Fremder gegenüber und sucht, da es ihm unmöglich ist, mitzuarbeiten, ihn mit Gewalt umzustürzen."

Die fünf genannten Klassen sollen nun jede Klasse für sich je 6 Abgeordnete zum Kreistag wählen und je einen gleichzeitig für den Provinziallandtag. Letztere Körperschaft bestände dann bei 10 Kreisen aus 10×5=50 Abgeordneten. Jeder Stand hätte also dort 10 Abgeordnete. Aus diesem Provinziallandtag heraus sollen dann die Mitglieder des Abgeordnetenhauses gewählt werden, je 5 aus jedem Stand, also 25. Bei 12 Provinzen würden sich dann 300 Abgeordnete für den Landtag ergeben, von denen jedem Stande dann 60 Mandate zufallen müßten. Die Agrarier hätten dann 60 Mandate, mit der ihnen ergebenen Masse der Kleingrundbesitzer zusammen 120 Mandate. Dem gesamten Handel, der Industrie und dem Gewerbe, die den Löwenanteil der Steuern aufbringen, sollen dagegen nur 60 Mandate eingeräumt werden. Da diese 60 Mandate sich auf 12 Provinzen verteilen, so hätte der industriearme Osten also genau soviel Mandate zu besetzen wie der industriereiche Westen. Die 60 Arbeiterabgeordneten wären unter solchen Umständen auf immer zur Einflußlosigkeit verurteilt. Darüber, wie das Wahlrecht zu den Kreistagen, dem Unterbau dieser tollen parlamentarischen Vertretung beschaffen sein soll, schweigt sich Graf Stolberg vorsichtig aus.

Der neue Wahlkampf in Schwarzburg-Rudolstadt.

Einen außerordentlichen Parteitag hatte der Landesvorstand Schwarzburg-Rudolstadt wegen der durch die Landtagsauflösung geschaffenen Situation auf Sonntag, den 10. März, nach Stadtilm einberufen. Vertreten waren 41 Orte durch 64 Delegierte. Außerdem waren anwesend die Landtagsfraktion und die Reichstagsabgeordneten A. Hofmann und Baudert. Ueber die Landtagswahlen sprach der Landesvorstand Gen. Hartmann. Er schilderte zunächst die Sachlage in der verflossenen Landtagsperiode. Die Fraktion sei angesichts der kleinen Verhältnisse, in denen sich die Geschäfte unseres Fürstentums bewegen, in einer sehr schwierigen Lage gewesen. Der Satz, daß die Regierungen die Hausknechte der besitzenden Klassen seien, gelte auch für Schwarzburg-Rudolstadt. Zwar habe sich die Regierung nicht von vornherein bockbeinig gestellt, aber die bürgerlichen Abgeordneten hätten sie so lange aufgehetzt, bis die Regierung diesen Einflüssen nachgegeben habe. Der äußerliche Grund der Auflösung sei die Wahlrechtsfrage gewesen. Wie liegen die Dinge? Das jetzige Wahlrecht sei 1870 geschaffen worden. Damals hätte es 144 Höchstbesteuerte und 13 000 allgemeine Wähler gegeben. Heute seien die Höchstbesteuerten auf 763, die allgemeinen Wähler auf 17 554 gestiegen. Im Jahre 1906 wurde der Antrag auf Herabsetzung der höchstbesteuerten Wähler gestellt. Regierung und bürgerliche Abgeordnete hofften durch Abschiebung von zirka 600 Höchstbesteuerten in die allgemeine Klasse uns einige Sitze abnehmen zu können. Wäre ihnen das gelungen, dann hätten sie die Verfassung geändert und vor allen Dingen das Wahlrecht in ihrem Sinne „umgearbeitet". Wir mußten selbstverständlich ein derartiges Gesetz verhindern, nicht nur aus prinzipiellen Gründen, sondern auch deshalb, weil man die Steuergesetze damit verkuppelte. Wir verlangten, daß jedes Gesetz für sich abgeschlossen vorgelegt wird.

Redner bespricht dann noch die einzelnen von der Sozialdemokratie im Landtag eingereichten Forderungen. „Die Gesamtlage ist so: Wir sind der festen Ueberzeugung, daß es der Regierung nicht gelingen wird, uns zurückzuwerfen. Wir werden es uns angelegen sein lassen, nicht nur in der gleichen Zahl, sondern verstärkt in den Landtag zurückzukehren. Es steht für uns nicht nur Schwarzburg-Rudolstadt auf dem Spiel, die ganze deutsche Sozialdemokratie sieht auf uns. Deshalb wollen wir kämpfen und siegen."

In der Diskussion gab Gen. Frötscher eine recht interessante Aeußerung des Staatsministers Freiherr v. d. Recke bekannt, die allerdings vieles erklärlich erscheinen läßt. Danach sagte der Staatsminister: „Volkswille und Volksrechte zählen nicht für mich, für mich gilt nur das Grundgesetz, und in dem steht nichts von solchen Dingen."

Ueber die Aufstellung der Kandidaten zur bevorstehenden Landtagswahl referierte Gen. Otto. Er empfiehlt, die Genossen wieder überall aufzustellen, wo sie gewählt wurden. Im Anschluß hieran gibt Gen. Hartmann eine Erklärung über die Präsidentenwahl im Landtage ab: „Eine Reihe gegnerischer Blätter behauptet, die Sozialdemokraten hätten in dieser Frage eine Gewaltherrschaft ausgeübt. Das ist absolut unwahr. Den Präsidenten hatten wir zu beanspruchen, das war unser gutes Recht, denn wir hatten die Majorität. Wir überließen den Bürgerlichen den Vizepräsidenten, als diese sich aber nicht an der Wahl beteiligten, waren wir gezwungen, auch den Vizepräsidenten zu besetzen." —

Der Bericht der einzelnen Orte über den Stand der Organisation war im allgemeinen zufriedenstellend. Die Mitgliederzahl ist fast überall gestiegen. — Einen erfreulichen Fortschritt hat das Parteiorgan, das Saalfelder „Volksblatt" zu verzeichnen. Sein gegenwärtiger Abonnentenstand beträgt 7350, davon kommen 3359 auf Schwarzburg-Rudolstadt.

Fortschrittliche Gesinnungstüchtigkeit.

Den Fortschrittlern im weimarischen Landtage ist wieder mal ihre Gesinnungstüchtigkeit verloren gegangen. Vor ein paar Wochen hatten die sechs fortschrittlichen Landtagsabgeordneten plötzlich Courage ankommen. Sie faßten den Mut — und unterzeichneten die bekannte Erklärung zugunsten der russischen sozialdemokratischen Dumaabgeordneten. Das antisemitische amtliche Nachrichtenblatt kanzelte die Fortschrittler deswegen ab. Sie hätten sich in „russische innerpolitische Verhältnisse" eingemischt. Ihre Unterschrift unter der Erklärung bedeute eine Verbrüderung zwischen Fortschrittlern und Sozialdemokraten. — Das war zu viel für den Mut der weimarischen Landtagsfortschrittler. Das Herz fiel ihnen in die Hosen. Sie schickten durch eingeschriebenen Brief ihren sozialdemokratischen Kollegen folgendes Schreiben:

„Auf Grund eines Fraktionsbeschlusses habe ich Ihnen im Auftrage meiner Freunde folgendes mitzuteilen:

Nachdem sich nachträglich herausgestellt hat, daß die von mir und meinen politischen Freunden unterzeichnete Erklärung bezüglich der russischen Dumaabgeordneten dazu benutzt worden ist, deutscherseits in russische innerpolitische Verhältnisse einzugreifen, was im Augenblick der Leistung der Unterschrift nicht zu übersehen war, ziehe ich hiermit meine und meiner Freunde Unterschrift zurück.

Mit vorzüglicher Hochachtung erg.

Weimar, den 7. März 1912. Franke, M. d. L."

Pferde und Menschen.

Man schreibt uns:

Der preußische Generalmajor z. D. A. v. d. Lippe schreibt in seiner Broschüre „Gedanken über eine neue Wehrverfassung der deutschen Kavallerie folgendes ins Stammbuch:

„Steht dieselbe (nämlich die Pferdedressur) jetzt auf der Höhe? Man hat mir gesagt, daß viel zu wenig der Individualität des einzelnen Pferdes Rechnung getragen, daß zu schematisch verfahren wird, daß als Ziel der Ausbildung nicht immer festgehalten wird, das Tier zu unbedingtem Gehorsam für alle Anforderungen des Dienstes zu dressieren, sondern ohne Rücksicht auf Gebäude und Temperament ein gleichmäßiges, dem Auge wohlgefälliges Bild zu erzielen. Man hat mir gesagt, jeder arbeite entweder nach Fillis oder Plinzner oder Monteton und behandle jedes Tier mit denselben Mitteln. Dadurch sollen wir uns eine Menge Verbrecher erziehen, die zwar von einzelnen bevorzugten Reitern zu bändigen, für die Masse aber unbrauchbar sind. Das soll alles im Gegensatz zu unserer vorzüglichen Reitinstruktion stehen, welche immer betont, daß der Individualität Rechnung zu tragen ist. Dies bezieht sich auf die Regimenter, wie in ganz hervorragendem Maße auf das Militärreitinstitut. Der Erfolg ist, daß ein bedeutender Prozentsatz der Pferde ausrangiert werden muß.

Die englischen Pferde, welche über den Kanal zu uns kommen, alles tun, was man verlangen kann, gelten selbstverständlich als völlig roh. Erst bei uns erfahren sie zu ihrem Schrecken, daß sie zwar von edlem Blute sind, überall hingehen in jeder Gangart, über alles mit Passion wegsetzen, aber doch keinen Schuß Pulver wert sind, bis man ihnen die sogenannten Seitengänge beigebracht und die Gamaschen durchgebogen hat."

Wer bei einem richtigen deutschen Kavallerieoffizier vorgeschritteneren Reitunterricht hatte, weiß, wie recht General a. D. von der Lippe hier hat. Wir denken heute noch mit Schrecken daran, wie wir in einer Militärreitschule mit den Seitengängen, mit Schulter herein! Travers und Renvers geplagt wurden. Es ist eben genau derselbe Jammer wie bei den deutschen Soldaten, die, nachdem sie vor ihrem Eintritt in die Kaserne zirka 18 Jahre lang gegangen, gelaufen und gesprungen sind, als Rekruten erfahren müssen, daß sie das alles noch gar nicht können. Das schöne Bild, die Gleichmäßigkeit, ist eben die Hauptsache.

Eine sonderbare Nachricht

verbreitet die „Agence Havas" aus Dünkirchen und das Wolffsche Telegr.-Bureau gibt sie weiter. Sie lautet:

Der aus Hamburg kommende Dampfer „Listrac" landete 66 Kisten, deren Inhalt als elektrische Apparate deklariert worden waren. Tatsächlich enthielten die Kisten für Marokko bestimmte Kriegskonterbande, und zwar Mausergewehre und 250 000 Patronen. Die Kisten wurden von der Zollbehörde beschlagnahmt.

Oesterreich.

Separatistischer Arbeiterverrat.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung" schreibt:

Wie das Wiener Separatistenblatt mitteilt, wird der separatistische Abgeordnete Tomaschek als Gegenkandidat gegen die Sozialdemokraten bei den kommenden Wiener Gemeinderatswahlen in allen Bezirken im vierten Wahlkörper als Kandidat aufgestellt werden. Und nicht nur das; es ist zwischen den Separatisten und Tschechischbürgerlichen ein Kompromiß geschlossen worden, wonach Tomaschek der gemeinsame Kandidat beider Parteien sein wird! Wie sorgfältig das Kompromiß gegen die Sozialdemokraten vorbereitet worden ist, geht daraus hervor, daß die Mitteilung von der gemeinsamen Kandidatur am gleichen Tage, nämlich heute, in beiden Blättern, dem Separatistenblatt und dem tschechischnationalistischen, in den „Delnické Listy" und in dem „Videnský Dennik", veröffentlicht wird!

Nun werden die tschechischen Arbeiter über die sozialdemokratische Qualität des Separatismus und der Separatisten wenigstens ein klares Urteil bekommen und wissen, was sie von diesem Sozialismus zu halten haben! Daß es die Bestimmung der Separatisten ist, der kämpfenden Arbeiterschaft in Wien in den Rücken zu fallen, war nie zweifelhaft; aber daß sie die Schmach dieser Gegenkandidatur gegen Sozialdemokraten in diesem schweren Kampf der Wiener Arbeiter nicht scheuen werden, hätte man bis vor kurzem vielleicht noch bezweifelt. Nun sieht sie die Welt als Helfer der Christlichsozialen und Verbündete der Tschechischnationalen, nun wird die Arbeiterschaft wissen, was der Separatismus ist und will!

Die Gemeinde Wien und ihre Straßenbahner.

Am Tage nach dem von uns schon mitgeteilten Koalitions- und „Weckruf"verbot der städtischen Straßenbahndirektion faßte der Straßenbahnausschuß des Gemeinderats einen Beschluß, der diesen Erlaß billigte, im nächsten Satz aber volle Koalitionsfreiheit zusicherte. Eine direktoriale Auslegung des Erlasses wollte ihn so verstanden wissen, daß das Lesen und Verbreiten des „Weckruf" nur im Dienst verboten sei. Daraufhin beschlossen einige Massenversammlungen der Straßenbahner, vom Streik abzusehen und dafür in Massen der Organisation beizutreten, was auch geschah. Nun aber hat die christlichsoziale Stadtverwaltung drei Straßenbahner, die in jenen Nachtversammlungen im Ottakringer Arbeiterheim das Wort ergriffen hatten, vorzeitig zwangsweise pensioniert.

Rußland.

Der politische Aufstieg der russischen Arbeiterklasse.

Sehr beachtenswerte Mitteilungen über den Aufschwung des politischen Interesses der russischen Arbeiterklasse macht unser Genosse, Dumaabgeordneter G. Kusnetzkow, in dem Petersburger Arbeiterblatt „Shiwoje Djelo": „Es unterliegt — schreibt er — nunmehr keinem Zweifel, daß auf dem Hintergrunde der finsteren russischen Wirklichkeit helle Lichter aufleuchten. Die Arbeiter recken sich empor und beginnen, neue Lebenszeichen von sich zu geben; sie beginnen sich für das politische Leben des Landes zu interessieren und ihre Stellung zu den sie berührenden Fragen kundzugeben. Das geht schon daraus hervor, daß verhältnismäßig weite Kreise der Arbeiter in den letzten anderthalb Jahren gegenüber den Vorgängen in der Duma nicht mehr müßige Zuschauer blieben, trotzdem die dritte Duma alles tat, um nicht nur jedes Interesse für ihre Tätigkeit, sondern auch für die Idee der Volksvertretung bei der Demokratie zu ertöten.

Die ersten drei Jahre der Tätigkeit der jetzigen Duma vergingen, ohne daß die Bevölkerung ihr auch nur das geringste Interesse entgegengebracht hätte. Diese Teilnahmslosigkeit erklärt sich keineswegs daraus, daß die Duma angeblich die Interessen der Bevölkerung und im besonderen die der Arbeiter gar nicht berührte. Der Grund ist im Gegenteil der, daß zu jener Zeit von zwei Seiten Schläge auf die Arbeiter herabprasselten: von seiten der politischen und in noch stärkerem Maße von seiten der ökonomischen Reaktion.

Diese Lage änderte sich, als zu Ende des Jahres 1910 und zu Anfang des Jahres 1911 Anzeichen eines gewissen ökonomischen Aufschwunges sich zeigten. Diese Belebung schlug sehr bald eine Bresche in die bis dahin herrschende Gleichgültigkeit zu den Fragen des öffentlichen Lebens. In den Zeitungen begann es von Nachrichten über Streiks zu wimmeln, die infolge der Einmischung der Behörden, welche die Streikenden wie gewöhnlich in Haft nahmen, zu einem bedeutenden Teile mit dem Siege der Unternehmer endeten. Diese Verfolgungen drängten den Arbeitern den Gedanken auf, daß es notwendig sei, den Kampf um die Koalitionsfreiheit aufzunehmen.

Wir Arbeiterabgeordnete erhalten fortgesetzt Erklärungen, die die Forderung enthalten, die Frage der Koalitionsfreiheit auf die Tagesordnung der Duma zu setzen. Diese Erklärungen sind bisher von mehr als 14 000 Arbeitern unterzeichnet worden . . .

Außer dieser Frage haben sich die Arbeiter auch über andere Fragen geäußert, die auf der Tagesordnung der Duma stehen. Die Versicherungsvorlagen, die städtische Selbstverwaltung in Polen, die Landschaftsverwaltung im Kaukasus, das Schicksal der sozialdemokratischen Abgeordneten der zweiten Duma, der Normalarbeitstag der Handelsangestellten — alle diese Fragen haben das Interesse der Arbeiterschaft erweckt.

Wir erhalten in Verbindung mit diesen Fragen zahlreiche Resolutionen, Proteste und Briefe. Die Proteste gegen die Versicherungsvorlagen sind von 21 218 Arbeitern unterzeichnet worden, die Arbeiter nicht inbegriffen, die auf den Versammlungen der Arbeiterorganisationen Petersburgs bei der Annahme der betreffenden Protestresolutionen ihre Stimme abgegeben haben.

Der Protest gegen die Vorlage über die städtische Selbstverwaltung in Polen (die vor allem die zahlreiche jüdische Arbeiterschaft entrechtet) hat mehr als 5000 Unterschriften auf sich vereinigt. Bei dem Protest anläßlich der Landschaftsverwaltung im Kaukasus nahmen 3000 Personen bei der Abstimmung teil.

In der Angelegenheit der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma haben wir ziemlich viele Resolutionen erhalten, aber die meisten von ihnen enthalten keine Unterschriften und beschränken sich auf die Angabe der Fabrik, des Bezirkes usw., wo die Resolution zur Annahme gelangte. In allerletzter Zeit beginnen Proteste gegen den Beschluß des Reichsrates einzulaufen, den dieser hinsichtlich der Vorlage über die normale Arbeitsruhe der Handelsangestellten angenommen hat. . . .

Man könnte nun entgegnen, alle diese Unterschriften hätten keine nennenswerte Bedeutung. Das ist aber unrichtig. Hätte man versucht, diese Unterschriften vor zwei oder drei Jahren zu sammeln, so hätte man keine einzige erhalten. Die Arbeiter hätten sich damit herausgeredet, daß „man heute unterschreibe und morgen womöglich ausgewiesen werde". Jetzt bilden diese Befürchtungen kein Hindernis mhr.

Die zu neuem Leben erwachten Arbeiter sind auf richtigem Wege. Ihrer harrt nun die Aufgabe, energisch für die Dumawahlen zu rüsten, und die breiten Kreise der Arbeiter zu den Gesetzesvorlagen der Regierung und der Duma, die die Interessen der Arbeiter berühren, Stellung nehmen zu lassen. Daneben müssen auch für die Einführung der Versicherungsgesetze Vorkehrungen getroffen werden. Sehr bald erlangen die Versicherungsvorlagen Gesetzeskraft, und wenn die Arbeiter nicht wollen, daß die Krankenkassen in die Hände der Unternehmer gelangen, müssen sie schon jetzt für den organisierten Kampf um das Uebergewicht in diesen Kassen rüsten. Auf diesem Wege vorwärtsgehen, heißt den Kräftezusammenschluß unserer Klasse fördern und die Reihen sammeln, die früher oder später die entscheidenden Schlachten liefern werden."

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen Kopenhagens in der Stadtverordnetenwahl.

Am heutigen Tage, den 12. März, sind die Frauen und Männer in der dänischen Hauptstadt zur Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung berufen. Es ist eine außerordentliche Wahl, verursacht dadurch, daß die Steuereinnahmen der Stadt um ein Sechstel erhöht werden müssen, was die Befragung der Wählerschaft erforderlich macht. Der städtische Etat ist in den letzten Jahren fortdauernd gestiegen und das hat zu einem guten Teil seine Ursache in den Fortschritten auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge, der öffentlichen Gesundheits- und Krankenpflege, des Schulwesens usw. Die Arbeiterschaft ist gern bereit, die für die kleinen Einkommen geringe Steuerhöhung auf sich zu nehmen, in dem Bewußtsein, daß die Gelder bei dem starken Einfluß der Sozialdemokratie im Stadtparlament im allgemeinen gute Verwendung zum Wohle der Gesamtheit finden. Dagegen wird von den bürgerlichen und antisozialistischen Parteien an die Steuerscheu der Besitzenden appelliert, und der Umstand, daß die Sozialdemokratie die stärkste Partei im Stadtparlament ist und obendrein ein sozialdemokratischer Bürgermeister, unser Genosse J. Jensen, die Finanzen der Stadt verwaltet, scheint ihnen um so mehr geeignet, die Wähler gegen die „sozialistische Gewaltherrschaft" aufzurufen. Es handelt sich für unsere Genossen und Genossinnen darum, die absolute Mehrheit gegenüber den anderen Parteien zu erringen, und daran fehlt nicht viel, denn die Sozialdemokratie hatte bis jetzt von den 42 Sitzen in der Stadtverordnetenversammlung 20 besetzt. Der Wahlkampf ist denn auch außerordentlich heftig, und die Frauen, namentlich die sozialdemokratischen, nehmen lebhaften Anteil daran.

Das kommunale Wahlrecht ist allgemein und gleich für die Frauen wie für die Männer, besteht jedoch nur für die, die im letzten Jahre ihre Steuern bezahlt haben, wobei die Steuerzahlung des Ehemannes auch seiner Frau das Wahlrecht gibt. In der Praxis bringt natürlich die Steuerklausel eine Benachteiligung des weiblichen Geschlechtes mit sich, da bei der geringen Bewertung der weiblichen Arbeitskraft ein großer Teil alleinstehender Frauen und Arbeiterinnen kein steuerpflichtiges Einkommen hat und darum auch kein Wahlrecht.

Es ist das zweite Mal seit Einführung des Gemeindewahlrechts der Frauen, daß die Frauen zur Wahl schreiten. Ueber die Beteiligung an der vorigen Wahl, im Jahre 1909, liegt jetzt eine ebenso umfangreiche wie lehrreiche offizielle Statistik vor. Danach haben bei jener ersten Wahl, bei der die Frauen ihr Stimmrecht ausüben konnten, von den weiblichen Wahlberechtigten 60,4 Proz. gestimmt, von den männlichen aber 80,5 Proz. Merkwürdig ist es, wie die Wahlbeteiligungsziffer je nach der sozialen Stellung und dem Einkommen der Wahlberechtigten schwankt, bei den Männern sowohl wie bei den Frauen, wenngleich nicht ganz in derselben Weise. Von den männlichen Wahlberechtigten der Arbeiterklasse stimmten im Durchschnitt 81,1 Proz., jedoch waren es von denen mit einem Einkommen von 800 bis 1000 Kronen nur 65,2 Proz., während sich die mit 1200 bis 1500 Kronen am stärksten, nämlich zu 88 Proz. an der Wahl beteiligten, der Prozentsatz aber bei den noch höheren Einkommen sinkt, und zwar bei 2000 Kronen und darüber auf 83,4 Proz. Die wohlhabenden Fabrikanten mit 6000 Kronen Einkommen und darüber beteiligten sich dagegen zu 88,3 Proz. Weibliche Wahlberechtigte aus der Arbeiterklasse waren 23 165 vorhanden, unter ihnen aber nur rund 400 unverheiratete und Witwen. Von den Unverheirateten stimmten 74,8 Proz., von den Witwen nur 61,4 Prozent. Im übrigen ist es auch bei den Frauen so, daß die ärmsten sich am schwächsten beteiligten. Es stimmten nämlich von den wahlberechtigten Arbeiterfrauen mit einem Einkommen von 800 bis 1000 Kronen nur 53,5 Proz., von 1000 bis 1200 Kronen 62,1 Proz., von 1200 bis 1500 Kronen 80,3 Proz., von 1500 bis 2000 Kronen 75 Proz. und mit einem Einkommen von über 2000 Kronen 76 Proz. Im Durchschnitt waren es 70,1 Proz. der wahlberechtigten Arbeiterfrauen, die zur Wahl gingen. Die Wahlbeteiligung der Fabrikanten- und Meistersfrauen war etwas geringer, nämlich 69 Proz. Am stärksten wählten die Lehrerinnen und Lehrerfrauen, nämlich zu 87,1 Proz.; danach kamen die Beamtinnen oder Beamtenfrauen mit 82,7 Proz., die Frauen in den liberalen Berufen, wie Aerzte, Rechtsanwälte, Literaten usw. mit 76,2 Proz., die Handlungsgehilfinnen mit 74,5 Proz. und die sehr kleine Gruppe der wahlberechtigten Dienstboten mit 72,2 Proz. Die Arbeiterfrauen stehen also mit ihren 70 Proz. an vorletzter Stelle. Bei der zunehmenden politischen Aufklärung der Arbeiterklassen und dem starken Fortschritt der proletarischen Frauenbewegung ist jedoch zu erwarten und zu hoffen, daß sie diesmal in weit stärkerem Maße ihr Wahlrecht ausüben, als es das erste Mal der Fall war.

Letzte Nachrichten.

Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet.

Bochum, 11. März. (Eig. Tel. des „Vorw."). Nach vorläufiger Zusammenstellung stehen heute abend von der Früh- und Mittagsschicht rund **150 000 Mann im Streik.** Während bei der Frühschicht die Ausdehnung des Streiks noch zu wünschen übrig ließ, streiken von der Mittagsschicht über 60 Proz. Auch aus den schwarzen Hochburgen wird Ausdehnung des Streiks gemeldet, viele Christliche schlossen sich an. Meldungen bürgerlicher Zeitungen über Ruhestörungen sind übertrieben.

Wo es zu kleinen Zusamenstößen kam, war provokatorisches Auftreten der Polizei und Zechenbeamten schuld. In Bochum wurden heute auf den Polizeirevieren Infanteriegewehre abgeladen. Es hat den Anschein, als wenn die Bewegung mit Gendarmen und Polizisten niedergedrückt werden sollte. Die Organisationsleitungen fordern in Flugblättern die Streikenden auf, Ruhe und Besonnenheit zu wahren.

Die Situation im mährischen Kohlenrevier.

Mährisch-Ostrau, 11. März. (W. T. B.) Im hiesigen Kohlenrevier ist bisher keinerlei Bewegung zu beobachten. Die abgehaltenen Versammlungen der Bergarbeiter bezweckten bloß Sympathiekundgebungen für die streikenden englischen Bergarbeiter sowie die **Erklärung eines Streiks für den Fall der Ausfuhr von Kohle in die Streikgebiete.** Lohnforderungen wurden seitens der hiesigen Arbeiterschaft schon früher gestellt, und in der nächsten Woche wird das Einigungsamt über diese Forderungen beraten.

Kleine Aufbesserung der Staatsarbeiterlöhne in Baden.

Karlsruhe, 11. März. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer legte Finanzminister von Reinboldt einen Nachtragsetat zum Verkehrsbudget 1912/13 vor, der eine Forderung von 1 208 000 Mark **zur Erhöhung der Tages- und Akkordlohnsätze** der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter mit Wirkung vom 1. März enthält. Die durchschnittliche Aufbesserung soll jährlich 44,03 Mark betragen. Der jährliche Durchschnittslohn stellt sich dann auf 1360 Mark.

Es wird weiter geschnüffelt.

Paris, 11. März. Auf eine Anfrage des Sozialisten Boilin in der Deputiertenkammer über ein Rundschreiben betreffend **die Ueberwachung der von der Kriegsverwaltung beschäftigten Anarchisten und antimilitaristischen Arbeiter** erwiderte Kriegsminister Millerand, diese Maßnahme bestehe schon seit 1887 infolge der Notwendigkeit, alle diejenigen französischen und ausländischen Staatsangehörigen zu überwachen, welche eine Gefahr für die nationale Sicherheit bilden könnten. Der Kriegsminister erklärte ferner: Wir bezweifeln nicht im geringsten den Patriotismus der Gesamtheit der Arbeiter der Militärwerkstätten, und diese würden der Regierung gewiß einen Vorwurf daraus machen, wenn wir nicht schon in Friedenszeiten alle Maßnahmen träfen, **um Verrat und Spionage zu verhindern.** Ich habe das Institut der geheimen Auskunftszettel über Offiziere abgeschafft und werde sie nicht gegen die Zivilarbeiter einführen. Darauf wurde ein von Boilin eingebrachter Beschlußantrag, in welchem die **Abschaffung der geheimen polizeilichen Auskünfte in allen Staatsbetrieben** verlangt wird, mit 390 gegen 122 Stimmen abgelehnt.

Italienische Flottenaktion gegen die Dardanellen.

Wien, 11. März. Die „Neue Freie Presse" erfährt aus diplomatischen Kreisen, daß die italienische Flotte tatsächlich in den nächsten Tagen eine **Aktion gegen die Außenforts der Dardanellen** unternehmen wird und daß zunächst ein Bombardement der Außenforts Sedil bahr und Kumkala erfolgen wird.

Ein Abgefundener.

Teheran, 11. März. (Meldung der Petersburger Tel.-Agentur.) Der frühere Schah hat Persien verlassen und ist nach Baku abgereist.

Türkische Gerichtsbeamte.

Konstantinopel, 11. März. (H. B.) Der armenische Patriarch bestätigt, daß er die Nachricht erhalten habe, daß die beiden Gerichtssekretäre Hussein und Ahmed auf einen Hochzeitszug geschossen haben und dabei das **Brautpaar ermordeten.** Trotzdem befinden sich die Mörder in Freiheit.

Eisenbahnerlos.

Diedenhofen, 11. März. Wie die „Lothringer Nachrichten" aus Hayingen melden, lösten sich in der Nacht zum Sonntag auf den hiesigen Hüttenwerken drei mit glühendem Metall gefüllte Gußpfannen von der Lokomotive los, liefen die steilen Gleise hinab und stießen mit einer anderen Lokomotive zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurden der **Maschinenführer, der Heizer, der Zugführer sowie ein italienischer Arbeiter getötet.** Ein anderer italienischer Arbeiter wurde schwer verletzt.

Häuserrinsturz durch Bodensenkung.

Brüssel, 11. März. (H. B.) In einem Teile der Ortschaft Warmsfontaine hat heute eine Bodensenkung von zirka zwei Meter stattgefunden, die auf den Zusammenbruch eines dort vorhandenen unterirdischen Schieferbruches zurückzuführen ist. **27 Häuser sind zusammengestürzt;** eine weitere Anzahl ist bedroht. Die ganze Ortschaft mußte geräumt werden. 300 Arbeiter, die im Schieferbruch beschäftigt sind, mußten die Arbeit einstellen. Der angerichtete Schaden ist sehr bedeutend.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Gegen den russischen Justizmord!

Eine große Anzahl Intellektueller erhebt Protest gegen die elende Justizkomödie, durch die die zarische Regierung die unglücklichen sozialdemokratischen Abgeordneten in den Kerker gebracht, in Tod oder Wahnsinn getrieben hat. Der Protest hat folgenden Wortlaut:

Nur Recht!

31 Volksvertreter eines europäischen Staates leiden auf Grund eines gerichtlichen Urteils seit 4½ Jahren im Zuchthause. Eine Reihe von Tatsachen liegt vor, die den „Rechtsspruch" als völlig haltlos kennzeichnen! Und ein europäisches Gericht weigert sich, ein Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten!

Es handelt sich um Rußland, das auch kulturell zu Europa gehören will — und um die sozialistische Fraktion der zweiten Reichsduma! Die politische Gesinnung ist hier gegenstandslos!

Im Juni 1907 forderte die russische Regierung von der Duma unter Bezichtigung des Hochverrats die Auslieferung der gesamten 55 Personen zählenden sozialdemokratischen Fraktion an die Gerichte. Eine unparteiische Kommission der Duma, der keine Sozialisten angehörten, prüfte das Anklagematerial und lehnte nach Anhörung der Staatsanwaltschaft die Auslieferung ab. Die Regierung antwortete mit der Auflösung der Duma, mit der Verhaftung und Stellung jener Abgeordneten vor ein Ausnahmegericht, das hinter verschlossenen Türen und und in Abwesenheit der Angeklagten verhandelte und 31 Volksvertreter zu langen Jahren Zwangsarbeit und Verbannung verdammte. Zwei von ihnen erlagen bereits den Leiden des Gefängnisses, ein dritter wurde irrsinnig!

Gegenüber dem Urteil einer unparteiischen Dumakommission, gegenüber dem Umstande, daß die Zusammensetzung der zweiten Duma der russischen Regierung ein Dorn im Auge war und ihre Auflösung mit einer Aenderung des Wahlsystems endigte, gegenüber der Tatsache, daß die Verurteilung von einem außerordentlichen Gericht unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erfolgte, erschien das Urteil allen unabhängig denkenden Kreisen Europas von vornherein verdächtig.

Heute stehen aber Tatsachen fest, die ein Wiederaufnahmeverfahren zwingend machen!

Der Berichterstatter der erwähnten Dumakommission, der Abgeordnete Teslenko der konstitutionell demokratischen Partei, bezeugte in der gegenwärtigen Duma, daß jene Kommission damals einmütig zur Ueberzeugung gelangt war, daß in diesem Falle „keine Verschwörung der sozialdemokratischen Fraktion, sondern eine Verschwörung der Ochrana (politische Polizei) gegen die zweite Reichsduma" vorgelegen hat.

Und ferner hat der ehemalige Geheimagent Brodski, der auf Befehl des Chefs der Geheimpolizei eine Militärverschwörung zu organisieren und die Grundlage jener Hochverratsanklage — den Anschein einer Verbindung zwischen jenen und der gesamten sozialdemokratischen Fraktion — zu liefern sich bemühte, diese Machinationen eingestanden und die Grundlosigkeit der Anklage aufgedeckt. Er hat sich dem russischen Justizminister zur Verfügung gestellt, um den vollen Nachweis vor einem öffentlichen Gericht anzutreten.

Der russische Justizminister hat bisher die Untersuchung abgelehnt.

In Rußland ist eine lebhafte Volksbewegung im Gange, um ein Wiederaufnahmeverfahren zu erreichen. Sie wird demnächst in einer Dumaverhandlung gipfeln — der letzten und ausschlaggebenden Gelegenheit, um der Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen.

Aber diese Angelegenheit ist nicht allein Sache des russischen Volkes. Hier stehen — abgesehen von den Menschenopfern — Fragen allgemeiner Menschlichkeit, der Kultur, des Rechtsstaats auf dem Spiele, deren Vernachlässigung rückwirkend auch auf andere Länder sein müßte. Deshalb betrachten die Unterzeichneten — abseits aller politischen Ueberzeugungen — ein Wiederaufnahmeverfahren gegen die unglücklichen Volksvertreter als eine Kulturfrage und erwarten von der Duma, daß sie freie Bahn für volle Gerechtigkeit, für einen erneuten Rechtsspruch im hellen Lichte der Oeffentlichkeit schafft.

Dr. Max Apel. Julius Bab. Hermann Bahr. Dr. Marie Baum. Ingenieur E. Bernhard. Lily Braun. Dr. Heinrich Braun. Dr. Martin Buber. Minna Cauer. Richard Dehmel. Alma Dzialoszynski. Frederik van Eeden. Dr. Max Ermers. Dr. Karl Federn. Verlagsbuchhändler S. Fischer. Prof. Dr. Aug. Forel. Prof. Dr. Paul Förster. Richard Gädke, früher Oberst. H. von Gerlach. Dr. A. Grotjahn. Prof. L. Gurlitt. Prof. Dr. Ernst Haeckel. Julius Hart. Wilhelm Hegeler. Anselma Heine. Dr. Adolf Heilborn. Dr. Cl. Heiß. Rechtsanwalt Hißbach. Felix Holländer. Dr. Otto Juliusburger, Oberarzt. B. Kampffmeyer. Prof. Kampmann. Alfred Kerr. Dr. R. Knittel, Verlagsbuchhändler. Hans Land. Gustav Landauer. Prof. Dr. Leimbach. Maria Lischnewska. Dr. H. Luz. Prof. Masaryk, Mitglied des österreichischen Reichsrats und der Delegation. Dr. Franz Oppenheimer. Hans Paasche, Kapitänleutnant a. D. Dr. Rud. Penzig. Professor L. Quidde, Mitglied des bayerischen Landtages. Emanuel Reicher. Paul Schirrmeister. Dr. Eugen Heinr. Schmitt. Dr. Frz. Schönenberger. Karl Schrader. Wilhelm Schwaner. Magnus Schwantje. Prof. Dr. F. Staudinger. Prof. Ludw. Stein. Dr. Reinhard Strecker. Maria Stritt. Ludwig Thoma. Prof. Dr. Ferdinand Tönnies. Em. Verhaeren. Dr. Walther Vielhaber. Prof. Alfred Weber-Heidelberg. Frank Wedekind. Dr. Bruno Wille. Justizrat Ludwig Wreschner.

Jedermann, der diesem Aufruf zustimmt, wird um Einsendung seines Namens zur Veröffentlichung gebeten.

Abgeordnetenhaus.

84. Sitzung. Montag, den 11. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.

Die

zweite Lesung des Bauetats

wird fortgesetzt.

Abg. Fürbringer (natl.) tritt erneut für den Bau eines Kanals vom Rhein nach Emden ein.

Abg. Frhr. v. Maltzahn (k.) wünscht Schaffung eines Fischereihafens an der Ostseeküste.

Minister v. Breitenbach betont die Schwierigkeiten der Ausführung eines solchen Projekts.

Abg. Trimborn (Z.) wünscht, daß die Wasserbauarbeiter, die jetzt an die Pensionskassen der Eisenbahnverwaltung angeschlossen werden sollen, dieselben Wohltaten wie die Eisenbahnarbeiter, die Mitglieder der Kassen sind, erhalten. Näher gelegen hätte wohl die Schaffung einer selbständigen Kasse. Was geschieht mit den Wasserbauarbeitern über 40 Jahren im Hinblick darauf, daß die Pensionskasse der Eisenbahner Leute über 40 Jahren nicht aufnimmt?

Unterstaatssekretär van der Brügge: Die Wasserbauarbeiter, die in die Kasse aufgenommen werden, sollen dieselben Rechte erhalten wie die Eisenbahnarbeiter. Leider aber wird es nicht möglich sein, auch die älteren Arbeiter aufzunehmen, für sie wird in der bisherigen Weise gesorgt werden.

Abg. von Böhlendorf-Kölpin (k.) verlangt Errichtung eines neuen Leuchtfeuers auf der Insel Wollin.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

bringt Klagen der Fischer aus der Gegend Stettin-Swindemünde vor. Bei eintretendem Tauwetter geraten ihre Netze, ja sie selbst durch die sich loslösenden Schollen in Gefahr. Ein ihnen so entstehender Schaden wird ihnen nicht ersetzt. Die Fischer wünschen, daß, wenn das Eis eine bestimmte Stärke erhalten hat, die Tätigkeit der Eisbrecher eingestellt werden möge. Natürlich können die großen Verkehrsinteressen nicht hinter den Interessen dieser Schiffer zurücktreten, aber es müßte doch möglich sein, ihnen wenigstens den eventuell entstehenden Schaden zu ersetzen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wodarcz (Z.) erörtert den Bruch des Oderwehrs an der Neißemündung.

Unterstaatssekretär van der Brügge: Durch den Wehrbruch sind die Schiffer zwar geschädigt, aber viel mehr doch durch den im Anschluß daran auftretenden Wassermangel. Doch sollen den durch den Wehrbruch direkt geschädigten Schiffern bare Beihilfen gewährt werden. 160 000 M. sind bereits ausgezahlt. Es werden auch nicht nur preußische, sondern auch auswärtige Schiffer unterstützt.

Abg. Fürbringer (natl.) wendet sich gegen die Einführung des Schleppmonopols auf dem Dortmund-Ems-Kanal. Ein solches Vorgehen würde nach der Ansicht berühmter Rechtsgelehrter gegen das Gesetz verstoßen.

Minister v. Breitenbach: Die Regierung ist nicht dieser Ansicht und wird sich in ihrer Anschauung auch durch etwaige entgegenstehende Gutachten einzelner Rechtsgelehrter nicht beirren lassen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Bei der Oderregulierung und den dabei notwendigen Umlegungen von Grundstücken wird an einer Stelle darüber geklagt, daß die Verteilung zum Schaden der kleinen Grundbesitzer erfolgt, daß die als Entschädigung ausgeworfenen Grundstücke im argen Mißverhältnis stehen zu dem Grundbesitz, der den Leuten entzogen ist. Hier darf auf keinen Fall pro fisco gearbeitet werden. In einer Petition verschiedener Korporationen Breslaus wird im Interesse der Gesamtbevölkerung die ungesäumte Ausführung des sehr wichtigen Schwarzwasserprojektes gefordert. Ist die Staatsregierung dazu bereit?

Die Erhöhung der Ufergelder in Berlin ist eine recht erhebliche, bei sechstägiger Liegezeit ist sie schon 5 M., bei zehntägiger 9 M. pro Tonne. Das ist eine sehr schwere Belastung namentlich der kleineren Schiffer, sie wird durch das neue Meldewesen nicht gerechtfertigt, dessen Vorteile ich übrigens nicht geleugnet habe. Manche Empfänger lassen sich die telephonische Meldung zu jeder beliebigen Zeit auch gar nicht gefallen. Dagegen sind die Schiffer wehrlos, sie hätten dann die erhöhten Lasten, aber keine Gegenleistung!

Mit den Erklärungen des Regierungsvertreters über den Zusammenbruch des Wehres an der Neißemündung kann ich mich nicht zufrieden geben. Er hat zugeben müssen, daß die Eichenstämme etwa zwei Meter unter der Oberfläche gelegen sind; er sagte aber, man könne doch nicht bis zum Mittelpunkt der Erde gehen!! Bei guter Untersuchung des Baugrundes hätte man die Stämme finden müssen. Ich habe erfahren, daß die Strommeister oberhalb des Wehrs den Schiffern längst vor dem Zusammenbruch gesagt haben, an dem Wehr finde man keinen Grund! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Je mehr solche Stämme sich da ansammelten, um so mehr war genaue Untersuchung geboten; sie wurde aber nicht vorgenommen! Die Fürstenberger Schleuse soll angeblich nicht zusammengebrochen sein. Aber auf der einen Seite hat sich das Fundament von der Mauer um Handbreite gelöst, so daß das Wasser nicht in der Schleuse festgehalten wurde. Dieser Schaden muß schon lange bekannt gewesen sein. Die Reparatur konnte unter Aufrechterhaltung der alten Schleuse in 8—10 Tagen vorgenommen werden, wie es ja jetzt zu geschehen scheint. Wenn es eine ganz normale Reparatur war, die im Winter gemacht wird — warum ist das denn nicht geschehen? Im Winter wurde die Schleuse offengehalten, erst am 6. März wurde die Schließung bekanntgegeben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Staatsregierung hat also ein Verschulden und sie sollte meinen Anklagen doch mehr Beachtung schenken. Die Schiffer machen den Umstand verantwortlich, daß das herabstürzende Wasser das Wehr unterspülte. Das kann auch bei anderen Wehren eintreten, und die Schiffer vermuten es geradezu. Sie klagen darüber, daß die Schleusen von Kosel bis Breslau zu spät, erst im letzten Moment aufgemacht werden, so daß die Schiffe aufs Trockene kommen. Die Verwaltung hätte also allen Anlaß, auf die Männer der Praxis mehr zu hören. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man scheint aber darauf mit bureaukratischem Hochmut herabzusehen.

Die heutigen Ausführungen des Unterstaatssekretärs zeigen, daß meine Forderung nach Entschädigung auch nichtpreußischer Schiffer als berechtigt anerkannt werden muß. Aber es sollte bei der Gewährung der Entschädigungen rascher vorgegangen werden. Ob 400 000 M. ausreichen werden, ist fraglich. Auch für den Schleusenbruch in Fürstenberg ist die Staatsregierung ebenso ersatzpflichtig wie für den Vorfall an der Neißemündung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herrn Strosser aber sage ich: wir müssen uns mit allen möglichen Materien befassen, ohne uns deshalb als Sachverständige zu erklären. Wir sind ja nicht so viele wie Sie auf der Rechten und können keine Spezialisten stellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Uns fehlen auch die Spezialisten für unfreiwilligen Humor, die Sie z. B. an Herrn Strosser haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Kleines Feuilleton.

Details von der Südpolentdeckung. Die englische Presse hat jetzt hohe Zeiten, die Blätter wetteifern in der Veröffentlichung von Interviews mit Amundsen, der sich vorläufig noch in Hobart (Tasmanien) befindet. Vor allem sucht man Scotts Verdienste hervorzuheben. Da indes keinerlei direkte Nachrichten von Scott vorliegen und Amundsen ihn nicht getroffen hat, müssen die Engländer sich mit folgender Erklärung des Norwegers begnügen: Ich habe keine Spur gefunden, daß Scott vor mir den Pol entdeckt hat. Wenn er dennoch dort gewesen sein sollte, so deuten jedenfalls keine Zeichen darauf hin. Ich hoffe jedoch lebhaft, daß Scott auch am Pol gewesen ist. Er hätte diesen Erfolg verdient.

Ueber die Schwierigkeiten des Vorstoßes nach dem Südpol bemerkt Amundsen:

Die größten Schwierigkeiten, die unsere Expedition zu überwinden hatte, bereiteten uns die furchtbaren Schneestürme, die uns zwangen, oft tagelang in einer Hütte zu übernachten und uns jede Hoffnung auf ein weiteres Vordringen zu rauben schienen. Während des letzten Teiles unserer Forschungsreise befanden wir uns fast sechs Wochen lang in einer hohen Region mit Eis und Schnee bedeckten Bergen in Höhe von ungefähr 5000 Meter über dem Meeresspiegel. Der Pol selbst befindet sich auf einem Plateau in einer Höhe von 8200 Meter. Wir hatten sehr unter Atmungsbeschwerden zu leiden. Unendlich mühsam gestalteten sich die Messungsarbeiten am Pol. Oft drohten uns die Kräfte zu versagen. Wir mußten stundenlang ausruhen, um unsere Arbeiten zu Ende führen zu können.

Von besonderer Bedeutung ist, was Amundsen über die Ernährungsfrage mitteilt: Wir haben glücklicherweise nie unsere Ration einzuschränken brauchen. Was man jedoch unter voller Ernährung in diesem Klima versteht, ist lange nicht das, was ein gewöhnlicher Mensch in gemäßigtem Klima verzehrt. Der Appetit hat keine Grenzen und man könnte unaufhörlich essen. Während der Rückreise hatten wir nicht nur unsere volle Ration, sondern konnten sogar von dem Proviant nehmen, den wir in unserem Depot am 86. Grad niedergelegt hatten. Die ersten Hunde waren wir bei 85½ Grad zu töten gezwungen. Wir schlachteten vierundzwanzig. Trotzdem die Hunde nicht allzuviel Futter bekommen hatten, war das Fleisch doch sehr fett und ein Leckerbissen.

Ueber den Gesundheitszustand der Expeditionsmitglieder erfährt man: Unser Gesundheitszustand war während der ganzen Reise äußerst befriedigend. Die schweren Entbehrungen, die körperlichen wie auch geistigen Anforderungen hatten unser Wohlbefinden nicht im mindesten beeinflussen können. Wir nahmen an Körpergewicht sogar zu. Einen Luxus haben wir allerdings während der Reise entbehren lernen müssen: das Waschen.

Von sonstigen Einzelheiten sei hervorgehoben:

11 Hunde haben die Fahrt überlebt und sind in guter Verfassung an Bord der „Fram" angelangt.

Wir haben nicht einen einzigen Rasttag während der Rückreise gemacht. Nicht einmal am Weihnachtstage haben wir uns Ruhe gegönnt. Bei jeder Witterung setzten wir unseren Rückmarsch fort.

Wir haben während der ganzen Reise keine Abenteuer erlebt, aber sie war durchaus mühevoll.

Ueber die weiteren Pläne Amundsens wird depeschiert:

Amundsen bleibt in Hobart, bis die „Fram" den Hafen verläßt. Er wird sodann einen Monat hindurch Vorträge in Australien halten. In Buenos Aires wird er sich wieder an Bord der „Fram" begeben und durch die Behringstraße das nördliche Eismeer aufsuchen.

Fridtjof Nansen würdigt im „Daily Chronicle" Amundsens Tat also: Amundsen hat das letzte geographische Rätsel gelöst. Er brachte Licht in das Dunkel, das die antarktische Zone bisher umhüllte. Amundsen verdankt seinen Erfolg nicht einem Zufall. Die Entdeckung des südlichsten Punktes der Erde ist das Resultat langer Forschungen und das Ziel eines seltenen Willens. Amundsens Name ist unvergänglich.

Theater.

Freie Volksbühne (im Neuen Schauspielhaus): „Das Leben ein Traum" von Calderon. Ueber die deutsch-romantische Schule sind wir auch zu Calderon, dem bedeutendsten Dramatiker des Katholizismus, gekommen; jene, stark unter seinem Einfluß verharrend, hat ihn uns vermittelt. Aber trotz aller Bemühungen ist er uns fremd geblieben. Am wenigsten läßt sich von seinem berühmtesten Schauspiel: „Das Leben ein Traum" zur Ideenwelt der heutigen Menschheit eine Brücke des Verständnisses finden. Als Kleriker, der Calderon noch in vorgerücktem Alter wurde, noch mehr als Zeitgenosse und Anbeter des tyrannischsten aller Tyrannen: Philipps II. lag sein Geist doch zu sklavisch in Banden, um sich, unbeschadet aller hohen Dichterflüge, von der Finsternis jenes durch die Inquisition ewig gebrandmarkten Zeitalters losringen zu können. Ist also Calderon insofern der Wiederschein seiner Epoche, und allenfalls noch rein historisch zu erfassen, so vermögen wir Kinder des zwanzigsten Jahrhunderts seiner Mystik gegenüber allem, was Welt und Leben heißt, erst recht keinen Gewinn zu ernten. Nicht als ein „Traum" deucht uns das Leben, sondern als eine kontrollierbare Realität, mit der wir uns stündlich herumschlagen, der wir unsere Befreiung von aller geistigen und sozialen Knechtschaft stündlich und täglich abtrotzen durch die Tat. Soll uns diese fleisch- und blutlose Schemenphilosophie noch einigermaßen munden, sollen uns Calderons Marionetten noch verständlich werden, soll uns endlich seine unzureichende Psychologie und seine obzwar schöne, doch kalte Versprache erwärmen, wenn sie sich in langen Monologen oder in lehrhaft moralisierenden Schlußsentenzen ergießt, dann verlangen wir aber auch eine Darstellung, die das Beste dransetzt. Die Freie Volksbühne kann sich auf keinen Fall zum Spielball für Repertoire-Verlegenheiten hergeben. Diese Vorführung trug fast durchweg den Charakter des Unfertigen an sich. Keine Flüssigkeit des Dialogs; zumeist unrichtige, obendrein durch peinliche Verlegenheitspausen zerhackte Versprache; keinerlei Geschlossenheit der schauspielerischen Leistungen. Was Wunder, daß einige Akte total wirkungslos verpufften. Nur Josef Commer vermochte mit seinem hanswurstigen Diener Clarin ein wenig Heiterkeit zu erregen — auch das mit „Rhabarber-Rhabarber" und — preußischen Hornistensignalen unterspickte Blech- vulgo Kampfgetöse. e. k.

Musik.

Die Königliche Kapelle, d. i. das Orchester des Opernhauses, veranstaltet seit langem Sinfonie-Abende, deren Ertrag dem Witwen- und Waisenfonds der Kapelle zukommt. Lange Zeit war mit ihnen der Name ihres Dirigenten Weingartner verknüpft; jetzt leitet sie Richard Strauß. Aus der hier und bei anderen Orchestern üblichen klugen Einrichtung, die Generalprobe gegen relativ billigeren Eintritt öffentlich zugänglich zu machen, entstanden feste Voraufführungen am Mittag desselben Tages, „Matineen"; sie sind um so erwünschter, als die Hauptaufführungen jetzt gänzlich den Abonnenten gehören, und sind wohl so gut wie immer ausverkauft. Das VIII. der diesjährigen Konzerte brachte zwei Neuaufführungen moderner Werke, die sonst schon bekannt waren. Vor allem kam Anton Bruckner zu Wort. Der Meister war, nach den üblichen Verkennungsjahren, der Schützling einer heftig strampelnden Opposition gegen seine wirklichen oder angeblichen Verkenner geworden. Was man schon damals bei einiger Ruhe urteilen konnte, das konnte man auch jetzt urteilen, als unsere Sinfoniker seine letzte, unvollendete, IX. Sinfonie vortrugen: lauteres musikalisches Gold, wie aus einem Füllhorn dahingestreut, eines neben dem anderen, unbekümmert um die Fassung des Hörers und auch unbekümmert um das, was mit den Orchesterfarben zu machen sein würde. — Dann gab es von dem französischen Modernen Vincent d'Indy Sinfonische Variationen „Istar"; eine von den musikalischen Darstellungen reichster Kompositionskunst, bei denen doch alle Wendungen und Windungen des erläuternden Programmbüchleins den Zusammenhang mit dem Programm nicht überzeugend werden lassen.

R. Strauß dirigiert nicht so „heroisch" wie seine Vorgänger und nicht so, daß man sich um etwas Eigenes von seiner Art herumstreiten könnte. Aber es liegt soviel Solides, Vornehmes und Maßvolles (besonders durch Vermeidung extremer Zeitmaße) in seinem Dirigieren, daß der das Konzert abschließende Vortrag von Beethovens V. („Schicksals-") Sinfonie wohl auch dem ältesten Liebhaber etwas Neues zu sagen hatte. sz.

Ministerialdirektor Peters: die Liegegelder nach der Liegezeit sollen nicht bessere Einnahmen schaffen, sondern Abkürzung der Liegezeit zur Freimachung der Liegestellen herbeiführen. Die Schiffe sollen nicht als Lagerhäuser dienen.

Der Ministerialbaudirektor erklärt, das Verfahren schädige die Kleinschiffer nicht. Beschwerden sind nicht gekommen. Wir wünschen gleich gute Behandlung der großen und kleinen Schiffer. Die Breslauer Projekte sind sehr schwierig, die Erwägungen über das Vollkommenste sind nun beendet und das Verfahren ist eingeleitet. Der Verwaltung ist nichts bekannt geworden, daß die Schiffer den Zusammenbruch des Wehrs an der Neißemündung voraussahen. Die Unterhaltung des Wehrs war ordnungsmäßig. (Dies sucht der Redner in fachmännischen Bemerkungen zu erklären.) Eine absolut genaue Untersuchung der Baustelle des Wehrs mit zahlreichen Bohrungen (pro Quadratmeter vier) hätte unverhältnismäßig viel gekostet. Die Schäden des Fürstenberger Wehrs wurden schon vor zwei Jahren ausgebessert, das geschieht immer im Bedarfsfalle. Die Schließung wurde rechtzeitig bekanntgemacht, jedoch erfolgte die Wiedereröffnung des Kanals wegen des Eisganges später als die der Oder. Aber das hat keine größere Verkehrsstörung hervorgerufen. Die Untergrundverhältnisse bei Fürstenberg sind äußerst schwierig. Die Ausbesserung der einen Schleuse wird Ende dieses Monats beendet sein. Wir hören den Rat der Interessenten in recht ausführlicher Weise. Der Kleinschifferverein Fürstenwalde wird bei jedem Anlaß befragt. Gerade für den Oder-Spreekanal sind in den letzten Jahren zehn Millionen bewilligt worden.

Abg. Dr. Ehlers (Vp.) beklagt, daß Mecklenburg die untere Havel nicht reguliert, so daß alle Arbeiten Preußens mehr oder weniger vergebens sind.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Ich begrüße es mit großer Freude, daß die Breslauer Kanalprojekte etwas energischer in Angriff genommen werden sollen. Es wäre nur zu wünschen, daß die Regierung in dieser Richtung weiter arbeitet. Wenn einer der Regierungsvertreter mir gegenüber behauptet, daß der Ausdruck Ufergelder nicht der technische Ausdruck sei, so ist er im Irrtum. Man gebraucht wohl den Ausdruck Liegegelder in Schifferkreisen, er ist aber nicht der richtige. In einem mir vorliegenden amtlichen Tarif, der allerdings noch nicht in Geltung ist, wird ausdrücklich von Ufergeldern gesprochen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es trifft auch nicht zu, daß usancemäßig die Ufergelder von den Empfängern entrichtet werden. Tatsächlich haben sich zum Beispiel die Berliner Kaufleute zusammengetan mit der Absicht, die Belastung den Schiffern aufzuerlegen, wodurch die Schiffer in große Unruhe versetzt wurden. Die übrigen Mitteilungen der Regierungsvertreter konnten mich nicht befriedigen. Wenn eine größere Anzahl von Bohrungen bei der Fürstenberger Schleuse nötig waren, dann mußten sie eben ausgeführt werden. Unsere Technik ist weit genug, um 4000 Bohrungen, die da nötig waren, mit größerer Geschwindigkeit auszuführen, ohne daß die Kosten ins Ungemessene zu wachsen brauchen. Jedenfalls hat die Regierung nicht auf der Höhe gestanden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Regierungsvertreter mußte auch zugeben, daß der Regierung seit zwei Jahren die Mißstände bei der Fürstenberger Schleuse bekannt waren. Es ist nicht richtig, daß der Verkehr auch auf der neuen Schleuse wieder eröffnet ist. Das wird erst Ende März der Fall sein. Jedenfalls sind diese Zustände durchaus unbefriedigend, und ich muß nochmals die Staatsregierung dringend ersuchen, den Schiffern, die durch das Unglück an der Fürstenberger Schleuse die schwersten Nachteile erlitten haben, Entschädigungen zu zahlen. Leider hat die Regierung gerade auf diese wichtige Anfrage noch keine Antwort gegeben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Beim Extraordinarium wird auf Antrag des Abg. Linz (Z.) die Besprechung des Opernhausneubaues in Berlin bis an das Ende der zweiten Lesung des Etats ausgesetzt, damit sich erst die Künstlerschaft über die Projekte äußern könne.

Abg. Cahensly (Z.) wünscht raschere Förderung der Lahnkanalisierung.

Abg. Faltin (Z.): Durch den Ausbau der Oder von Kosel nach Breslau könnte die Zufuhr oberschlesischer Kohlen nach Berlin sichergestellt werden.

Abg. Wagner (fk.) schließt sich dem an.

Minister v. Breitenbach: Dieser Ausbau ist bis 25 Kilometer oberhalb Breslau beendet und das hat den Verkehr sehr gesteigert. Neue Ermittelungen sollen ergeben, ob der Großschiffahrtsweg Stettin—Berlin den Absatz oberschlesischer Kohle in Berlin benachteiligt.

Die Abgg. Strosser (k.), Wolkowski (k.) und Linz (Z.) besprechen lokale Angelegenheiten.

Die Fahrstühle im Abgeordnetenhause.

Die Budgetkommission hat die Forderung von 14 800 M. für Verbesserung der Fahrstühle gestrichen.

Abg. Fritsch (natl.): Unser Präsident hat sich deshalb an den Minister um Unterstützung dieser Forderung gewandt. Ich beantrage, diesen Posten wieder einzustellen. (Bravo! links.)

Minister v. Breitenbach: Ich kann diese Forderung nur unterstützen. Mit Rücksicht auf die Betriebssicherheit muß die Knopfsteuerung eingeführt werden.

Abg. v. Maltzahn (k.): Wir messen dieser Frage keine Bedeutung bei. Einige von uns halten eben die Kurbel-, andere die Druckknopfsteuerung der Fahrstühle für sicherer. Wir stimmen getrennt.

Abg. v. Kardorff (frk.): Wir sind durch den Minister überzeugt worden und stimmen auf seine Autorität hin für die Knopfbesteuerung. Dem Präsidenten danken wir für die nachdrückliche Wahrung der Interessen der Abgeordneten und sonstigen Benutzer der Fahrstühle. (Bravo!)

Abg. Dr. Pachnicke (Vp.): Wir freuen uns, daß diese technische Rückständigkeit des Hauses, die schon vor 14 Jahren hätte abgeschafft werden sollen, endlich beseitigt wird. Es bleiben ja noch genug andere Rückständigkeiten übrig. (Heiterkeit und Sehr richtig! links.)

Abg. Hoffmann (Soz.):

Diese Worte des Vorredners kann ich nur unterstreichen. (Heiterkeit.) Technisch ist das Haus 14 Jahre rückständig. In anderer Beziehung wohl 1400 Jahre (Heiterkeit), wenn es auch noch nicht so lange existiert, so viel sind wir rückwärts getrieben worden durch die Mehrheit. Wir sind auch für die Einführung dieser Neuheit, die ja eigentlich gar keine Neuheit mehr ist. Wir sind der Meinung, daß der Fortschritt besonders auf diesem Gebiete zu unterstützen ist (Heiterkeit) und haben uns nur gewundert darüber, daß über diese Sache überhaupt eine Diskussion entstehen konnte. Wir sind auch dafür, daß die Abgeordneten richtig aufgezogen werden (Heiterkeit) und haben nur bedauert, daß der Präsident sich erst mit einem Notschrei an den Minister hat wenden müssen. Wir wünschten, daß er immer so schnell Wünschen des Hauses Rechnung trägt, auch wenn sie nur von einem gewöhnlichen Mitglied kommen. Im übrigen ist es für uns eine besondere Genugtuung, daß wir nicht wie die Konservativen zersplittert, sondern geschlossen für die Forderung eintreten. (Heiterkeit.)

Abg. Linz (Z.) erklärt, daß seine Freunde für die Druckknopfsteuerung stimmen würden.

Der Titel des Etats wird hierauf gegen die Stimmen einiger Konservativen bewilligt.

Der Rest des Etats wird hierauf gegen die Stimmen einiger Konservativen bewilligt.

Der Rest des Etats wird debattelos angenommen. Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr (kleinere Etats).

Aus der Partei.

Friedrich Engels über Stichwahltaktik.

Genosse Ed. Bernstein schreibt uns:

„Das Stichwahlabkommen, das der Parteivorstand in seiner Eigenschaft als Zentral-Wahlvorstand der Partei im diesmaligen Wahlkampf mit der Leitung der Fortschrittlichen Volkspartei geschlossen hat, ist, formell betrachtet, sicherlich für unsere Partei etwas Neues gewesen. Es wäre aber unrichtig, zu sagen, daß es darum auch etwas Unerhörtes gewesen sei. Maßnahmen politischer Taktik oder Strategie können nur unter dem Gesichtspunkt ihres bestimmten Zwecks und ihrer etwaigen Wirkung über diesen hinaus beurteilt werden. Es kann eine für einen bestimmten Zweck angemessene Maßnahme gewiß noch verwerflich sein, wenn ihre voraussichtlichen weiteren Wirkungen ernsthafte Schädigungen bedeuten. Von letzterem konnte und kann aber im vorliegenden Fall nicht die Rede sein. Dagegen ist der unmittelbare Zweck jenes Abkommens — die Fortschrittler in der Stichwahl von Zentrum und Konservativen unabhängig zu halten — unzweifelhaft erreicht worden.

Es wird nun jedoch von einer Seite die Anschauung propagiert, solche Abmachungen stünden im Widerspruch mit den Grundsätzen der sozialistischen Theorie, wie sie uns von Marx, Engels und Lassalle entwickelt worden ist. Wie wenig dies der Fall ist, mag eine Stelle aus einem Briefe zeigen, den mir Friedrich Engels am 28. Mai 1884 in Hinblick auf die Reichstagswahl jenes Jahres schrieb. Sie lautet:

„Singer war hier, ich habe ihm unter anderem meine Ansicht wegen der Taktik bei Stichwahlen gesagt. Ich halte es nämlich für Unsinn, dafür eine für alle Fälle gültige Regel aufstellen zu wollen, die ja auch in Wirklichkeit nie eingehalten wird. Wir haben da eine große Macht in der Hand, die total unbenutzt bleibt, wenn Wahlenthaltung in allen Fällen proklamiert wird, wo keiner der Unsrigen in der Stichwahl ist. In Wirklichkeit haben sich ja auch immer in solchen Fällen Wahlverträge, z. B. mit dem Zentrum (das damals bekanntlich noch oppositionell war. E. B.) von selbst gemacht: wir stimmen da für Euch, wenn Ihr dort für uns stimmt, und haben uns manchen Sitz verschafft. Dummheiten passieren dabei natürlich, aber die passieren immer, und das ist kein Grund, eine noch größere zu begehen. Ich sagte ihm sogar, daß z. B. in Orten, wie Berlin, wo der Wahlkampf fast ganz zwischen uns und dem Fortschritt liegt, Verträge vor der Hauptwahl nicht ausgeschlossen seien: Ihr tretet uns diese Wahlbezirke ab, dafür wir Euch jene — natürlich nur wenn man auch darauf rechnen kann, daß es eingehalten wird. Was mir ungeschickt erscheint, ist nur dies, auf Kongressen und im voraus allgemein gültige Regeln aufstellen zu wollen für taktische Fälle, die der Zukunft angehören."

So der Mitverfasser des Kommunistischen Manifestes. Man sieht, er geht in der Zulassung von Wahlkompromissen noch weit über das hinaus, was der Parteivorstand getan hat. Er macht es ganz von der politischen Situation abhängig, welche Art Verträge man abschließt und stellt die Gewinnung von Parlamentssitzen keineswegs als eine Nebensache hin. Dies unbeschadet der Einsicht in die Schranken der parlamentarischen Macht. Die Redensart vom „parlamentarischen Kretinismus", mit der Gegner jener Abmachung das politische Urteil zu beeinflussen suchen, beweist in der Allgemeinheit, wie sie da gebraucht wird, gar nichts. Es gibt „Kretinismus" in allen Tätigkeitssphären: in der Schreibstube so gut, wie gegebenenfalls im Parlament. Und die parlamentarische Abart ist sicher dort am wenigsten zu finden, wo ein so inniger, geradezu ununterbrochener Kontakt mit der kämpfenden Arbeiterbewegung besteht, wie bei den Fraktionen der Sozialdemokratie im Reichstag und in anderen Parlamenten. Niemand ist weniger der Versuchung ausgesetzt, die Tragweite parlamentarischer Vorgänge zu überschätzen, als der sozialdemokratische Abgeordnete. Es ist aber der größte Doktrinarismus, die parlamentarische Machtverteilung als etwas Gleichgültiges zu betrachten. Die Väter der Theorie des modernen Sozialismus waren von solchem Doktrinarismus frei.

Heinrich Kämpschens Bestattung.

Just zur Stunde, in der die Ruhrbergknappen den folgenschweren Entschluß gefaßt haben, zum dritten Male mit den Grubenbesitzern um Sein oder Nichtsein zu ringen, haben Tausende von ihnen dem Sänger des Bergarbeiterlebens, der so oft die Bergknappen in ergreifenden Liedern zum Kampfe aufgerufen hat, das letzte Geleit gegeben.

Heller Frühlingssonntag. In den Hecken schwellen und zucken die jungen Knospen — aus dem frischen Grasteppich blühen am Rain die ersten Morgensterne.

Auf freiem Anger, wo die Blicke auf den bewaldeten Kranz der Ruhrberge fallen, wo durch das Wiesental sich der blanke Fluß schlängelt — jenes Heimattal, das er in so vielen schönen Liedern besungen hat —, hatten sie ihm die letzte Ruhestatt auserwählt.

Eine große Gemeinde der Kohlengräber begrub hier ihren Sänger, der der Versinnlichung ihrer Leiden Worte verlieh, die nur der prägen konnte:

Der im düstern Grund der Erde
Selber hat gepocht, gehämmert,
Dem das Leben, dem die Jugend
Trüb in Grüften ist verdämmert.

Sänger trugen den schottischen Bardenchor vor. Dann feierte Kamerad Robert Witt in schlichten, wirkungsvollen Worten den Heimgegangenen und schloß mit der letzten Mahnung, die der Sänger einige Stunden vor seinem Tode diktiert hatte:

Seid einig, liebe Brüder,
Vergeßt die Treue nicht.

Und dann zogen die Knappen hinaus auf das Kampffeld.

Flugblätter brachten die Nachricht, daß der Streik erklärt, daß der Riesenkampf entbrannt sei. Noch ein Stück Erde auf den Sarg, noch einen Blick ins offene Grab — und eines Freundes stille Träne — und dann hinaus in den Kampf.

Ehrung der Wiener Märzgefallenen.

Wien, 10. März. Wie alljährlich fand heute in Erinnerung an den Jahrestag des 18. März 1848 ein Demonstrationszug der Sozialdemokraten und des freisinnigen Bürgertums zum Wiener Zentralfriedhofe statt, wo die Gräber der Märzgefallenen bekränzt und von sozialdemokratischen und freisinnigen Abgeordneten Ansprachen gehalten wurden. Der Zug bestand aus vielen tausend Teilnehmern, welche Kränze aus roten Nelken mit roten Schleifen trugen. Trotz der ungeheuren Menschenmassen, die an dem Demonstrationszuge teilnahmen, ereignete sich kein Zwischenfall.

Eine treffende Antwort auf den Kriegervereinsterrorismus.

In Untersteinach (Wahlkreis Lichtenfels-Kronach) hat sich eine sozialdemokratische Vereinssektion gebildet, der auch eine Anzahl Mitglieder des Veteranen- und Kriegervereins beitraten. Sie erhielten darauf von der Vorstandschaft eine Zuschrift mit der Aufforderung, aus der Parteiorganisation auszutreten oder den Ausschluß aus dem Kriegerverein zu erwarten. Die in Frage kommenden Mitglieder drehten aber den Stiel um und erklärten einmütig, daß es aufgeklärter Arbeiter unwürdig sei, Kriegervereinen anzugehören. Sie beauftragten die Sektionsleitung, dem Kriegerverein ihre Austrittserklärungen zu übermitteln, der damit einen erheblichen Teil seiner Mitglieder verloren hat.

Von der Parteipresse.

Die „Neue Donaupost" in Regensburg, die als Kopfblatt der „Münchener Post" gedruckt wird, soll eine eigene Druckerei in Regensburg erhalten. Die Parteileitung befaßt sich schon seit einiger Zeit mit dem Plan, und eine Konferenz, die in dieser Angelegenheit tagte, sprach sich einmütig dafür aus, daß unverzüglich die nötigen Schritte zur Uebernahme der „Neuen Donaupost" in eigene Regie getan werden sollen. Das Blatt steht auf exponiertem Posten und hat sich mit dem schofelsten Zentrumsorgan, dem „Regensburger Anzeiger" herumzuschlagen.

Sozialistische Blindenliteratur.

Von der „Neuen Zeit", Organ zur Pflege sozialistischer Weltanschauung unter den Blinden deutscher Zunge", ist die Nummer 8 des dritten Jahrganges erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Der Sozialismus als Kulturmacht; von A. Pannekoek. Mit uns das Volk, mit uns der Sieg; von P. Richtsteig. Die Kommerzienrätin kann schlafen. Mitteilungen. — Die wissenschaftliche Beilage enthält: Aus der Geschichte der Sozialdemokratie; von Wilhelm Schröder (Schluß) sowie: Der Ursprung der Religion; von Heinrich Cunow. Der Abonnementspreis der Zeitschrift, die in Brailleschrift gedruckt wird, beträgt bei sechsmaligem Erscheinen jährlich 3,60 M. für Deutschland und Oesterreich-Ungarn und 4,50 M. für die übrigen Staaten.

Anfragen und Bestellungen sind an A. Wendt, Berlin N. 59, Sprengelstr. 1, zu richten. Das Blatt wird nicht im Buchhandel vertrieben, sondern kann nur durch die obige Adresse bezogen werden. Die Parteigenossen werden gebeten, die ihnen bekannten Blinden auf das Organ aufmerksam zu machen.

Fortschritte der Parteipresse. Die Reichstagswahlen haben, wie überall so auch in Pommern, recht gute Resultate für unsere Partei gezeitigt. Nicht nur, daß die sozialistischen Stimmen beträchtlich gestiegen sind, auch die Zahl der politisch Organisierten hat sich merklich gehoben. Am erfreulichsten aber ist die Zunahme der Leser unseres Parteiblattes, des „Volksboten" in Stettin. In den letzten vier Monaten haben wir 2000 Abonnenten gewonnen. Für Pommern ein geradezu glänzendes Resultat.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Noch eine Haussuchung.

Sonnabend, den 9. März, hielten wie in Breslau zwei Kriminalbeamte in der Redaktion der „Danziger Volkswacht" eine Haussuchung ab, um die Nummer 12 vom 7. Februar 1912 zu beschlagnahmen. Wegen des Leitartikels: Verewigung des Dreiklassenwahlunrechts, der sich mit den Ausführungen des Herrn v. Dallwitz im preußischen Abgeordnetenhause beschäftigte, soll ein Strafverfahren eingeleitet werden. In der Expedition und in der Druckerei erschienen die Beamten der Polizei ebenfalls; ihre Mühe war jedoch in allen Fällen vergeblich.

Aus Industrie und Handel.

Von der Konzentration im Kohlenbergbau des Ruhrreviers.

Ueber die Fortschritte der Konzentration des Kohlenbergbaus im Ruhrrevier entnehmen wir Goldschmidt (Ueber die Konzentration im Kohlenbergbau, 1912) folgende Angaben:

Gegenüber den unpersönlichen Aktiengesellschaften tritt die Bedeutung physischer Personen und der Gewerkschaften alten Rechtes immer mehr zurück. 1885 trieben Kohlenbergbau 114 Werke, 1904 waren es 91 und 1909/10 nur 55 Werke. In der gleichen Zeit stieg die Produktion um das Dreifache, der Wert der erzeugten Produkte um mehr als das Zwölffache. Im Jahre 1893 lieferten die zehn größten Unternehmungen 14 338 500 Tonnen oder 36,6 Proz. der Gesamtförderung des Reviers. Im Jahre 1909/10 dagegen förderten die zehn größten Werke 49 090 000 Tonnen oder 59,8 Proz., d. h. mehr als die Hälfte der Gesamtproduktion. Die Machtsphäre einzelner Gruppen und Familien (Stinnes, Thyssen, Karl Funke, Krupp, Haniel) ist eine ganz gewaltige. Der Stinneskonzern allein beherrscht 19 Kohlenzechen; 7 Eisenbetriebe; zahlreiche Eisenerzgruben in Lothringen, Luxemburg, Frankreich, Nassau, Siegerland, Ruhr, Weser, Harz; 5 Kohlenhandelsgesellschaften; 26 Handels- und Reedereigesellschaften (davon 12 in Deutschland, 5 in England, 3 in Italien, 2 in Frankreich, 2 in Rußland, je 1 in Belgien und Schweiz). Neun Konzerne allein beherrschen 66,9 Proz. der Kohlenproduktion des Reviers und 48 Proz. der Produktion des Stahlwerksverbandes.

Alleinbesitzer wurden im Jahre 1885 noch 4, im Jahre 1904 dann 7, im Jahre 1909 aber nur noch einer gezählt (das Bergwerk de Wendel im Bezirk Arnsberg). Der Anteil an der Gesamtförderung durch Private betrug demgemäß 1885 5,8 Proz.; 1904 9,8 Proz.; 1909 nur 0,4 Proz. Die Förderung ist absolut zurückgegangen, von 1 490 000 Tonnen (im Jahre 1885) auf 886 000 (im Jahre 1909).

Die Kohlenproduktion des Fiskus ist von 91 600 Tonnen im Jahre 1893 auf 1 748 000 Tonnen im Jahre 1909 gestiegen.

Die Zahl der Aktiengesellschaften, die Kohlenbergbau treiben, ist seit 1904 von 37 auf 28 gefallen. Sie produzieren 65,2 Proz. der Gesamtförderung. 17 reine Kohlenwerke fördern davon 34 Millionen Tonnen oder 41,4 Proz., 11 gemischte Werke (Hüttenzechen) 20,1 Millionen Tonnen oder 23,8 Proz. Die Zahl der reinen Werke nahm 1885 bis 1910 von 26 bis 17 ab. Die Hüttenzechen, deren Gründung durch die Syndikatsentwickelung gefördert wird, stieg in der gleichen Zeit von 6 auf 11.

Die Zahl der „Gewerkschaften" (Zechen-Gesellschaften mit besonderer juristischer Form) fiel 1885 bis 1910 von 78 auf 28, ihr Anteil an der Gesamtförderung von 49 Proz. auf 35 Proz.

Der Viehstand in Preußen 1910—1911.

Am 1. Dezember v. J. hat wiederum in Preußen eine außerordentliche Viehzählung stattgefunden. Die vorläufigen Ergebnisse (die im allgemeinen nicht stark von den endgültigen abzuweichen pflegen) werden jetzt bekannt gegeben.

Vergleicht man zunächst den bei der neuesten Zählung ermittelten Viehstand mit dem früherer Jahre, so ergibt sich folgendes:

Es waren vorhanden:

im Jahre	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine
1873 . . .	2 282 435	8 689 514	19 666 794	4 294 926
1883 . . .	2 417 367	8 737 641	14 752 828	5 819 136
1892 . . .	2 653 661	9 871 521	10 109 594	7 725 601
1897 . . .	2 808 419	10 552 672	7 859 096	9 390 281
1900 . . .	2 928 627	10 876 972	7 001 518	10 966 921
1902 . . .	2 927 484	10 405 769	5 917 698	12 749 998
1904 . . .	2 964 408	11 156 133	5 660 529	12 563 899
1906 . . .	3 018 443	11 646 908	5 435 053	15 855 959
1907 . . .	3 046 304	12 011 584	5 408 867	15 095 854
1908 . . .	3 062 835	12 089 072	5 260 238	13 422 873
1909 . . .	3 077 946	11 763 161	4 975 632	14 162 967
1910 . . .	3 128 585	11 592 521	4 632 069	16 491 559
1911 . . .	3 171 369	12 069 217	4 399 876	17 222 677

Mit Ausnahme des Bestandes an Schafen, der sich seit 1873 stetig vermindert, haben die Ziffern von 1910 auf 1911 zugenommen. Dennoch hat sich die Zunahme nicht in normaler Höhe gehalten. Bei den Pferden betrug die Zunahme von 1909 auf 1910 1,64 Proz., von 1910 auf 1911 nur 1,37 Proz. Bei den Rindern ergab sich im letzten Zählungsjahr zwar eine geringe Zunahme von 0,66 Proz. (gegen eine Abnahme von 1,45 Proz. im Vorjahr). Dennoch ist die Höhe des Rinderbestandes von 1907 und 1908 noch nicht erreicht. Die Rinderzahl bleibt noch erheblich (um 419 855 Stück) gegen 1908 zurück. Die Zunahme des Schweinebestandes betrug nur 4,48 Proz. gegen 16,45 Proz. im Vorjahre. Von den einzelnen Provinzen zeigten dabei eine absolute Abnahme der Schweinezahl Brandenburg, Posen, Schlesien, Sachsen, Hessen-Nassau, Hohenzollernsche Lande.

Die Dürre des vergangenen Sommers und der Mangel an Futtermitteln, der durch die Zollsperre erhöht wird, haben demnach einen relativen Rückgang der Viehbestände hervorgerufen. Er wird noch sinnfälliger zutage treten, wenn durch die endgültigen Ergeb-

nisse der Anteil des Viehnachwuchses an diesem Rückgang bekannt sein wird. Dann wird sich die Schädigung für den Konsum voll übersehen lassen. Die nächste Zählung im Dezember d. J. wird wahrscheinlich eine weitere Abnahme feststellen; denn der Futtermangel wirkt im Winter doppelt schädigend.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ueber den Stand des Streiks der Herrenmaßschneider

wurde gestern abend in einer Mitgliederversammlung dieser Branche des Schneiderverbandes berichtet, die in Mörners Festsälen in der Koppenstraße stattfand, für die aber der große Saal eigentlich nicht ausreichte. Im allgemeinen ist die Lage dieselbe wie Ende der verflossenen Woche. Die Aussperrung kommt, wie wir vorausgesagt, für Berlin nicht in Betracht. In der eigentlichen Herrenmaßschneiderei fehlt es an den Arbeitern, die ausgesperrt werden könnten, und die Arbeitgeber in der Militärschneiderei, die aussperren sollten, da sie größtenteils dem Allgemeinen Arbeitgeberverband angehören, haben klugerweise darauf verzichtet, ja selbst ein der Militärbranche angehörendes Vorstandsmitglied der Berliner Ortsgruppe dieses Verbandes hat sich gar nicht an den Aussperrungsbeschluß gekehrt. Wie es im Reiche mit der Aussperrung steht, läßt sich noch nicht übersehen. Anerkannt und unterzeichnet ist der neue Tarifvertrag jetzt in Berlin von 256 Firmen, die rund 2500 Arbeiter beschäftigen. Der Referent Kunze teilte ferner noch mehreres über den Verlauf der Arbeitgeberversammlung vom Freitag mit, worüber wir ja zum Teil schon in unserer Sonntagnummer berichteten. Der Zentralvorsitzende der Arbeitgeber, Herr Schwarz aus München, hat, wie der Redner erwähnte, in jener Versammlung davon geredet, daß man die Gehilfen einmal zum Weißbluten bringen und dafür sorgen müsse, daß die Kassen des Schneiderverbandes gründlich geleert würden, um endlich einmal Ruhe im Gewerbe herbeizuführen. Allgemeinen Anklang hat seine Scharfmacherrede ja keineswegs gefunden, und unter anderen war es Herr Pabst von der Firma Ellroth, Unter den Linden, der entschieden gegen die Taktik des Hauptvorstandes zu Felde zog. Im allgemeinen war die Stimmung in jener Versammlung so, daß es schon im Interesse der Einigkeit unter den Arbeitgebern wohl zweckmäßiger gewesen wäre, etwas friedfertigere Töne anzuschlagen. Uebrigens wurde die Diskussion vorzeitig abgebrochen, weil die Herren aus München noch mit dem Nachtzuge heimreisen wollten.

Uebrigens hatte die Berliner Ortsgruppe der Arbeitgeber gestern schon wieder Versammlung; die Herren haben es offenbar sehr nötig sich gegenseitig Mut zuzusprechen. Das ist auch um so mehr begreiflich, als unter den Firmen, die die neuen Vereinbarungen unterschrieben haben, schon 7 Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind. Die Zahl der Streikenden ist nach den gestrigen Feststellungen für Berlin und Umgegend 2254, sie ist also kleiner als die derer, die zu den neuen Bedingungen arbeiten. Unter diesen Umständen muß es wohl auch den weniger einsichtigen unter den bestreikten Arbeitgebern klar werden, daß es mit ihrer Sache schlecht steht, die Streikenden sich aber in einer sehr günstigen Position befinden. Die gestrige Versammlung der Herrenmaßschneider ließ denn auch keinen Zweifel darüber, daß der Kampf von Arbeitnehmerseite mit ganzer Kraft fortgesetzt wird, und zwar so lange, bis der Arbeitgeberverband sich bequemt, Frieden zu schließen, was natürlich nur möglich ist, wenn die Tarife sachgemäß durchberaten und von der Allgemeinheit gutgeheißen werden.

Die Arbeitsvermittlung im Putzergewerbe geht für die Putzerträger zum Teil in einer Weise vor sich, die allen in anderen Berufen von der organisierten Arbeiterschaft geschaffenen Einrichtungen auf diesem Gebiete Hohn spricht. Von den Putzerträgern selbst, die als Menschen leben und behandelt sein möchten, wird die bestehende Art der Arbeitsvermittelung als Pferde- oder Viehmarkt bezeichnet. Man sucht sich eben die kräftigsten Leute aus und, wer weniger dicke Waden, weniger breiten Rücken oder starkes Genick hat, bleibt, wenn nicht ganz besonders gute Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, arbeitslos, obwohl der nicht so kräftig aussehende Mann seine Arbeit ebenso gut zu leisten vermag. Um diesen Zuständen ein Ende zu machen und einen geregelten Arbeitsnachweis zu schaffen, beschäftigte sich am Sonntag eine Generalversammlung der Putzerträgersektion des Bauarbeiterverbandes mit der Angelegenheit, über die schon in einer Obmännersitzung und auch in den Bezirksversammlungen beraten worden war. Auf Grund dieser Beratungen hatte nun der Vorsitzende Zapf ein Regulativ für einen Arbeitsnachweis ausgearbeitet. Es wird danach am Engelufer 15, III, ein zentraler Arbeitsnachweis für die Putzerträger Berlins und der Vororte eingerichtet, und dort hat sich jedes arbeitslose Mitglied der Sektion eintragen zu lassen. Die Arbeitsvermittlung geschieht der Reihe nach; von dieser Regel kann jedoch abgewichen werden, wenn ein bestimmter Träger für eine Kolonne verlangt wird, in der er bereits gearbeitet hat. Die einlaufenden Stellen werden vom Zentralarbeitsnachweis den Bezirken telephonisch mitgeteilt, wo die Träger, die an der Reihe sind, ihr Verkehrslokal haben. Auch Putzerträger, die anderen Verbänden angehören oder unorganisiert sind, können sich im Arbeitsnachweis einschreiben lassen und Arbeit erhalten, jedoch nur unter der Bedingung, daß sie sich verpflichten, dem Bauarbeiterverband beizutreten. Im übrigen enthält das Regulativ noch mehrere andere Bestimmungen, die einen geregelten Gang der Arbeitsvermittelung gewährleisten.

Die Errichtung des Arbeitsnachweises wurde von der Versammlung einstimmig beschlossen und das vorgeschlagene Regulativ wurde nach reger Diskussion gleichfalls gutgeheißen. Der Arbeitsnachweis soll im Laufe von 14 Tagen in Tätigkeit treten. Die Sektion der Putzer ist mit diesem Vorgehen der Träger einverstanden, und es ist als selbstverständlich anzusehen, daß die Putzer das Bestreben nach zweckmäßiger und den Grundsätzen der Organisation entsprechender Regelung des Arbeitsnachweises der Träger in jeder Hinsicht unterstützen.

Im übrigen wurde in der Versammlung auch die Lohnfrage zur Sprache gebracht, die in letzter Zeit eine Reihe gemeinsamer Bezirkssitzungen der Putzer und Träger beschäftigt hatte. Hierbei handelt es sich zunächst darum, daß die Träger aus dem Akkordverhältnis der Putzer allgemein herauswollen, so daß ihnen überall der festgesetzte Tagelohn von 9 M. gesichert wird und sie nicht geschädigt werden, wenn der Putzer etwa seinen Akkord zu billig übernommen hat. Grundsätzlich verlangen die Träger bekanntlich, daß sie ihren Lohn unmittelbar vom Unternehmer erhalten, was jedoch, wie die Verhältnisse gegenwärtig liegen, nicht durchführbar erscheint.

Die Streikenden der Kartonindustrie

versammelten sich am Montag früh im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Es galt, sich Klarheit über die Situation im Streik zu verschaffen. Der Referent Würzberger beleuchtete zunächst die Kraftanstrengungen, die von einzelnen Firmen zur Erlangung von Arbeitswilligen gemacht werden. Wenn die Unternehmer durch allerlei Versprechungen von Extraentschädigungen, Aufbesserungen der Löhne usw. geglaubt haben, die Reihen der Kämpfenden zu lockern, so seien sie, wie der Besuch der Versammlung aufs neue beweise, auf dem Holzwege gewesen. Damit sei gleichzeitig aber auch die Hoffnung der Mehrheit der Schutzverbandsmitglieder auf einen Massenumfall ins Wasser gefallen. Es kann im Gegenteil konstatiert werden, daß die Zahl der Ausständigen und der bestreikten Betriebe immer größer wird und daß in den nächsten Tagen noch weitere Arbeitseinstellungen in mehreren Betrieben zu erwarten stehen. Daß auch die Polizei das ihrige tut, um den im Kampfe Stehenden die Ausübung des Koalitionsrechtes nach Möglichkeit zu erschweren, sei nur der Vollständigkeit halber mit erwähnt. Die Mitteilung, daß die in der Nieterbranche Beschäftigten den Streikenden ihre Sympathie entgegenbringen, löste bei den Versammelten lebhafte Bravorufe aus. Da irgendwelche offiziellen Verhandlungen noch nicht zustande gekommen, stimmt die Versammlung den Worten des Obmannes Klappenbach, nunmehr erst recht seinen Mann im Kampfe zu stehen, mit großer Begeisterung zu.

Deutsches Reich.

Streik der Metallarbeiter in der Singer-Manufacturing-Company in Wittenberge.

Am 9. März sind die an den Formmaschinen beschäftigten Arbeiter der Nähmaschinenfabrik The Singer in den Ausstand getreten. Die Gießereiarbeiter hatten zur Aufbesserung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen Forderungen gestellt. Die Direktion hat den ständig in Lohn beschäftigten Arbeitern annehmbare Zugeständnisse gemacht. Den Maschinenformern, die eine überaus schwere Arbeit zu verrichten haben, machte sie jedoch ein Angebot, das die Arbeiter fast einstimmig ablehnten. Den Maschinenformern soll der Akkordpreis pro 100 Kasten um 25 Pf. erhöht werden unter der Voraussetzung, daß an jeder Maschine pro Woche mindestens 2040 = pro Tag 340 Stück gute Seitenteile geliefert werden. Wird diese Leistung nicht erreicht, ist der Akkordpreis 25 Pf. niedriger. — Wer die Gießereiverhältnisse kennt, muß zugeben, daß die von der Direktion verlangte Leistung nur in den seltensten Fällen bewältigt werden kann. Der Standpunkt der Direktion in dieser Frage ist daher geradezu unverständlich. Zuzug von Arbeitern nach Wittenberge, Bez. Potsdam, ist unter allen Umständen fernzuhalten.

Der Streik auf der Karlshütte bei Rendsburg ist beendet. Nachdem nochmals Verhandlungen zwischen der Direktion der Karlshütte und einer Kommission der ausständigen Arbeiter stattgefunden haben, bei welchen die Direktion erklärte, hinsichtlich der Organisationszugehörigkeit keinem Arbeiter mehr etwas in den Weg legen zu wollen, beschloß eine Versammlung der streikenden Arbeiter, den Streik zu beenden. Mit der Einstellung der Arbeiter wird sofort begonnen, doch werden nicht alle Arbeiter zugleich wieder anfangen können, da nicht alle Abteilungen des Betriebes gleichmäßig Beschäftigung haben.

Der Streik auf den Schichauwerften in Danzig und Elbing beendet.

Die Arbeiter der Schichauwerften haben ihren Kampf auf der Höhe abgebrochen. Ein Erfolg ist nicht erzielt worden. Dieses Resultat hat die Firma jedoch nicht ihrer eigenen Macht zu verdanken, sondern dem Indifferentismus und der mangelnden gewerkschaftlichen Erziehung eines Teiles der Arbeiter. Die Unorganisierten hätten noch keine erhebliche Rolle spielen können, weil ihre Arbeitskräfte entbehrlich waren. Schlimmer war es, daß die Abteilung Kessel- und Lokomotivbau des Werkes Tretinkenhof in Elbing schon in der ersten Woche mit Streikbrechern gefüllt wurde, und zwar aus den Reihen langjährig organisierter Arbeiter. Die weitaus meisten Streikbrecher stellte der Gewerkverein. Wie in der letzten Notiz schon angegeben, war die Beeinträchtigung der Produktion im Werftbetriebe so stark, daß er einer vollkommenen Lahmlegung gleichkam. Eine alte Erfahrung lehrt jedoch, daß teilweiser Streikbruch bald Nachahmung findet, und daher war es geraten, den Kampf jetzt abzubrechen, um ihn zu gelegener Zeit wieder aufzunehmen. Noch am Sonnabend sind rund 3500 Mann an beiden Orten zur Streikkontrolle erschienen, und daher kann hier mit vollem Recht von einem Abbruch auf der Höhe des Kampfes gesprochen werden. Hoffentlich wird dem gewerkschaftlichen Leben kein Schade, sondern Nutzen aus diesem kurzen Kampfe erwachsen.

Verunglückter Militärvereinsterror.

In Hohenspreng, einem kleinen Orte in Mecklenburg, haben sich die Brauereiarbeiter im vorigen Jahre ihrer Organisation angeschlossen. Schon damals bemühten sich der Ortsgeistliche gemeinsam mit dem Militärverein, die Leute zum Austritt aus dem Verbande zu bewegen. Sie blieben jedoch standhaft und erzielten durch Tarifabschluß wesentliche Verbesserungen. Nach der Reichstagswahl zog der Militärverein stärkere Saiten auf: Die Brauereiarbeiter sollten sich schriftlich verpflichten, aus dem Brauereiarbeiterverbande auszuscheiden, andernfalls ihr Ausschluß aus dem Militärverein erfolge. Die Antwort, welche der Militärverein erhielt, hat er wohl nicht erwartet. Einmütig erklärten die Leute, lieber aus dem Militärverein als aus dem Verbande auszutreten. — So sollten die Arbeiter überall handeln; nicht der Militärverein ist es, der sich um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse kümmert, sondern die gewerkschaftliche Organisation.

Die Bäckergesellen Nürnbergs treten wieder in eine Bewegung ein. Wohl nirgends sind die Verhältnisse in den Bäckereien so rückständig, wie in Nürnberg, das sonst eine Hochburg der Partei- und Gewerkschaftsbewegung ist. Noch immer herrscht das Kost- und Logisunwesen in seiner unwürdigen Form vor, die Bezahlung ist schlecht, die Arbeitszeit ungebührlich lange usw. Die Schuld daran tragen die Bäckergesellen zum Hauptteile selber, weil sie stets die mühsam aufgerichtete Organisation wieder im Stich ließen. Nun scheint doch endlich Ernst in die Sache zu kommen. Die neuerliche Bewegung hat sich hauptsächlich die Beseitigung des Kost- und Logiswesens, das stets der Hemmschuh für jeden sonstigen Fortschritt ist, zum Ziel gesetzt, natürlich werden auch Forderungen bezüglich der Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse erhoben. Charakteristisch ist, daß auch hier die Christlichen alsbald wieder auf dem Plan erschienen sind, um ihre verräterische Tätigkeit zu entfalten und die Bewegung zu durchkreuzen.

Ausland.

Tarifkampfrüstungen. Im Jahre 1913 laufen zahlreiche Kollektivverträge im österreichischen Baugewerbe ab. Der Verband der Zimmerer Oesterreichs, der infolge des Saisoncharakters der Zimmererarbeit nur 40 Wochenbeiträge im Jahre einhebt, hat jetzt eine Extrasteuer von 6 Wochenbeiträgen ausgeschrieben, die im Laufe des Jahres 1912 gezahlt werden müssen.

Lohnbewegung und Streik in der Konfektionsschneiderei Hollands. In Groningen, einer Zentrale der holländischen Engroskonfektion, haben die Heimarbeiterinnen und -arbeiter in der vorigen Woche einen allgemeinen Streik erfolgreich durchgeführt und den Abschluß eines Tarifvertrages für die Herren- und Knabenkonfektion erzielt. Das hat auf die Arbeiterschaft dieser Industrie im ganzen Lande anfeuernd gewirkt und es wird nun voraussichtlich auch in verschiedenen anderen Orten zu Lohnbewegungen und Lohnkämpfen in der Konfektionsschneiderei kommen. In Amsterdam liegt die Sache so, daß der dort bereits bestehende Tarifvertrag für die Herrenkonfektion mit dem Monat April sein Ende erreicht; Verhandlungen sind eingeleitet, ob sie aber auf friedlichem Wege zu einem neuen Vertrag führen, ist noch zweifelhaft.

Die Land- und Forstarbeiter Norwegens haben einen Zentralverband gegründet und gleichzeitig den Anschluß an die Landesorganisation der Gewerkschaften beschlossen. Es gibt in Norwegen rund 20 000 landwirtschaftliche und 15 000 forstwirtschaftliche Lohnarbeiter, die für die neue Organisation gewonnen werden sollen, welche allerdings vorläufig erst 300 Mitglieder zählt.

Versammlungen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Die Sektion V (Industriearbeiter) hielt am Sonntag ihre Sektionsmitgliederversammlung ab. Den Bericht über das Geschäftsjahr 1911 erstattete Fromke. Das Jahr war reich an Organisationsarbeit. Es herrschte eine gute Konjunktur und darum machte sich unter den Mitgliedern ein Bestreben geltend, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. In der Agitation wurde alles getan, um die Organisationsverhältnisse straffer zu gestalten. An Sitzungen und Besprechungen wurden insgesamt abgehalten 803. Der Besuch der Versammlungen war im Durchschnitt zufriedenstellend. Lohnbewegungen wurden 12 geführt. 9 Bewegungen verliefen ohne Streik und in 3 Betrieben kam es zur Arbeitsniederlegung. Die Gesamtzahl der an den Bewegungen beteiligten Mitglieder betrug 4337, das sind 75 Proz. der gesamten Mitgliedschaft. Der Erfolg der Bewegungen zeigt sich in folgenden Zahlen: Der Anfangslohn hat sich auf der ganzen Linie um 2 bis 8 Pf. gehoben. Betrug der Einstellungslohn vor einem Jahre noch zum Teil 37½ und 38 Pf., so hat sich dieser gegenwärtig auf 40 Pf. gesteigert.

Die Schilderanmacher haben den Abschluß eines Tarifvertrages zustande gebracht, der von zirka 64 Unternehmern unterschriftlich anerkannt worden ist. Der Anfangslohn für Anmacher beträgt 65 Pf. und für Helfer 55 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit währt 9 Stunden; Ueberstunden werden mit 25 Proz. Zuschlag vergütet.

Die Eisengießereifabrikanten haben bei dem Eisengießereiarbeiterstreik die Ansicht vertreten, daß 40 Pf. Stundenlohn den heutigen Zeitverhältnissen angepaßt sei.

Unterstützungen, die für die Sektion gezahlt worden sind, betrugen: an Streikunterstützung 137 883,98 M., Maßregelungsunterstützung 27 893,15 Mk., Krankenunterstützung 32 481,20 Mark.

Die Sektion ist in 5 Interessenbranchen eingeteilt: Branche 1 besteht aus den Betrieben der Elektroindustrie, Branche 2 aus den Betrieben der Eisengießerei, Maschinenfabriken, Branche 3 aus den Betrieben der Eisenplätze und Eisenkonstruktionsbetrieben, Branche 4 aus den Betrieben der gemischten Produktion, Branche 5 sind die Schilderanmacher.

Mitgliederbewegung: Mitgliederbestand am Schlusse des Jahres 1910 5056, Neuaufnahmen im Jahre 1911 3413, zusammen 8469. Ausgetreten sind 2716, verbleibt am Schlusse des Jahres 1911 ein Mitgliederbestand von 5753. Die Mitgliederzunahme beträgt 697 oder 14 Proz. Es wurden Vertrauensmännerkurse eingeführt, an denen 107 teilnahmen.

In der nachfolgenden Diskussion übten einzelne Redner Kritik an der Tätigkeit der Leitung, während andere erklärten, daß, wenn die Erfolge nicht immer befriedigten, es nicht an der Leitung, sondern an den Mitgliedern selbst liege. Eine dementsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen.

Kassenbericht: Einnahmen, einschließlich Kassenbestand vom 22. Juli 1911, 1736,19 M., Ausgaben 863,45 M., bleibt ein Kassenbestand am 31. Dezember 1911 von 872,74 Mk. Hieran schlossen sich die Wahlen, die folgendes Resultat ergaben: Sektionsleiter Karl Fromke, Vertreter Karl Schmidt, Schriftführer Richard Mertens, Vertreter Paul Ulbrich, Kassierer der Agitationskasse Karl Fromke, Revisoren der Agitationskasse Kulesiewicz, Hennig, Lange, Just, Klose, Gerlach, Böttcher. Die Genannten wurden einstimmig gewählt. Mit der Aufstellung der Kandidaten zur Verbandsgeneralversammlung schloß die Versammlung.

Aus aller Welt.

Falsche Haare.

Seltsames Zusammentreffen! In dem Augenblick, wo sich die Chinesen anschicken, ihre Zöpfe abzuschneiden und die Haare wie alle Welt zu tragen, wächst bei uns in Europa der Unfug, falsches Haar zu tragen.

Sollte wirklich ein Zusammenhang bestehen? Die Chinesen sind noch mehr Geschäftsleute als fortschrittlich gesinnte Menschen. Voriges Jahr haben sie hunderttausend Kilo ihrer alten Zöpfe verschickt, die, von kundigen Händen hergerichtet, nun die launischen Köpfchen der europäischen Damen zu zieren bestimmt sind! — Wie manche mit Lockentoupet frisierte Holde trägt heute auf ihrem Kopfe Haare aus dem Zopfe eines alten Chinesen. Brrr! Man könnte bei diesem Gedanken die Gelbsucht kriegen.

Wie dem auch sei, tatsächlich befand sich die Haarindustrie im Niedergang, ehe man mit der Einfuhr der chinesischen, japanischen und amamitischen Haare begann.

Seit Jahren wollen die europäischen Landmädchen ihre schönen Haare den Händlern nicht mehr verkaufen, wenn man ihnen auch das Dreifache der ehemaligen Preise zahlen will.

Da man in Frankreich keine Haare zu kaufen bekam, wendeten sich die Händler nach Italien, Sizilien und nach dem Orient. Diese Einfuhr betrug im Jahre 1909 in Marseille, dem Zentrum des Haarhandels, 237 100 Kilo Haare, die einen Wert von 1 494 000 Fr. darstellen. Die wahnwitzige Mode ist aber seither von Jahr zu Jahr gestiegen, so daß 1910 bereits in den ersten neun Monaten 265 000 Kilo Haare auf den Markt kamen, die einen Wert von 1 800 000 Fr. darstellen.

Und seitdem ist der Umfang der modernen Frisur nicht etwa kleiner geworden. Im Gegenteil, man begegnet Lockenköpfchen, denen man auf hundert Schritt Entfernung ansieht, daß die Krone der Schöpfung mit einer Talmikrone herumläuft.

Blutrache.

Ein furchtbares Drama spielte sich auf dem Corso Garibaldi in Neapel ab. Der Fischer Formicola, der seinerzeit seinen Wohltäter namens Vilpicilli ermordet hatte und vom Gericht zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, wurde gestern von dem Sohne des letzteren gesehen. Dieser stürzte sich sofort auf ihn und verwundete ihn durch zahlreiche Messerstiche so schwer, daß jener nach wenigen Minuten starb. Sterbend feuerte er noch aus seinem Revolver einen Schuß ab, der den jungen Vilpicilli traf und schwer verletzte. Der Sohn hatte seinerzeit geschworen, daß er seinen Vater rächen und den Mörder, wenn jener aus dem Gefängnis entlassen sein würde, töten wolle.

Kleine Notizen.

Steuermogelei. Vor der Strafkammer in Halle a. S. wurde der Kaufmann Sednau wegen Steuerhinterziehung zu 10 000 M. Geldstrafe — dem vierfachen Betrage der von ihm hinterzogenen Steuersumme — verurteilt. Er hatte seit 1904 seine Einkünfte aus einer Kapitalanlage von 15 000 M. nicht versteuert. Diese 15 000 M. hatten ihm in einigen Jahren 59 000 M. Gewinn gebracht.

Ein verunglückter Tourist. In der Schloßbachklamm in den Tiroler Alpen fanden Jäger die Leiche eines Touristen, der vermutlich mit Hans Hamesch, dem Sohne eines Pastors aus Sagan, identisch ist, der am 9. Dezember 1911 mit Karl Pirsch, dem Sohne eines Regierungsrats aus Münster, bei einer Bergtour nach der Reiterspitze im Schneesturm sich verirrte. Seitdem wurden die beiden Freunde vermißt.

Todessturz einer Aviatikerin. Die 19jährige Aviatikerin Susanne Bernard stürzte am Sonntag vormittag 10 Uhr tödlich ab. Sie befand sich auf einem Uebungsfluge gerade über der Straße, die von Etampes nach Orleans führt, als plötzlich der Motor versagte und der Apparat zu Boden sauste. Unter den Trümmern ihres Aeroplans wurde sie nach wenigen Minuten als Leiche hervorgezogen.

Folgenschwere Explosion. Durch eine Explosion während eines Brandes in einem Maschinenlager in Winnepeg (W. St. v. N.-A.) wurden sieben Personen, darunter zwei Feuerwehrleute, getötet, zehn andere schwer verwundet.

Briefkasten der Redaktion.

E. H. 86. In allen. — **K. N. 100.** 1. Den Tisch können Sie als unentbehrlich herausfordern. Bei Nichteinlösung des Wechsels können Sie verklagt werden. 2. Die Angaben reichen nicht aus. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **H. G.** Die Frau ein Ehelichkeitszeugnis der Heimatbehörde, Geburtsurkunde und, falls minderjährige Kinder vorhanden sind, ein Auseinandersetzungszeugnis des Vormundschaftsgerichts. Der Mann Geburtsurkunde und Militärpaß. — **O. Sch., 707.** 1. Ja. 2. Nein. — **H. K. 23.** Nein. Beschweren Sie sich bei der Steuerdeputation.

Unserem Genossen u. Genossin
Georg Unterloff nebst Frau
zur **silbernen Hochzeit** die herzlichsten Glückwünsche!
Die Genossen und Genossinnen des 411. Bez., Teil II, IK. Kreis.

Nachträglich unserem Genossen
Gustav Gensicke nebst Frau
die besten Glückwünsche zum **25-jährigen Ehejubiläum.** 5285
Die Genossen des 139. Bez. 3. Kr.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Am 8. März verstarb unser Genosse, der Buchhändler

Karl Döbler

Bochumer Straße 4.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 12. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilands-Kirchhofes, Plötzensee, aus statt. 226/14

Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)

Den Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß unser langjähriges Mitglied, der Kollege

Wilhelm Erbs

nach langem Leiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. März, nachmittags 2 Uhr, auf dem Friedhof zu Heinersdorf statt. 23/16

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Sektion d. Gips- u. Zementbranche.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Einschaler

Adolf Lange

(Bezirk Moabit)

am 5. März gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 12. März, vormittags 9½ Uhr, vom Schauhause Hannoversche Straße aus auf dem Sebastian-Kirchhof in Reinickendorf-West, Humboldtstraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht

137/16 **Der Vorstand.**

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie Kranzspenden bei der Beerdigung unseres einzigen Sohnes und Bruders

Walter

sagen wir allen Freunden und Bekannten, den Kollegen der Firma F. Schuchardt, Lintz u. Eckardt, dem 4. Wahlverein, Bezirk 202, dem 4. Wahlkreis Groß-Berlin, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und insbesondere Herrn Stadtv. Waldeck Manasse für die trostreichen Worte herzlichen Dank. 5385

Joseph Woelke und Familie.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Bezirk Oberschöneweide.

Am Sonntag, den 10. März, verstarb unser Mitglied

Rudolf Meink.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 14. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Oberschöneweide aus statt. 5315

Die Bezirksleitung.

Invaliden-Unterstützungskasse d. Steindrucker u. Lithographen.

Die Beerdigung des am 8. März verstorbenen Steindruckers

Max Heer

findet statt am Dienstag nachmittag 4½ Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Neukölln, Hermannstraße 128, aus.

288/3 **Das Komitee.**

Am 6. März wurde mir meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter

Juliane Diehr
geb. Kirste

im 58. Lebensjahr durch den Tod entrissen.

Dies zeigen tiefbetrübt an
Heinrich Diehr nebst Kindern,
Streliter Str. 14.

Die Beerdigung findet am 13. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Elisabeth-Kirchhofes, Wollankstr. 66, aus statt. 2354

Zentralverband der Schmiede (Zahlstelle Berlin).

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied

August Rieke

am 8. März gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

176/16 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Kranken-Unterstützungsverein der Schmiede u. verw. Gewerbe Deutschl.
Berlin I.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

August Rieke

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 12. März, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Am 10. März cr., morgens 4½ Uhr, verschied plötzlich unsere liebe Tante

Ww. Karoline Richter.

Dies zeigen tiefbetrübt an
Oskar Leander,
Restaurateur,
Berlin O. 112, Weserstr. 46,
nebst Geschwistern.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. März, nachmittags 4 Uhr, auf dem Georgen-Kirchhof, Landsberger Allee, statt.

Wenn der Frühling kommt!

Wir empfehlen große Posten gebrauchter Maßanzüge, Paletots und Ulster, sog. Monatsgarderobe für jede Figur (auch für stärkere Herren) passend auf Lager. Diese Sachen sind teils in feinsten Werkstätten (einzeln auf Seide) gearbeitet. Früherer Anschaffungspreis bis 120 M., jetzt zu folgenden extra billigen Preisen: auch neue

Herrenanzüge	9.– 12.– 16.– 20.– M.	Gehrockanzüge	18.– 21.– 24.– 28.– M.
Paletots u. Ulster	8.– 12.– 16.– 18.– M.	Burschenanzüge	7.– 10.– 12.– 15.– M.
Rockanzüge	12.– 16.– 19.– 22.– M.	Herrenhosen	2.– 3.– bis 6.– M.

Verleihung von eleganten Frack- u. Gesellschaftsanzügen.

J. Wand Haupt-Geschäft: **Gr. Frankfurter Str. 116,** an der Andreasstraße. II. Geschäft: **Chausseestr. 89.**

Wichtig für jeden Raucher!

BOLERO
Cigaretten

Verfeinerte Qualität! Tabake neuester Ernte!

GEBR. SELOWSKY, DRESDEN.

Billigste Preise! Reelle Waren!

Möbel jeder Art

Bei Teilzahlung keinen Preisaufschlag

Komplette **Einrichtungen** schon von **230** Mark an

Mod. Wohnzimmer 235–625 M.
Mod. Schlafzimmer 295–800 M.
Mod. Speisezimmer 315–900 M.

Küchen 48–180 Mark | ca. 60 Musterzimmer ausgestellt.

Chaiselongues 21–65 M. Sofas 52–480 Mark

Garnituren 110–350 Mark

Möbel-Magazin **OTTO PIEHL** BERLIN N
Brunnenstr. 120

Ausstellung „Die Frau in Haus und Beruf"
Ausstellungshalle am Zoologischen Garten.

Beachten Sie gefl. unsere interessante Ausstellung von

Singer-Nähmaschinen

und die damit angefertigten Kunststickereien und Näharbeiten für Konfektionszwecke im **Obergeschoß der Halle II, Abteilung 103.**

Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.
Berlin, Leipziger Straße 92.
Läden in verschiedenen Stadtteilen.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.

Wolle-Plüsch-**Reste!** Mocquetts. Satteltaschen.

Muster bei näherer Angabe franko.

Emil Lefèvre, Berlin S94, Oranienstr. 158.

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., **Dircksenstraße 20**
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kat. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für **alle Krankenkassen.**
Abonnenten erhalt. 10% Rabatt.

Ohne Anzahlung

vergebe diskret Wäsche, Gardinen, Stores, Portieren, Teppiche und Decken beileinen Monatsraten. Keine Kostterer! Offerten, mit Angabe der Besuchszeit, unter **M 1** Hauptexpedition des „Vorwärts". 2485

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4

Haut- u. Harn-
leiden, Ehrlich-Hata, Schäden d. Quecksilb. — Konsultation **frei!** Blutuntersuch., Fäden im Harn, etc. **!! Teilzahlung gestattet !!**
Dr. Homeyer & Co. (konz. Spez. Lab.) **Friedrichstr. 189** a. d. Hochb. Spr. 9-2, 4-8, Sonnt. 11-12.

Bouillon-Würfel
Vorzügl. Ware. Frei Nachn. 1000 St. M. 13.—, 500 St. 7.50, 200 St. 3.75.
G. Drahn & Co., Wilmersdorf-Berlin.

Wer sein Geld liebt, kauft nur **Kn'** und mit dieser Fabrik-Marke.
Es sind die haltbarsten seit 1873.

Größtes Spezial-Geschäft sämtlicher
Gastwirts-Artikel.
L. Katz & Co.,
Spandauerstr. 45, am Molkenmarkt.
Filialen:
Rixdorf, Bergstr. 65, am Bahnhof.
Brandenburg a. H., Hauptstr. 59-60.

Möbel-Cohn
58 Gr. Frankfurter Str. 58
unweit der Kaiserstraße.

Möbel auf Kredit
Riesen-Auswahl
Anzahlungen auf Stube und Küche:

Mark	15	30	50	75
	bis 25	bis 45	bis 70	bis 160

Moderne
Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.

Einzelne Möbelstücke von 5 M. Anzahlung an.

Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft.
Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.

Sonntags 12 bis 2 Uhr geöffnet.

Farbige Pappdächer für **Sommerhäuser, Lauben etc.**
DICHTE DÄCHER!
erzielt man dicht und dauerhaft nur mit
Dachpix, rot, grün, weiß (alle Farben)
sämtliche Materialien für Bedachung
Anstrich-Farben **für alle** Zwecke.
Moritzpl. 1936 **Dachpix-Gesellschaft** Plan-Ufer 38
Muster, Auskunft etc. gratis.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW., Lindenstr. 69.

Soeben erschien:

Taschenbuch der Reichstagswahlen.

Preis 30 Pf.

Das in handlichem Taschenformat hergestellte Buch enthält u. a. die neuesten Porträts und Biographien der 110 sozialdemokratischen Abgeordneten sowie die genauen Ergebnisse der Reichstagswahlen 1912 aus allen deutschen Kreisen mit Angabe der Namen der gewählten Abgeordneten, des Berufes und der Parteistellung.

Moebel-Boebel

Gegründet 1879 **BERLIN S** Gegründet 1879
Oranienstr. (Moritzplatz) 58
Specialität:
Ein- u. Zwei-Zimmer-Einrichtungen

1 Zimmer und Küche	2 Zimmer und Küche
M. 254.– M. 336.– M. 409.– M. 498.–	M. 448.– M. 571.– M. 693.– M. 773.–
M. 566.– M. 618.– M. 655.– bis M. 1000.–	M. 867.– M. 991.– M. 1044.– bis M. 2500.–

Versand im Fabrikgebäude • Keine Laden • Eigene Werkstätten • Beschäftigung arbeitsloser • Musterbuch gratis

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Der Kreiswahlverein für Niederbarnim

hielt am Sonntag seine Generalversammlung in Rummelsburg ab. — Den Bericht über die

Tätigkeit des Vorstandes und die Reichstagswahl

im Kreise erstattete der Kreisvorsitzende Brühl. Die Mitgliederzahl ist von 15 530 auf 16 774 gestiegen. Die Zunahme beträgt also 1244. Der angegebene Bestand vom 31. Dezember setzt sich zusammen aus 14 071 männlichen und 2703 weiblichen. Die Erfolge der Agitation sind nicht in allen Bezirken befriedigend, aber im allgemeinen schreitet die Organisation tüchtig vorwärts. Wenn man die Mitgliederzahlen jedoch mit den für uns abgegebenen Wahlstimmen vergleicht, so sieht man, daß noch ein großes Stück Arbeit zu leisten ist. Wenn schon der Fortschritt der Organisation in den großen Bezirken eine erfreuliche Erscheinung ist, so ist es noch erfreulicher, daß wir auch in kleinen Orten, selbst in reinen Landorten festen Fuß gefaßt und Mitglieder gewonnen haben. Die Zahl unserer weiblichen Mitglieder ist nicht befriedigend. Die Frauenbewegung hat im Kreise sehr viel geleistet hinsichtlich der Versammlungen und des Ausbaues der Leseabende, aber an Zunahme an weiblichen Mitgliedern ist der Erfolg nicht genügend. Das ist zum großen Teil die Schuld der männlichen Genossen, welche die Frauenbewegung nicht genügend unterstützt haben. Wir werden der Gewinnung weiblicher Mitglieder unsere besondere Aufmerksamkeit widmen, damit das Versäumte nachgeholt werden kann. — Wenn wir die Reichstagswahlbewegung im Kreise betrachten, so können wir sagen, daß wir mit dem Resultat noch zufriedener sein können als mit dem Resultat des ganzen Reiches. Während die größten Optimisten auf 80 000 bis 85 000 Stimmen rechneten, haben wir 92 590 Stimmen bekommen. Wir haben so gearbeitet, als wenn der Kreis zum ersten Male erobert werden sollte. Darauf beruht unser Erfolg. Wir haben 34 697 Stimmen gewonnen, während die Gegner 1115 Stimmen verloren haben. Wir müssen nun versuchen, unsere Mitgliederzahl mit der Stimmenzahl in Einklang zu bringen. Zu unseren Erfolgen haben auch unsere Rechtsauskunftsstellen beigetragen. Ein beachtenswertes Stück Arbeit haben die Genossen durch die Verbreitung von 1 174 750 Flugblättern geleistet. Dem Bildungswesen haben wir wegen der Wahlarbeiten in diesem Halbjahr nicht die wünschenswerte Aufmerksamkeit widmen können. Jetzt werden wir uns diesem Zweige unserer Bewegung wieder mehr zuwenden und werden auch zur Einsetzung eines Kreis-Bildungsausschusses kommen müssen. — Der Jugendausschuß hat sich gut bewährt. — Bei den Stadtverordnetenwahlen im November haben wir gut abgeschnitten. Wir besitzen jetzt 36 Stadtverordnetenmandate, während wir vor der Wahl nur 27 hatten. Wenn noch die Resultate der jetzigen Wahlen in den Landgemeinden hinzukommen, so ist unser Zuwachs auf kommunalem Gebiet als recht erfreulich zu bezeichnen. Unzuträglichkeiten haben sich dadurch ergeben, daß unsere Genossen in manchen Orten unter allen Umständen Gemeindevertreter, auch Hausbesitzer, in der Gemeindevertretung haben wollten, und daß infolgedessen Vertreter gewählt worden sind, die erst 14 Tage vor der Wahl unserer Organisation beitraten und natürlich nicht imstande waren, ihr Amt den Grundsätzen unserer Partei gemäß auszuüben. Wir werden versuchen, durch Konferenzen mit den betreffenden Genossen Klarheit in diesem Punkt zu schaffen.

Aus dem schriftlich vorliegenden Vorstandsbericht ist zu entnehmen, daß 206 öffentliche, 119 Mitgliederversammlungen und 216 Agitationstouren abgehalten wurden. Der „Vorwärts“ wird in 21 918 gegen 18 682 Exemplaren vor einem halben Jahre, die „Brandenburger Zeitung“ in 265 Exemplaren abonniert. — Die Einnahmen betrugen 41 572,51 M., die Ausgaben 22 128,41 Mark, der Bestand 19 444,10 M.

In den Ausführungen, die der Kreissekretär Bühler zum

Kassenbericht

machte, betonte er, daß Sparsamkeit notwendig sei, damit die Organisation für zukünftige Kämpfe gerüstet dastehe. Die im Bericht nicht aufgeführte Abrechnung der Bezirke zeigt eine Einnahme von 53 235 M. und eine Ausgabe von 45 311 M. — Die Reichstagswahl erforderte eine Ausgabe von 20 000 M. Von den Mitgliedern haben 10 209 männliche und 2102 weibliche die Beiträge voll bezahlt.

Den

Bericht der Preßkommission

erstattete Schmidt. Er machte Mitteilung von den beschlossenen Gehaltsaufbesserungen und der Behandlung einer Beschwerde, die wegen eines Inserates des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes, der seine Mitglieder zur Beteiligung an der Friedensdemonstration aufforderte, eingereicht worden ist. Die Beschwerde wurde erledigt durch die Erklärung, daß durch die Aufnahme des Inserats die Sperre gegen die außerhalb der freien Gewerkschaften stehenden Organisationen nicht durchbrochen werden soll; es handelte sich nur um einen Ausnahmefall, der sich durch eine wichtige politische Aktion erklärt. In Zukunft soll bei etwaiger Wiederkehr eines derartigen Falles eine Verständigung mit der Gewerkschaftskommission herbeigeführt werden.

Spiekermann, der den

Bericht der Agitationskommission

erstattete, gab der Ansicht Ausdruck, die agitatorische Bearbeitung der Landorte lasse noch manches zu wünschen übrig. Eine Neuregelung für die ganze Provinz sei wünschenswert, damit die Erfolge auf dem Lande den für die Landagitation verwendeten Geldausgaben entsprächen.

Elias machte einige Ausführungen über die Arbeiten der Lokalkommission.

Nach einer kurzen Diskussion, die an der Tätigkeit des Vorstandes nichts auszusetzen hatte, beschäftigte sich die Versammlung mit dem Thema:

Anträge zur Verbands-Generalversammlung.

Brühl begründete die in einigen Berliner Kreisen bereits diskutierte Resolution gegen das Stichwahlabkommen. Wir waren verwundert, als es nach der Hauptwahl in Oberbarnim hieß, für die Stichwahl sollten keine Versammlungen abgehalten und keine Flugblätter verbreitet werden, weil der Parteivorstand ein Abkommen mit den Freisinnigen getroffen hatte, wonach wir in Oberbarnim unsere Agitation zu dämpfen hätten. Daß trotzdem bereits Gelder für die Hilfskräfte bei der Wahl ausgegeben waren, hat starken Unmut hervorgerufen. Während ein Teil der Parteipresse das Abkommen kritisierte, schwieg der „Vorwärts“ darüber. Es hieß, ehe der Parteivorstand nicht seine Einwilligung zur Veröffentlichung des vertraulich verbreiteten Abkommens gegeben habe, könne darüber nichts gesagt werden. Heute teilt nun der „Vorwärts“ mit, daß ein bürgerliches Blatt das Abkommen veröffentlicht hat. Die Artikel, in denen der „Vorwärts“ das Stichwahlabkommen zu rechtfertigen suchte, sind vermutlich vom Genossen Kautsky verfaßt. Im ersten dieser Artikel wird gesagt, viele Proletarier hielten sich nur deshalb von uns fern, weil sie an unserer Kraft, unsere Ziele zu erreichen, zweifeln, wir müßten deshalb durch Gewinnung möglichst vieler Mandate unsere Macht stärken. Das ist eine Ansicht, die bisher nur von Revisionisten vertreten wurde. Was nach dem Abkommen nicht hätte eintreffen dürfen, nämlich die Vermehrung unserer Stimmen in den Kreisen, auf die sich das Abkommen erstreckt, das wird in dem Artikel zugunsten des Abkommens angeführt. Wir haben bisher noch nie erlebt, daß man einen Verstoß gegen die Disziplin als Erfolg bezeichnete. Am richtigsten haben dem Abkommen entsprechend die Genossen in dem Kreise gehandelt, wo sie sich überhaupt nicht an der Stichwahl beteiligten. In allen anderen Kreisen, wo die Genossen so agitierten, daß wir bei der Stichwahl mehr Stimmen erhielten, als bei der Hauptwahl, ist ein Verstoß gegen die Beschlüsse des Parteivorstandes begangen worden. Was wird diesen Genossen geschehen? Nach diesem Vorgehen können wir erleben, daß in Zukunft alle Beschlüsse des Parteivorstandes nachgeprüft und von den Genossen, welche sie für verkehrt halten, nicht befolgt werden. So würde das geschlossene Vorgehen, auf dem unsere Kraft beruht, durchbrochen werden. Wir müssen sagen, daß wir ein derartiges Abkommen in Zukunft vermieden sehen wollen. Wir wollen keineswegs das ganze Stichwahlabkommen verurteilen. Soweit es sich um unser Eintreten für die Liberalen handelt, entspricht es dem Parteitagsbeschluß. Wir verurteilen nur daß 16 Wahlkreise den Gegnern ohne Kampf ausgeliefert werden sollten. Um dies auch in der Resolution einwandsfrei zum Ausdruck zu bringen, schlug der Redner folgende Fassung derselben vor:

Die Parteigenossen Groß-Berlins bedauern das Stichwahlabkommen des Parteivorstandes mit der Fortschrittlichen Volkspartei insoweit, als dadurch unsere Genossen in 16 Kreisen, wo wir mit dem Freisinn in Stichwahl standen, verpflichtet wurden, die Wahl des fortschrittlichen Kandidaten durch Stimmenthaltung zu sichern.

Stadthagen: Auch ich bedauere, daß der „Vorwärts“ über das Abkommen nichts mitgeteilt hat; aber ich muß ihn entschuldigen. Das Abkommen war vertraulich und nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt. Aus einer Besprechung mit dem Parteivorstande ist die Auffassung entstanden, daß das Abkommen nicht eher öffentlich besprochen werden solle, als bis der Parteivorstand dasselbe begründet habe. Andere haben eine andere Auffassung gehabt. Dadurch kam es, daß das Abkommen in anderen Parteiblättern eher besprochen wurde als im „Vorwärts“. Das Abkommen selbst ist ja erst heute mitgeteilt worden. Den Inhalt der Artikel des „Vorwärts“ vertrete ich nicht. Ich habe meinen Kollegen gegenüber — die übrigens auch nicht einstimmig für die Artikel sind — erklärt, daß ich öffentlich gegen den Inhalt der Artikel Stellung nehmen werde. Keiner von uns hier im Saale macht dem Parteivorstande den Vorwurf, er habe böswilligerweise das Abkommen getroffen. Wir alle sind überzeugt, daß der Parteivorstand geglaubt hat, mit dem Abschluß des Abkommens das beste für die Partei getan zu haben. Von persönlichen Vorwürfen kann gar keine Rede sein. Es ist nur die Frage, ob der Parteivorstand das Richtige getroffen hat. Ich stehe auf dem Standpunkt: Wenn die politische Situation so ist, daß wir in der Stichwahl einen bürgerlichen Kandidaten als dem kleineren Uebel unsere Stimme geben, dann tun wir das ohne Gegenleistung zu vereinbaren und müssen von dem betreffenden Gegner so viel politische Reife erwarten, daß auch er dementsprechend handelt. Doch, soweit in dieser Beziehung das Abkommen getroffen ist, mache ich dem Parteivorstand keinen Vorwurf. Für tief bedauerlich halte ich es aber, daß das Abkommen noch weiter geht und von unseren Parteigenossen eine gedämpfte Agitation verlangt. Wenn in den Artikeln des „Vorwärts“ gesagt wird, die Genossen, welche gar keine Stichwahlagitation betrieben, keine Versammlungen abhielten, keine Flugblätter und Stimmzettel verbreiteten, hätten die Anweisung des Parteivorstandes zu wörtlich befolgt, so ist das ein Widerspruch. In dem Abkommen heißt es doch: „Wir haben uns verpflichtet, in den vorherbezeichneten 16 Wahlkreisen bis zur Stichwahl keine Versammlungen abzuhalten, kein Flugblatt zu verbreiten, keine Stimmzettel den Wählern zuzustellen und am Wahltage selbst keine Schlepperdienste zu verrichten, wogegen es uns freisteht, am Wahltage vor den Wahllokalen Stimmzettel zu verbreiten.“ Der Parteivorstand hat offenbar geglaubt, mit Punkt 1 und 2 des Abkommens die Situation am besten ausnutzen zu können. Aber die Freisinnigen werden gesagt haben, daß sie darauf nicht eingehen, wenn nicht in den 16 Wahlkreisen die Agitation gedämpft wird. Man kann entgegnen, wenn wir auf diese Bedingung nicht eingegangen wären, dann hätten sich die Freisinnigen mit dem schwarzblauen Block verbrüdert. Ich sage: Dann hätten sie es tun sollen. Unsere agitatorischen Erfolge hängen ab von der politischen und wirtschaftlichen Situation. Die Wahlbewegung ist die beste Gelegenheit, die Situation agitatorisch auszunutzen. Durch die Dämpfung wird unsere Agitation gestört. Wir dürfen den Wählern nicht die Auffassung beibringen, als ob es nur auf die Zusammensetzung des Parlaments ankommt. Der Parteivorstand hat sich der Illusion hingegeben, es handle sich in erster Linie um die Bekämpfung des schwarzblauen Blocks, während es doch in erster Linie unsere Aufgabe ist, die Massen aufzuklären. Die Aktion der Massen ist für uns wichtiger als die Wahlerfolge. Der Erfolg spricht gegen das Abkommen. Ohne dasselbe würden wir ebenso gut gefahren sein. Aber selbst wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, so ist doch die Dämpfung der Agitation unter allen Umständen zu bedauern im Interesse der Agitation und Organisation.

Düwell: Nach dem letzten der vier Artikel des „Vorwärts“ könnte man sagen: Schließen wir die Diskussion, denn uns wird versichert, das war einmal und wird nicht wieder vorkommen. Aber es sind doch Gesichtspunkte für das Abkommen ins Feld geführt worden, die es notwendig machen, etwas dazu zu sagen. Es wurde gesagt, wir müßten die Situation ausnutzen, die Masse der Wähler glaube nicht an unsere Macht, wenn wir nicht mehr Mandate bekämen. Wenn man diese Macht erobern will, indem man den Wahlkampf dämpft, dann sagt man ja den mißtrauischen Massen, die Sozialdemokratie glaubt ja selbst nicht an ihre Macht und an deren Eroberung. In seinem Artikel über den Liberalismus und den neuen Mittelstand sagte Kautsky, der neue Mittelstand sei eine so große Schicht, daß er den Liberalismus nach links drängen könne, und wenn der Liberalismus diesem Drängen nicht folge, dann sei es um seine Existenz geschehen. Aber was machen wir? Wir geben dem Freisinn 16 Mandate und geben ihm dadurch den Anschein, daß er die Garantie biete, allen Forderungen der bürgerlichen Demokratie gerecht zu werden. So treiben wir die Angestellten ins Lager des Freisinns. Das kommt mir so vor, als wenn eine Hausfrau die Treppe von unten zu fegen anfängt. Das nennt man Sysiphusarbeit. Ich bestreite, daß wir durch das Abkommen einen großen Erfolg an Mandaten erzielt haben. 1907 haben wir fast in allen Kreisen, wo wir gegen rechts zu kämpfen hatten, dieselbe Stimmenzahl gehabt wie jetzt. Nicht die Anweisung der Führer, sondern die Stimmung der Wähler ist maßgebend dafür, ob Anhänger bürgerlicher Parteien in der Stichwahl für uns stimmen. Kommt die Anweisung der Führer dieser Stimmung entgegen, dann wird sie befolgt, im anderen Falle wird sie nicht beachtet. Wenn wir eine Politik der Spekulation betreiben, derart, daß wir möglichst viele Mandate zu erlangen suchen nicht nur für uns, sondern auch für eine augenblicklich mit uns gehende bürgerliche Partei der Linken, dann fordert es die Konsequenz, von vornherein auf solche Zählkandidaturen zu verzichten, welche die Folge haben, daß einem rechtsstehenden Kandidaten das Mandat zufällt. Es wird uns auch erzählt, durch die große Zahl der Mandate sei unsere propagandistische Kraft gesteigert. Das bestreite ich. Wenn das richtig wäre, dann hätten wir uns ja nach dem Mandatverlust von 1907 nicht wieder erholen können. Unsere propagandistische Kraft hat uns aber jetzt in der Hauptwahl bedeutende Erfolge gebracht. Wenn es wahr wäre, daß mit einer Vermehrung der Mandate unsere propagandistische Kraft steigt, dann müßte sie ja am Boden liegen, wenn dieser Reichstag aufgelöst wird, und unsere Mandate, was doch wahrscheinlich ist, sich wieder vermindern. So steht es aber nicht. Aus den Artikeln des „Vorwärts“ wird man herausfinden, daß die Verteidigung des Abkommens doch in eine Verurteilung desselben umgeschlagen ist. Auch der Verteidiger ist dahin gekommen, zu sagen, das Abkommen war ein Fehler, es darf nicht wieder vorkommen im Interesse der Partei. Das sagen wir auch.

Die vorstehend mitgeteilte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Hierauf wurden mehrere andere Anträge zur Verbands-Generalversammlung diskutiert. Zunächst der folgende:

Die Verbands-Generalversammlung möge beschließen, das jetzige Kartellverhältnis zwischen Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg aufzuheben. Die Durchführung dieses Beschlusses wird den beiderseitigen Parteiinstanzen übertragen unter Zuziehung des Parteivorstandes.

Der Antrag wurde angenommen, nachdem mehrere Redner zu seiner Begründung angeführt hatten, die Mitarbeit der Berliner Genossen bei der Agitation in der Provinz solle nach wie vor geleistet werden, sie werde durch den Antrag nicht berührt. Es solle nur dem in der Partei einzig dastehenden Zustande ein Ende gemacht werden, daß der Bezirksverband Brandenburg außer vom Parteivorstande auch vom Bezirksverbande Berlin Gelder zugeschossen bekomme, über deren Verwendung die Berliner Genossen nicht mitzubestimmen haben.

Drei Anträge, die sich auf eine Aenderung der jetzigen Bestimmungen über die Gratislieferung des „Vorwärts“ an Kranke und Arbeitslose sowie die Ausdehnung auf Streikende und Ausgesperrte beziehen, wurden gleichzeitig diskutiert. — Beschlossen wurde, bei der Verbands-Generalversammlung zu beantragen:

Der Beschluß, betreffend Gratislieferung des „Vorwärts“ an arbeitslose Abonnenten ist dahin abzuändern, daß diese den „Vorwärts“ auf ihren Antrag frei erhalten, wenn sie vier Wochen arbeitslos, zwei Jahre politisch und gewerkschaftlich organisiert und zwei Jahre Abonnent des „Vorwärts“ sind.

„Streikende und Ausgesperrte sind den Arbeitslosen gleichzuachten.“

Ferner wurde beschlossen, seitens des Kreises den Genossen Brühl als Kandidaten für den Posten des Verbandssekretärs vorzuschlagen.

Dann wurde noch der folgende Antrag an die Verbands-Generalversammlung beschlossen:

In Zukunft sollen bei Teuerungszulagen an die Parteiangestellten erst die Parteigenossen gefragt werden.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Zur Extrabesteuerung der Konsumvereine in Preußen.

Den preußischen Konsumvereinen droht bekanntlich ein neues Steuerunrecht. Auf Antrag der Konservativen hat die Regierung in den Entwurf eines neuen Einkommensteuergesetzes eine Bestimmung aufgenommen, wonach auch der von den Konsumvereinen an ihre Mitglieder gezahlte, im voraus bestimmte feste Rabatt zum Einkommen gerechnet und als solches versteuert werden sollte.

Was hat es mit diesem festen Rabatt für eine Bewandtnis? Seine Einführung durch die Konsumvereine bedeutete bereits einen Protest gegen eine ungerechte steuerliche Behandlung, den Versuch, sich ihr zu entziehen. Die Konsumvereine gehören bekanntlich zu den **Wirtschaftsgenossenschaften**. Ihre Tätigkeit hat nicht eine Erhöhung des Einkommens ihrer Mitglieder, sondern eine bessere Verwendung dieses bereits anderweitig erworbenen Einkommens zum Ziel. So sehr diese Tätigkeit daher auch rein äußerlich der des Händlers gleicht — insofern sie auch aus Kaufen und Verkaufen besteht —, so sehr ist sie doch innerlich von ihr verschieden. Der Händler kauft von einer Person Waren, um sie an eine andere teurer zu verkaufen; diese Differenz zwischen seinem Einkaufs- und Verkaufspreis macht (nach Abzug seiner Geschäftsspesen) seinen Gewinn, sein Einkommen aus. Der Konsumverein kauft zwar auch, aber er verkauft nicht, sondern er verteilt die Waren nur im kleinen an seine Mitglieder. Selbstverständlich haben die Mitglieder von dieser Tätigkeit einen wirtschaftlichen Nutzen, insofern sie die Vorteile des **Einkaufs im großen** genießen und vor allem durch eine rationellere Gestaltung der Warenvermittelung Ersparnisse erzielen. Aber dieser Nutzen, diese Ersparnisse sind im Leben kein Gewinn, kein Einkommen, denn niemand kann an sich selbst einen Gewinn machen, aus seiner eigenen Bedürfnisbefriedigung ein Einkommen erzielen.

Der grundverschiedene Charakter des Reingewinns des Händlers und des von den Konsumvereinen erzielten Ueberschusses ist klar. Der Reingewinn des Händlers ist um so größer, je größer die Differenz zwischen seinen Einkaufs- und Verkaufspreisen und schwindet mit dieser. Der Nutzen, den der Konsumverein seinen Mitgliedern gewährt, ist völlig unabhängig von dieser Differenz. Ob er seinen Mitgliedern die Waren zum Tagespreis oder zu noch weit höheren Preisen abgibt oder ob er sie ihnen zum Selbstkostenpreis läßt, das ist nur eine Frage von praktischer Bedeutung. Da ja alles, was die Mitglieder bei ihrer Warenentnahme dem Verein über die Selbstkosten (zuzüglich Spesen) zu viel bezahlt haben, ihnen am Jahresschluß in Form einer Rückvergütung wieder zufließt, sofern es nicht zum Ausbau des Unternehmens benutzt wird, so kann es ihnen an sich ganz gleichgültig sein, wie hoch dieser Aufschlag ist.

In richtiger Erkenntnis dieses Charakters der konsumgenossenschaftlichen Tätigkeit und der hierbei erzielten „Gewinne“ sprach denn auch die ursprüngliche Gesetzgebung in Preußen die Konsumvereine sowohl von der Errichtung einer Gewerbe-, als auch einer Einkommensteuer frei, solange ihr Geschäftsbetrieb nicht über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht resp. sie keinen „offenen Laden“ führen. Dieser Begriff des „offenen Ladens“ wurde allerdings schon immer von den Steuerbehörden in recht schikanöser Weise gegen die Konsumvereine dahin ausgelegt, daß ein solcher auch dann vorhanden sei, wenn der Verein statutengemäß nur an seine Mitglieder verkaufe, wenn aber kein physisches Hindernis Unbefugten den Eintritt in den Laden verwehre. Hatte diese Auslegung noch einen Schatten von Berechtigung, solange das Genossenschaftsgesetz den Konsumvereinen auch den Verkauf an Nichtmitglieder freistellte, so wurde sie zur Farce, nachdem die Genossenschaftsnovelle vom Jahre 1896 diesen Verkauf unter Strafandrohung verbot. Denn jene Auslegung unterstellte nun, daß dieser Verkauf an Nichtmitglieder doch stattfände und die Regierung besteuerte damit eine Einnahme, die sie selbst verboten hatte.

Nachdem auf diese Weise bereits die meisten Konsumgenossenschaften in Preußen praktisch der Gewerbe- und Einkommensteuer unterworfen waren, wurde dieser Zustand in bezug auf die letztere auch ein „gesetzlicher“ durch die 1906 erlassene Novelle zur Einkommensteuer, in der zwar alle anderen Genossenschaften, die nur mit ihren Mitgliedern verkehrten, von der Einkommensteuer befreit, die Konsumvereine aber ausdrücklich von dieser Vergünstigung ausgenommen wurden. Die hierin liegende Benachteiligung der Konsumvereine gegenüber dem Privathandel ist unerhört. Auf der einen Seite verweigert man den Konsumvereinen die gleichen Rechte wie den Privatkaufleuten: man verbietet ihnen, an Nichtmitglieder zu verkaufen und so einen Gewinn, eine Einnahme zu erzielen, auf der anderen Seite legt man ihnen die gleichen Pflichten auf, indem man sie zur Einkommen- und Gewerbesteuer heranzieht.

Aber unseren Mittelstandsfreunden war hiermit sowie mit der besonders gehässigen Anwendung der Warenhaussteuer auf die Konsumvereine noch nicht Genüge geschehen. Einige Konsumvereine hatten nämlich die „Frechheit“, sich jener ungerechten Belastung wenigstens teilweise dadurch zu entziehen, daß sie ihren Mitgliedern den — einklagbaren — Anspruch auf einen im voraus festgesetzten Rabatt gewährten. Ein solcher fester Rabatt war bisher immer steuerfrei geblieben. Die Kaufleute, die ihn gewährten, hatten das Recht, die betreffende Summe von ihrem Einkommen abzusetzen. Mit vollem Recht! Bei den Konsumvereinen fand man auf einmal, daß dies eine „Umgehung“ der Einkommensteuer sei. Man stellte sich ihnen gegenüber gleichzeitig auf zwei ganz verschiedene Standpunkte. Einmal betrachtete man sie als Gewerbetreibende, die an anderen einen Gewinn machten, der also zu versteuern sei. Suchte der Konsumverein diesen zu versteuernden Gewinn einzuschränken, indem er von vornherein einen festen Rabattsatz festsetzte, dann erinnerte man sich auf einmal der Tatsache, daß ja der

Verein mit seinen Mitgliedern identisch sei, also nur scheinbar sein Einkommen verringere.

Die **Konservativen** ließen daher durch ihren Abgeordneten **Hammer** im preußischen Landtag einen Antrag einbringen, der von der Regierung die Besteuerung des festen Rabattes der Konsumvereine im neuen Einkommensteuergesetz verlangte. Nachdem der Antrag, gegen den sich nur die sozialdemokratischen Abgeordneten wandten, in der Handels- und Gewerbekommission mit allen gegen sechs Stimmen angenommen worden war, wurde er denn auch, wie schon eingangs erwähnt, von der Regierung in ihren Entwurf aufgenommen. Bei der ersten Lesung des Entwurfs im Abgeordnetenhaus fand sich außer dem Sprecher der Sozialdemokraten, dem Abg. **Hirsch**, nur der Freisinnige **Cassel**, der sich gegen die Bestimmung, die der ausnahmesteuerlichen Behandlung der Konsumvereine in Preußen allerdings die Krone aufsetzen würde, wandte. Man muß also mit großer Wahrscheinlichkeit damit rechnen, daß das Monstrum Gesetz wird.

Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" bringt einige Artikel, die darlegen, was es mit der angeblichen Steuerfreiheit der Konsumgenossenschaften auf sich hat. In dem einen wird ein Vergleich zwischen der seitherigen Steuerleistung der Konsumvereine und der anderen Genossenschaften in Preußen gezogen. Es zahlten demnach im Jahre 1909 880 Konsumvereine in Preußen 396 800 M. Einkommensteuer, dagegen 883 andere Genossenschaften, vorwiegend Kreditvereine, nur 262 800 M., während 14 800, meist landwirtschaftliche Vereine, überhaupt vollkommen steuerfrei blieben. Die in Preußen ansässigen, dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehörenden Genossenschaften zahlten 1910 die gewaltige Summe von insgesamt 779 581 M. Steuern verschiedener Art. So schaut also die angebliche „Steuerfreiheit" der Konsumgenossenschaften, von der ihre Gegner fabeln, aus.

Aber auch der Behauptung, daß dem Staat immerhin erhebliche Steuersummen durch die Konsumvereine verlorengehen, die von den Kleinhändlern sonst mehr gezahlt würden, rückt die „K. R." durch eine sehr interessante Berechnung zu Leibe. Der Zentralverband hat an eine Anzahl Vereine Anfragen über die Höhe der von ihnen im einzelnen gezahlten Steuern sowie über das Einkommen ihrer Angestellten gerichtet, um aus diesem die von letzteren ungefähr gezahlte Steuersumme zu errechnen. Diese beiden Posten bilden die Einnahme des Staates aus dem Bestehen der Konsumvereine. Demgegenüber wurde berechnet, welche Steuersumme ihm zugeflossen wäre, wenn der Umsatz der Konsumvereine durch eine entsprechende Zahl von Kleinhändlern bewältigt worden wäre. Es wurde dabei ein Normalhändler mit einem Umsatz von 40 000 M. und einem Einkommen von 2400 M. zugrunde gelegt. Es zeigte sich nun, daß 37 preußische Konsumvereine 370 750 M. Steuern zahlten, wozu noch 139 948 M. errechnete Steuersumme ihrer Angestellten kam, macht zusammen 510 698 M. Demgegenüber hätte die entsprechende Zahl von Kleinhändlern nur 227 265 M. an Steuern aufgebracht. **Dem Staate erwuchs also durch das Vorhandensein der Konsumvereine ein steuerlicher Nutzen von 283 433 Mark.** Und das, obwohl sich unter den 37 Vereinen nicht weniger als 24 befanden, die sich der erwähnten „Umgehung" der Steuer schuldig gemacht hatten. Diese Vereine allein genommen zahlten 217 568 M. Steuern, ihre Angestellten 111 754 M., die verdrängten Händler dagegen nur 175 792 M. Also auch hier wurde nahezu die doppelte Summe vom Konsumverein und seinen Angestellten aufgebracht.

Durch nichts läßt sich also das neuerliche Attentat der preußischen Regierung auf die Konsumvereine rechtfertigen, das in einem so krassen Gegensatz steht zu der liebreichen Behandlung, die dieselbe Regierung den gewerblichen und vor allem den landwirtschaftlichen Genossenschaften zuteil werden läßt. Wenn schon einmal Mittelstandspolitik in der Richtung, wie es die Herren verlangen, getrieben werden soll, dann müßten diese Genossenschaften zu allererst daran glauben. Während der Umsatz der preußischen Konsumvereine des Zentralverbandes im Jahre 1910 nur 122 354 768 M. betrug, erzielten die preußischen Genossenschaften des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften im gemeinsamen Warenbezug 264 177 812 M. und im Warenabsatz 338 421 228 M., was also einem Gesamtverkehr von 602 599 035 M. entspricht. Wieviel Tausende von Mittelstandsexistenzen: kleinen Krämern, Maschinen-, Samen- und Düngemittelhändlern, sodann von Getreide-, Eier-, Vieh-, Geflügel-, Weinhändlern, von Müllern, Molkereibesitzern, Stärke- und Zuckerfabrikanten werden durch diese Tätigkeit ruiniert. Aber da hört das mittelstandsfreundliche Herz unserer Regierung auf einmal auf, zu schlagen. Wo es sich dagegen darum handelt, armen Proletarierfamilien ihre in den jetzigen Zeiten der Teuerung doppelt notwendigen Ersparnisse, die ihnen der Konsumverein ermöglicht, zu einem erheblichen Teile wieder zu entreißen, da findet man sie als gehorsame Dienerin jener Konservativen, die die Geschmacklosigkeit hatten, zu ihrem Antragsteller ausgerechnet einen Herrn zu wählen, der selbst Vorsitzender im Verbande der gewerblichen Genossenschaften ist und für diese nicht nur Steuerfreiheit, sondern auch noch möglichste direkte Förderung durch die Regierung verlangt.

Die Antwort auf diese neue Ungerechtigkeit sei: **Hinein in die Konsumvereine, und auf zum Protest gegen die neue Steuerbelastung der Konsumvereine!**

Die Gemeindewahlbewegung.

Steglitz. Die Angst vor der Sozialdemokratie hat das unmöglich Erscheinende doch noch zustande gebracht: zum erstenmal steht das gesamte Bürgertum in geschlossener Phalanx gegen die Arbeiterschaft. Noch im letzten Augenblick ist es den Bemühungen des Reichsverbandes gelungen, im alten Hausbesitzerverein einen Beschluß durchzudrücken, daß er auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichtet und seinen Mitgliedern empfiehlt, in der dritten Klasse die von dem bürgerlichen Mischmasch vorgeschlagenen Kandidaten zu wählen. Durch diesen Beschluß ist zunächst erreicht, daß es diesmal keine Stichwahlen gibt. Das muß für unsere Parteigenossen ein Ansporn sein, heute nachmittag und abend vollzählig zum Schleppdienst in den Lokalen von Schellhase, Ahornstr. 15, und Clement, Düppelstraße 7, zur Stelle zu sein. Erfahrungsgemäß brachten wir bisher zu den Stichwahlen noch 500—600 Reserven auf die Beine. Die müssen heute abend schon herbeigeholt werden. Die Schlepper müssen jeden Wähler darauf aufmerksam machen, daß es keine Stichwahlen geben kann. Die Agitation für den bürgerlichen Kandidaten hat der Reichsverband übernommen. Schon am Sonntag zierten riesige Plakate die Anschlagsäulen, vom Reichsverband ganz allein unterzeichnet, auf denen zum Kampf gegen die Sozialdemokratie aufgefordert wird und die bürgerlichen Kandidaten empfohlen werden. Parteigenossen! Soll der Reichsverband, von dem bei den Reichstagswahlen alle anständigen Politiker abgerückt sind, in Steglitz unseren Sieg vereiteln? Das darf nicht sein und wird nicht eintreten, wenn Ihr heute abend Eure Pflicht erfüllt. Der gestrige Wahltag war nur das Vorpostengefecht, der Kampf der Arbeiterschaft beginnt erst heute und muß mit unserem Siege enden. Die Tatsache, daß das gesamte Bürgertum sich unter die Fittiche des Reichsverbandes verkrochen hat, erleichtert unsere Arbeit und wird die Trägsten auf die Beine bringen. Das gestrige Teilresultat ist von geringer Bedeutung, nur um unsere Parteigenossen zu informieren, teilen wir die bis 8 Uhr abends abgegebenen Stimmen mit.

Es erhielten Stimmen im ersten Bezirk: Sozialdemokratie 468, Bürgerliche 400; im zweiten Bezirk: Sozialdemokratie 292, Bürgerliche 574.

Groß-Lichterfelde. Morgen, den 18. März, von 8—8 Uhr nachmittags, finden die Wahlen zur Gemeindevertretung statt. In allen drei Bezirken sind von den bürgerlichen Parteien Kandidaten aufgestellt, die dem Verein der Handwerker angehören.

Daß diese nicht die Interessen der Gesamtheit vertreten sollen, dafür bietet die Stellungnahme des genannten Vereins zur Wahl den besten Beweis, indem die Kandidaten sich verpflichten müssen, in ihrer Tätigkeit im Gemeindeparlament die Interessen der Vereinsmitglieder, das heißt der Handwerker, wahrzunehmen.

Das ist der nackteste und ödeste Unternehmerstandpunkt! Die Arbeiterschaft, die den größten Teil der Wähler in der dritten Abteilung repräsentiert, hat die Macht, in allen drei Bezirken ihre Kandidaten durchzubringen.

Kandidat für den 1. Wahlbezirk (Osten) ist Adolf Neumann, Vergolder. Wahllokal: Hennings Restaurant, Jungfernstieg (Bahnhof Ost).

Der bisherige Westbezirk ist nunmehr geteilt.

Bezirk 2 liegt zwischen dem Teltowkanal und der Kant-, Pestalozzi-, Ring-, Augustastraße bis Augustaplatz, Manteuffel- und Haydnstraße. Diese Straßen sowie Augustaplatz 3—5 gehören mit Ausnahme der Manteuffel- und Haydnstraße zum Bezirk 2. Kandidat: Kaspar Wenzel, Zeitungsexpedient. Wahllokal: Hertels Schützenhaus, Zehlendorfer Str. 5.

Zum 3. Wahlbezirk gehören die Ortsteile nördlich der obengenannten Straßen: Augustaplatz 1, 2 und 6—8, sowie Manteuffel- und Haydnstraße einschließlich der Eckgrundstücke, die nach den die Grenze durchquerenden Straßen numeriert sind. Kandidat: Otto Osburg, Tischler. Wahllokal: Wolffs Kasino, Am Viktoriaplatz.

Jeder Wähler nehme eine Legitimation mit, falls er eine amtliche Wahlkarte nicht erhalten hat: Steuerquittung, Invalidenkarte oder Militärpapiere.

Friedrichshagen. Mit den kommenden Gemeindewahlen beschäftigte sich am letzten Donnerstag eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Genosse Stephan gab den Bericht unserer Vertreter. In lebhafter Diskussion wurde an verschiedenen Handlungen der Gemeindeverwaltung Kritik geübt, unter anderem daran, daß die Gemeinde keine billigen Kartoffeln beschafft habe und des weiteren an der mangelhaften Einrichtung des Seefischverkaufs. Allgemein wurde die Abschaffung der Gasmessermiete und die Einführung eines Einheitspreises für Koch- und Leuchtgas verlangt. Dieser Neuerung könne nichts im Wege stehen, da die Gasanstalt jetzt Eigentum der Gemeinde sei. Für die dritte Abteilung wurden als Kandidaten die Genossen Grau als Angesessener und Fritz Tarnow als Nichtangesesser aufgestellt. Auch wurde beschlossen, sich dieses Jahr an den Wahlen für die zweite Abteilung zu beteiligen. Für diese kommen als unsere Kandidaten die Genossen Korsing und Schade in Betracht. Die Wahlen für die dritte Abteilung finden am Sonntag, den 17. März, von 11½—8½ Uhr, und für die zweite Abteilung am Montag, den 18. März, abends, statt.

Zehlendorf. Heute abend in der Zeit von 5½—7 Uhr, findet die Gemeindevertreterwahl in der dritten Klasse statt. Als Kandidat der Sozialdemokratie fungiert der Zimmerer Genosse Karl Kalies. Der Grundbesitzerverein hat den Postverwalter des Orts, Herrn Kneisel, als Kandidaten nominiert, um so der Stimmen der Bahn- und Postangestellten sicher zu sein, während die bürgerliche Wahlvereinigung — eine Absplitterung des Grundbesitzervereins — den Zimmerpolier Hier auf ihren Schild erhoben hat. Drei Bauunternehmer sind bereits Mitglieder der Gemeindeverwaltung. Daß genannte Herren nicht die Interessen der Arbeiterschaft vertreten können, braucht nicht erst besonders betont zu werden. Da die Gegner aber große Anstrengungen machen, wird die Arbeiterschaft ihre ganze Kraft einsetzen müssen, um ihren Kandidaten durchzubringen. Wie notwendig die Wahl des letzteren ist, zeigte Genosse Reichhardt-Mariendorf am Sonntag in einer Gemeindewählerversammlung, und auch aus dem Bericht aus der Gemeindevertretung, den Genosse Feiertag erstattete, ging dies mit aller Deutlichkeit hervor. Daher sei heute jeder auf dem Posten.

Grünau. Die Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung finden am Mittwoch, den 20. März, von 4—8 Uhr, im Restaurant Buchholz statt. Zur Wahl in der dritten Abteilung stehen nicht zwei Mandate, wie irrtümlich angenommen wurde, sondern nur eins, und zwar ein Angesessener. Wir ersuchen also, nur für den Genossen Johann Franz die Stimme abzugeben. Die Wahl des Nichtangesessenen findet 8—14 Tage später statt.

Borsigwalde-Wittenau. Die Gemeindewahl in der dritten Abteilung findet am Freitag, den 15., und Sonnabend, den 16. d. Mts., von mittags 12 bis abends 8 Uhr statt. Kandidaten sind die Genossen Hermann Tropp, Former, und Karl Liebelt, Lagerhalter. Donnerstag, den 14. d. Mts., abends 8 Uhr, im Wittenauer Gesellschaftshaus: Große öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Wen wählen wir ins Gemeindeparlament?

Hierzu Mittwoch abend Handzettelverteilung von den bekannten Lokalen aus.

Tempelhof. Die Gemeindewahl für die dritte Wählerklasse findet morgen Mittwoch, den 13. d. M., von mittags 12 Uhr bis abends 8 Uhr, im Gemeinde-Beratungszimmer, Dorfstraße 42, statt. Kandidat der Sozialdemokratie ist der Gastwirt Johannes Wanglick. Für die zweite Wählerklasse findet die Wahl am Donnerstag, den 14. d. M., von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags im Gemeinde-Beratungszimmer, Dorfstr. 42, statt. Kandidaten der Sozialdemokratie sind: Gastwirt Johannes Wanglick, Schriftsetzer Oskar Ewald, Schriftsetzer Otto Kiehn.

Alle Parteigenossen, die bei der am Mittwoch, den 13. d. M., stattfindenden Gemeindewahl behilflich sein wollen, werden ersucht, sich von 11 Uhr vormittags ab im Genossenschaftswirtshaus, Dorfstraße 50, einzufinden.

Am Mittwoch, den 13. d. M., fallen die Einzel-Zahlabende aus, dafür gemeinschaftlicher Zahlabend im Wilhelmsgarten, Berliner Straße 9.

Wahlergebnisse.

Treptow-Baumschulenweg. Die Gemeindevertreterwahl am Sonntag ergab folgendes Resultat: im ersten Wahlbezirk übten von den 982 eingeschriebenen Wählern 284 ihr Wahlrecht aus. Es erhielten Stimmen: Genosse Franz Kitzner 235, der von verschiedenen bürgerlichen Vereinen aufgestellte Grottenbahnbesitzer Miete 44 und der Demokrat 5 Stimmen. Im 2. Wahlbezirk beteiligten sich von den 1230 eingeschriebenen Wählern 528 an der Wahl. Es erhielten Genosse Gerisch 411, der von verschiedenen bürgerlichen Vereinen aufgestellte Dachdeckermeister Lenz 116 und Herr Miete eine Stimme.

Bei der letzten Wahl vor vier Jahren im ersten Wahlbezirk unterlagen wir mit sieben Stimmen; im zweiten Wahlbezirk hatten wir bei der Wahl vor zwei Jahren nur eine Mehrheit von 61 Stimmen.

Boxhagen-Rummelsburg. Bei den am Sonntag stattgefundenen Gemeindevertreterwahlen in der dritten Abteilung wurde im 2. Bezirk Genosse Oskar Witzke mit 406 Stimmen gewählt, eingeschriebene Wähler waren 927 vorhanden. Im 8. Bezirk, wo 1097 eingeschriebene Wähler vorhanden waren, wurde Genosse Gust. Tempel mit 291 Stimmen gewählt. Gegenkandidaten waren in beiden Bezirken nicht aufgestellt.

Zur Wahl selbst, die zum erstenmal an einem Sonntage stattfand, ist zu konstatieren, daß die Beteiligung nicht dem entsprach, was man eigentlich von der Sonntagswahl erwartet hat. Betrug die Beteiligung bei den Gemeindewahlen vor zwei Jahren im Durchschnitt 36 Proz., so war sie diesmal im 2. Bezirk 43,79 Proz. und im 8. Bezirk 26,61 Proz.

Johannisthal. Die am Sonntag stattgefundene Gemeindevertreterwahl zur dritten Klasse zeitigte folgendes Resultat: Genosse Dühring wurde mit 837 gegen 145 Stimmen des bürgerlichen Kandidaten gewählt. Bei der letzten Gemeindevertreterwahl entfielen auf unseren Kandidaten nur 265 Stimmen. Unsere Gegner benutzten diesmal zur Schlepparbeit die Automobile der Flieger König und Rosenstein. Auch die Eisenbahnbeamten waren alle wie auf Kommando zur Wahl angetreten. Daß der bürgerliche Kandidat trotzdem durchgefallen, wird diesen Herren den Appetit verdorben haben, in Zukunft noch einmal Jagd auf die Mandate der dritten Klasse zu machen.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Einen schönen Erfolg brachte uns am Sonntag die Gemeindevertreterwahl. Unsere Genossen Hellrich und Hiege erhielten jeder 858 Stimmen, denen die Gegner nur 649 und 645 gegenüberstellen konnten, trotzdem sie mehr als 200 Forensenstimmen benutzten. Im ganzen wurden 1514 Stimmen abgegeben, 8 waren zersplittert. Die absolute Mehrheit betrug 758.

Petershagen bei Fredersdorf. Trotzdem die Gegner mit Roßtäuschermanieren gearbeitet haben, blieb für sie am Sonntag der erhoffte Erfolg aus. Es erhielten in der dritten Klasse bei der Ersatzwahl Genosse Paul Kranich 58, der frühere „Auchgenosse", jetzige Tischlermeister Gottschalk 21 und der Maurerpolier Bredereke 6 Stimmen; in der Ergänzungswahl Genosse Ferd. Hermerschmidt 60, Bredereke 31 Stimmen. In der zweiten Klasse erhielten Genosse Max Racko 22 und der sehnsuchtsvoll nach einem Mandat strebende Abel 18 Stimmen. Mithin sind drei Genossen gewählt; es sitzen in der Gemeindevertretung jetzt deren fünf. In der ersten Klasse wurde der Bauer Gollme mit 13 Stimmen ernannt.

Britz-Buckow. Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeindewahl wurden unsere drei Kandidaten gewählt, davon ist ein Mandat neuerobert. Es erhielt der Genosse Prenzlow 640 Stimmen, der Genosse Heintze 639, Genosse Herms 638. Von den bürgerlichen Herren brachte es Klemann auf 94, Hennig auf 93 und Titz auf 94 Stimmen. In **Buckow** ist leider unser Kandidat unterlegen. Es erhielt Genosse Klein 64 Stimmen, der Bürgerliche 85, davon waren allein 50 Forensenstimmen.

Hermsdorf bei Berlin. Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeindewahl siegte unser Kandidat, der Stukkateur Heinrich Sohrauer mit 281 gegen 223 gegnerische Stimmen. Die Gegner hatten alles aufgeboten, um uns das Mandat zu rauben. Ihr Vorhaben scheiterte jedoch an dem geschlossenen Aufmarsch der Arbeiterschaft.

Hohen-Schönhausen. Glänzend abgeschnitten haben unsere Genossen bei der Wahl am Sonntag trotz der elenden Kampfesweise unserer Gegner. Mit 825 und 819 Stimmen ziehen unsere Genossen Herschleb und Obermeier ins Gemeindeparlament ein. Von den Gegnern brachte es die von den Antisemiten unterstützte Partei auf 46 und 55 Stimmen, während der anarchistische Herr Dr. Goldberg ganze 26 Stimmen auf sich vereinigte. Den Herren dürfte wohl die Lust vergangen sein, uns noch einmal die dritte Klasse streitig zu machen.

Mühlenbeck. Einen Sieg errangen unsere Genossen bei der am Montag stattgefundenen Gemeindevertreterwahl der dritten Abteilung. Der Kandidat der Sozialdemokratie, Genosse Adolf Bärsch, erhielt 82 Stimmen. Auf den bürgerlichen Mischmaschkandidaten entfielen 39 Stimmen.

Lichtenrade. Bei der gestrigen Gemeindevertreterwahl erhielten die Kandidaten der Sozialdemokratie Genosse Lier 97 und Genosse Rowigk 90 Stimmen. Für die Kandidaten der Kolonisten, Schobert und Marx, stimmten 75 bezw. 73 Wähler, während die Kandidaten der Bürgerpartei Lorenz und Hyrodt je 69 Stimmen auf sich vereinigten. Es hat mithin Stichwahl stattzufinden zwischen unseren Genossen Lier und Rowigk und den Kandidaten der Kolonisten.

Soziales.

Erpressungsanklage wegen Kampf gegen Schmutzkonkurrenz.

Die eigenartige, so oft gegen Lohnforderungen stellende Arbeiter angewendete Auslegung des Erpressungsparagraphen durch das Reichsgericht hat jetzt zu einer Anklage gegen 4 Malermeister und 4 Malergesellen vor der Strafkammer in Bautzen geführt.

Unter der Anklage der vollendeten und versuchten Erpressung hatten sich die Handwerksmeister Werner, Geyer, Ehrt und Linke sowie die Gehilfen Thal, Müller und Palme, sämtlich in Sebnitz wohnhaft, zu verantworten. Die vier Meister gehören dem Deutschen Arbeitgeberverbande im Malergewerbe, Thal, Müller und Palme der Gehilfenorganisation an. Werner ist Vorsitzender des Ortstarifamtes Sebnitz, dem sämtliche Angeklagte als Mitglieder angehören. Um das Gewerbe vor Schmutzkonkurrenz zu sichern und geregelte Arbeits- und Lohnverhältnisse herbeizuführen, hat der Arbeitgeberverband mit dem Gehilfenverband einen Tarifvertrag abgeschlossen. Nach § 10 des Vertrages, der zum Schutze gegen die sogen. Schmutzkonkurrenz aufgestellt ist, kann über den Betrieb von Meistern, die z. B. Angebote unter dem Selbstkostenpreise abgeben bzw. zu solchem Preise Lieferungen usw. übernehmen, die Sperre verhängt werden. **Die Sperre kann durch Zahlung einer vom Ortstarifamt bestimmten Geldbuße vermieden oder zur Aufhebung gebracht werden.**

Im Sommer 1911 hatte nun der Stadtrat zu Sebnitz eine Submission auf städtische Arbeiten ausgeschrieben. Die dem Verbande angehörenden Meister Schelle und Müller hatten die niedrigsten Angebote abgegeben und die Arbeiten übertragen erhalten. Das Ortstarifamt stellte Erörterungen an, ermittelte die Preise der Angebote, gelangte zu der Ueberzeugung, daß unter den Selbstkostenpreis kalkuliert worden sei und deshalb Schmutzkonkurrenz vorliege. Nach Gehör der Zentralorganisation und im Einvernehmen mit dem Bezirksvereinsvorsitzenden, Obermeister Schirmer in Dresden, beschloß das Ortstarifamt in einer Sitzung am 15. Juli 1911, über die Betriebe Schelles und Müllers die Sperre zu verhängen. Das Protokoll war von Werner, Geyer, Thal und Müller unterzeichnet. Dieser Beschluß wurde Schelle und Müller mitgeteilt, die Sperre trat am 17. Juli in Kraft. Am 19. Juli fand eine zweite Sitzung statt, in der das Protokoll vom 15. Juli verlesen und genehmigt wurde. Gleichzeitig wurden protokollarisch die Bedingungen festgelegt, unter denen Schelle und Müller die Sperre zur Aufhebung bringen konnten. Beide sollten 100 M. bzw. 110 M. zahlen. Sie sollten ferner ihre abgegebenen Angebote zurückziehen, schriftlich anerkennen, daß sie ihre Angebote unter dem Selbstkostenpreis angeboten hätten und versprechen, dies in Zukunft zu unterlassen. Dieses Protokoll war wieder von Werner, Geyer, Thal und dem Gehilfen Müller unterzeichnet. Schelle und R. Müller sahen diese Bedingungen bei Werner ein. R. Müller erreichte beim Ortstarifamt eine Herabsetzung der Buße um die Hälfte, erfüllte auch die anderen Bedingungen, die Sperre über seinen Betrieb wurde Ende Juli wieder aufgehoben. Schelle unterhandelte ebenfalls, erzielte nun Herabsetzung der Buße von 100 auf 80 M., brach aber später die Unterhandlung ab und erstattete Anzeige. Die Staatsanwaltschaft erblickte in der Erlangung einer Buße von einem Nichtmitglied des Arbeitgeberverbandes unter Androhung der Sperre eine Erpressung, die Erstrebung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils.

Die Angeklagten machten geltend, sie seien der Ueberzeugung gewesen, daß sie zur Abwehr der Schmutzkonkurrenz die Zahlung einer Buße auch von Nichtmitgliedern des Verbandes, deren Geschäftsgebaren gegen die guten Sitten verstoße, hätten mit Recht verlangen können. **Gauvorsitzender Meister Köhler und Gehilfe Steiner, Verbandsangestellter der Gehilfenorganisation** in Leipzig, erklärten beide als Sachverständige, daß zu den abgegebenen Preisen eine sachgemäße einwandfreie Arbeit nicht geliefert werden könnte, es liege eine Unterbietung vor. Das **Gericht sprach sämtliche Angeklagte frei**, und zwar Ehrt, Palme und Linke, weil sie sich an der Beschlußfassung über Verhängung der Sperre usw. nicht stimmberechtigt beteiligt hatten, bei Werner, Geyer, Thal und Müller nahm das Gericht an, daß ihnen das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit ihrer Handlungsweise gefehlt habe.

Gegen die Freisprechung wenden wir uns selbstverständlich nicht. Unzweifelhaft hat auch keiner der Angeklagten das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit ihrer Handlung gehabt. Aber dasselbe trifft auf die Hunderte von Arbeitern zu, die Lohnerhöhungen unter Streik- oder Sperreandrohung verlangt hatten und die trotzdem wegen Erpressungsversuchs oder wegen Erpressung bestraft sind. In all den Fällen nahm das Gericht an, auf das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit in dem vom Landgericht angenommenen Sinne komme es nicht an. Zweifellos hätte eine Verurteilung gesundem Rechtsempfinden in dem Bautzener Fall ebenso widersprochen wie in jenen Fällen. Aber an der beliebigen Feststellung des Gerichts, ob das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit im Sinne des Reichsgerichts vorlag, darf die Strafloſigkeit oder Strafbarkeit der Verhängung des Streiks oder der Sperre nicht abhängen. Dringend erforderlich ist, das Recht, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen auch durch Verhängung von Streiks und Sperren zu erlangen, gegen Strafverfolgungen sicherzustellen. Es muß gesetzlich ausgesprochen werden, daß der Gebrauch dieses Rechts nie rechtswidrig ist.

Kampf um die Invalidenrente.

Ein dreijähriger Kampf der Fabrikarbeiterin Ralise in Wiesenbad bei Annaberg wurde jetzt endlich mit Erfolg für die Antragstellerin beendet. Der Verlauf der Renteklage ist nach verschiedener Richtung interessant.

Am 26. Januar 1909 wurde erstmalig der Antrag auf Gewährung der Invalidenrente gestellt. Die Ansprecherin fühlte sich krank und invalid. Krank war sie auch, aber als invalid im Sinne des Gesetzes wurde sie von den Aerzten, auch nach einer längeren Beobachtung im Stadtkrankenhause zu Chemnitz, nicht bezeichnet. Ihr Antrag wurde auch in der Berufungsinstanz vom Schiedsgericht zurückgewiesen. Die Revision gegen die schiedsgerichtliche Entscheidung blieb ohne Erfolg.

Am 7. Februar 1911 stellte die Ansprecherin den Antrag erneut. Zwei Aerzte, darunter auch der Vertrauensarzt der Landesversicherungsanstalt, erklärten sie für völlig erwerbsunfähig. Wieder gab die Landesversicherungsanstalt ablehnenden Bescheid. Sie machte geltend, daß die Anwartschaft verloren sei. Die Ansprecherin hatte nicht mehr arbeiten können und verabsäumt, während der zwei Jahre Marken zu kleben. Dieser Umstand sollte sie nun, da sie invalid war, um die Rente bringen. Sie legte Berufung ein und bemerkte, daß sie der Meinung wäre, daß sie während der Dauer des Verfahrens nicht berechtigt sei, Marken zu kleben. Das war eine irrige Annahme. Das Schiedsgericht stellte aber Erörterungen an, und zwar an Ort und Stelle und unter Zuziehung seines Vertrauensarztes Dr. Hering. Dadurch wurde festgestellt, daß die Invalidität der Ansprecherin schon eher eingetreten war, als die beiden Aerzte die Untersuchung vorgenommen hatten. Jedenfalls war die Invalidität vor dem 22. Oktober 1910, dem Tage, an dem die Anwartschaft auf Rente erloschen war, eingetreten. Zum Ueberfluß brachte die Renteklägerin noch den Nachweis von 26 anrechnungsfähigen Krankenwochen, die in die zweijährige Periode hineinfielen. Trotzdem ließ es der Vertreter der Landesversicherungsanstalt auf das Urteil ankommen, welches der Klägerin die Invalidenrente ab 1. Oktober 1910 zusprach.

Dieser Fall zeigt wieder einmal deutlich, daß die vielgepriesenen, von den Arbeitern teuer zu bezahlenden Wohltaten der Sozialgesetzgebung mitunter erst durch zähen Kampf erstritten werden müssen.

Oesterreichische Streikstatistik 1911.

Im Jahre 1911 sind nach amtlicher Feststellung 767 Arbeitseinstellungen in Oesterreich vorgekommen; über 544 Streiks gibt das kaiserlich-königliche Arbeitsstatistische Amt nähere Angaben. Sie erstrecken sich auf 5461 Betriebe mit 140 718 Arbeitern, von denen 84 052 gleich 60 Proz. streikten. 21,5 Proz. der Streiks betrafen jeweils mehrere Betriebe. Von den Streiks dauerten 46,9 Prozent 1 bis 5 Tage, 18,9 Proz. 6 bis 10 Tage, 10,5 Proz. 10 bis 15 Tage usw. 19,7 Proz. hatten vollen Erfolg, 51,3 Proz. teilweisen, 29 Proz. keinen Erfolg. Es waren also erfolgreich insgesamt 71 Proz. aller Ausstände mit 87,9 Proz. aller Ausständigen.

Gerichts-Zeitung.

Heu — ein Nahrungs- oder Genußmittel?

Ein ganz verständiges Urteil des **Schöffengerichts Neukölln** mußte die **Strafkammer** gestern aufheben. Angeklagt war eine Handelsfrau Anna Dittmann aus Britz. Die Angeklagte war dabei beobachtet worden, wie sie dem Molkereibesitzer Schuster in Britz eine **Handvoll Heu**, welches dieser auf seinem Hofe zum Trocknen ausgebreitet hatte, entwendete, um damit ihrer **Ziege** einen besonderen Leckerbissen zukommen zu lassen. Es wurde deshalb gegen sie **Anklage wegen Diebstahls** erhoben, wegen der sie sich vor dem Schöffengericht Neukölln zu verantworten hatte. Dieses nahm jedoch nicht Diebstahl, sondern eine Uebertretung des § 370, 5 des Strafgesetzbuchs (Mundraub) an, nach welchem sich derjenige strafbar macht, der „**Nahrungs- oder Genußmittel** von unbedeutendem Werte oder in geringer Menge zum alsbaldigen Gebrauch" entwendet. Das Schöffengericht, welches die Frau zu 9 M. Geldstrafe verurteilte, nahm demnach an, daß auch „Nahrungs- und Genußmittel" für Tiere in jenem Paragraphen gemeint seien. Auf die **Berufung** der Staatsanwaltschaft hin hatten sich nunmehr die fünf Berufsrichter der Strafkammer mit dieser Handvoll Heu zu beschäftigen. Diese kamen zu der Ansicht, daß der Gesetzgeber nur für den Menschen geeignete „Nahrungs- und Genußmittel" in jenem Paragraphen gemeint habe. Außerdem spreche man gewöhnlich bei dem Vieh nicht von „Nahrungs- und Genußmitteln", sondern einfach von „Futter". Unter Anwendung des Diebstahlsparagraphen wurde die Angeklagte nunmehr zu der niedrigsten gesetzlich zulässigen Strafe von **1 Tag Gefängnis** verurteilt.

Die Strafgesetznovelle, die von der Regierung in der letzten Session vorgelegt, jetzt von der sozialdemokratischen Fraktion als Initiativantrag eingebracht worden ist und voraussichtlich bald als gemeinsamer Initiativantrag **aller** Parteien zur Beratung kommen wird, dehnt den § 370 5 des Strafgesetzbuchs auf Gegenstände des hauswirtschaftlichen Verbrauchs überhaupt aus. Wer Entwendungen solcher Art begeht, soll nur auf Antrag und nur mit Geldstrafe oder Haft (nicht mit Gefängnis) bestraft werden können. Außerdem will die Novelle, daß auch Diebstähle von geringfügigen Gegenständen mit Geldstrafe oder Haft statt mit Gefängnis bestraft werden können. Das Schöffengericht Neukölln hatte diese noch nicht in Kraft gesetzten Vorschriften vorweggenommen. Die Strafkammer hat dem geltenden Recht Rechnung getragen. Sie hätte aber dennoch, von gleich sozialer Gesinnung wie das Neuköllner Schöffengericht getragen, zu einer **Freisprechung** gelangen können. Denn die Annahme wäre gerecht gewesen, die Frau, die ein wenig Heu für ihre Ziege mitnahm, handelte nicht im Bewußtsein rechtswidriger Absicht, vielmehr in der Annahme, der Eigentümer sei mit der „Entwendung" einverstanden.

Ein Steuerdrückeberger.

Wie der Kapitalismus wuchert, ergab eine in Halle vor der Strafkammer stattgehabte Verhandlung, in der der Industrieunternehmer Simon **Sernau** wegen Steuerhinterziehung angeklagt war. Der wohlhabende Mann hätte nach amtlicher Schätzung 2250 M. mehr Steuern zahlen müssen, als er in Wirklichkeit zahlte. Er hatte in seiner Steuererklärung den Gewinn einer Einlage von 15 000 M. in der Papierfabrik von Lässig u. Co. verschwiegen. Die Firma warf in einigen Jahren Riesengewinne ab, während die Arbeiter über schlechte Löhne klagten. Ein an der Firma mitbeteiligter Unternehmer mußte zugeben, daß allein die **Einlage von 15 000 M.** in einigen Jahren einen **Reingewinn von 59 000 M.** gebracht habe. Schon im ersten Jahre soll der Industrieharon soviel Reingewinn erzielt haben, wie seine Einlage ausmachte. Der Angeklagte meinte, sich um den Gewinn nicht näher „gekümmert" zu haben. Um seinen Kredit zu erhöhen, habe er sein Vermögen lieber höher als niedriger angegeben; ihm sei es gar nicht in den Sinn gekommen, zu wenig Steuern zu zahlen. Die Strafkammer verurteilte den Drückeberger aber auf Grund des § 72 des Einkommensteuergesetzes zu einer

Geldstrafe von 10 000 M.

event. sechs Wochen Haft. Begründend hieß es im Urteil, der Angeklagte habe eine erhebliche Einnahmequelle wissentlich verschwiegen, um die Staatskasse zu schädigen.

Zum bayrischen Kampf ums volle Maß.

Das wegen betrügerischen Einschänkens gegen den Hofbräuhauspächter Mittermüller eingeleitete Strafverfahren ist nunmehr auf Antrag der Staatsanwaltschaft von der Strafkammer eingestellt.

Auf Veranlassung des Angeschuldigten wurde im Vorverfahren unter Zuziehung einer Reihe Sachverständiger ein Probezapfen vorgenommen.

In einem Nebenraum des kgl. Hofbräuhauses wurde ein Bierfaß angezapft und die Temperatur gemessen, worauf ein älterer geübter Schenkkellner Krüge mit verschiedenen Eichmaßen in gerader, halbschiefer und ganzschiefer Haltung, bei ganz und halb geöffnetem Hahne füllen mußte.

Die Ergebnisse zeigten: sowohl die verschiedene Haltung des Kruges, wie die verschiedene Oeffnung des Hahnes wären von verhältnismäßig geringem Einfluß auf die Füllung der Bierkrüge. Hingegen ergab sich aber in untrüglicher Weise, daß trotzdem das zu den Proben verwendete Bier eine sehr niedrige Temperatur aufwies, dasselbe nach dem Anzapfen so schäumte, daß es als unmöglich bezeichnet werden mußte, auch nur annähernd das Eichmaß zu erreichen. Ein wesentlicher Faktor ist auch, wie sich bei dem Proben ergab, **der Ablauf des Schaumes** bezw. Bieres beim Einschenken. Trotz vorsichtigen Einschenkens ergab sich bei den ersten 6 Krügen ein Durchschnittsmanko von 253 Kubikzentimeter im Geldbetrage ausgerechnet 6,07 Pf. Das überlaufende Bier wurde in Untersätzen gesammelt und dessen **Menge genau ermittelt**. Sie betrug das respektable Quantum von 130 Kubikzentimeter pro Krug, im Geldbetrage ausgerechnet 3,12 Pf. Der mindeste Ablauf bei den Proben bezifferte sich auf 51 Kubikzentimeter, im Geldbetrage 1,24 Pf. **Nach diesen Ergebnissen beträgt der Wert des in den Kanal ablaufenden Bieres im Kgl. Hofbräuhause jährlich ungefähr 75 000 M.**

Weitere Proben bewiesen, daß bei normaler Temperatur und Beschaffenheit des Bieres und selbst bei vorsichtigem Einschenken, auch in der Zeit nach dem Anzapfen, mit einem Manko und Ablaufverlust gerechnet werden muß.

Von besonderer Bedeutung ist auch die Zeit, die dem Schenkkellner zur Füllung der Trinkgeschirre zur Verfügung steht. Es wurden deshalb durch den technischen Beamten Fries und den Verwalter Osterried der wissenschaftlichen Station für Brauerei hierüber Erhebungen gepflogen. Dazu wurden verschiedene Tage und verschiedene Tageszeiten gewählt. **Es ergab sich, daß im Kgl. Hofbräuhause zum Ausschank eines 200 Liter enthaltenden Fasses, in ganzen und halben Litern, 23 Minuten und 40 Sekunden nötig waren. Für die Füllung des einzelnen Gefäßes blieben den Schenkkellnern einschließlich des Hin- und Herhebens, eine Zeit von nicht ganz 6 Sekunden.** Auch ein zweiter Versuch usw. bestätigte dieses Ergebnis. Der Sachverständige Prof. Dr. Brand von der wissenschaftlichen Station für Brauerei erklärte in seinem Gutachten unter anderem: **Bei sämtlichen obigen Versuchen, die in möglichst objektiver Weise vorgenommen waren, war es nicht möglich, auch nur annähernd das richtige Quantum Bier — 1000 Kubikzentimeter — in den Krug zu bringen.**

Der Sachverständige glaubt, daß dies nur dann zu erreichen ist, wenn der Krug nach dem Einschenken so lange stehen bleibt, bis der Schaum etwas zusammengefallen ist. Dann erst kann der Krug bis auf das richtige Maß nachgefüllt werden.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 15. März 1912, abends 8½ Uhr, in Dräsels Festsälen (gr. Saal), Neue Friedrichstr. 35 I:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. „Die Aufgaben der Generalversammlung." **Referent: Alwin Schulze.** 2. Wahl der Delegierten. 3. Bericht über die Tarif- resp. Lohnbewegung. 4. Verschiedenes. 187/1*

Angesichts der hochwichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder Pflicht.

Mitgliedsbuch legitimiert. **Die Ortsverwaltung.**

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
Berlin N., Brunnenstraße 56.
Große Auswahl in schwarzer Konfektion; auch einz. Röcke, Blusen, Hüte etc. Anfertigung nach Maß in 12 Stunden. Aenderungen sofort. *

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Zähne, Plomben, beste Ausführung, billigste Preise. Gegr. 1889. **Olga Jacobson,** Invalidenstr. 145, II.

Zum Ausschneiden!
Dr. Rud. Weil's Nährsalz-Bananen-Kakao
ist wohlschmeckend, äußerst nahrhaft und stopft nicht. Beste Kraftnahrung bei Magen- und Darmkatarrh, bei Schwächezuständen, bei Unterernährung und Nervosität. Ärztlich empfohlen. Hervorragend für Gesunde und Kranke. Paket = ½ Pfund 1 M., 5 Pakete 4.75 M., 10 Pakete 9 M. Zu haben in einschlägigen Geschäften oder direkt von
D. Mader, Berlin S, Prinzenstrasse 37.
Ausführliche, erklärende Preisliste — über bewährte, vorzügliche Nährmittel, Kräftigungsmittel und Getränke für Kranke und Gesunde, Kinder und Erwachsene — bitte zu verlangen.
Man achte darauf, den echten Dr. Rud. Weil's Nährsalz-Bananen-Kakao zu erhalten.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt IV, 3014.

Extra billiger Gelegenheitskauf
echt engl. Gummi-Mäntel
für Herren und Damen zu Ausnahmepreisen
Die regulären Verkaufspreise sind wesentlich höher und reichen bis 50 M. und darüber.
Soweit die Vorräte reichen, werden die Mäntel zu folgenden Extra-Preisen verkauft:
11.50 13.50 18.– 21.– 24.– 30.– 36.– 45.–

Die Herren-Mäntel sind i. d. modernsten Farben gehalten. Die besseren Exemplare bestehen aus reiner Wolle
Die Damen-Mäntel haben modernsten Schnitt u. geschmackvollste Farben. Die besseren Exemplare bestehen aus reiner Seide

Einzelne Knaben- und Jünglings-Mäntel und Regen-Pelerinen sehr billig!

BaerSohn
Kleider-Werke ▫ Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10

Bei diesen außergewöhnlich billigen Gelegenheitskäufen ist sowohl Umtausch wie Reklamation ausgeschlossen.

Der Haupt Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei

Im grossen Spezialgeschäft

grosse Auswahl, billige Preise!

Nr. 1001

Metall-Bettstelle

mit Zugfeder-Matratze, schwarz, 190 × 80 cm

13.50 M.

weisslackiert 50 Pf. mehr.

Bettfedern

Graue Federn . . Pfd. 55 Pf.
Entenfedern . . . Pfd. M. 1.–
Enten-Halbdaunen Pfd. M. 1.80
Halbweisse Rupffedern Pfd. M. 2.–
Halbweisse Halbdaunen Pfd. M. 2.50
Weisse Halbdaunen Pfd. M. 3.–, 3.50, 4.50 u. 6.–
Schleissfedern, halbweiss, Pfd. M. 1.50
Weisse Schleissfedern Pfd. M. 2.–, 2.50 u. 3.–
Hellweisse Schleissfedern Pfd. M. 3.50, 4.50 u. 6.–

Nr. 1004

Metall-Bettstelle

mit Zugfeder-Matratze, 38 mm starken Pfosten, obere Verzierung und Fussbunde im Kopf- u. Fussteil von Messing, schwarz od. weiß lackiert

26.50 M.

Fertige Betten

(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen)

von grau-rot Waterstout, gefüllt mit grauen Federn . . . . Stand **12.– M.** reichlicher gefüllt . . Stand **15.– M.**

von grau-rot oder rot-rosa Köperstout, gefüllt mit Entenfedern . . . . . Stand **24.50 M.** **28.50 M.** **32.50 M.**

von echt türkisch-rotem Inlett (Unterbett Drell), gefüllt mit Halbdaunen und Federn . . . . . Stand **39.– M.**

Bessere Betten . . . . . M. 46.–, 55.–, 63.– bis 105.–

Gustav Lustig

Berlin S 77, Prinzenstrasse 46-47

Beste Bettenfüllung:

Monopoldaunen

gesetzlich geschützt.

Pfund **2.85** M., 3–4 Pfund zum grossen Oberbett.

Daunen

3–4 Pfund zum Oberbett. (Ges. gesch.)

Russische Matadordaunen halbweiss, (ges. gesch.) Pfd. M. 3.50
Weisse Daunen Pfd. M. 5.–
Prima hellweisse Daunen Pfd. M. 6.50
Hochf. böhm. Daunen Pfd. M. 9.–
(2½–3 Pfd. zum Oberbett.)

Elegante Messing-Bettstellen

bestes Fabrikat, 90 × 190 cm . . . . . M. **44.–**

Die Ausnahme-Preise für Bettstellen nur gegen Vorzeigung des Inserats u. solange Vorrat reicht.

Was ist

Idealbrot?

Endlich ein nährstoffreiches, urkräftiges gesundes Roggenbrot!

Etwas dunkler in Farbe, daher viel nahrhafter!

Hergestellt unter Verwendung eines nach patent. Verfahren gemahlenen Roggenmehles der Firma „Deutsches Mehlkontor", Berlin C. 2, Burgstr. 28.

Man fordere bei seinem Brotlieferanten nur **Idealbrot,** (echt nur dann, wenn mit Originalschutzstreifen versehen!)

Vertrieb des Patentroggenmehles für Groß-Berlin durch:

Peters & Schüler, Charlottenburg, Knesebeckstr. 74. Fernsp. Chbg. 1258.

Engelhardt Caramel Bier

alkoholarm, ärztlich empfohlen

Diätetisches Gesundheitsbier

Flasche 10 Pf. Ueberall käuflich.

Achtung!

Wenn Sie eine Garantie dafür haben wollen, daß Sie stets die bekannten und bewährten Fabrikate **Palmin** (Pflanzenfett) und **Palmona** (Pflanzenbutter-Margarine) erhalten, dann achten Sie in Ihrem eigenen Interesse beim Einkauf genau auf die Marken Palmin und Palmona und lassen Sie sich unter keinen Umständen zweifelhafte Nachahmungen aufdrängen. Dann gehen Sie ganz sicher!

H. Schlinck & Cie.
Aktiengesellschaft

Elegante **Herren-Moden** fertig u. nach Maß von **1** Mark wöchentliche Teilzahlung

S. Bolluch
Frankfurter Allee 75
Eingang Tilsiter Strasse

Kein Barzahlungshaus — Kein Barzahlungshaus

Tadellos 1 M.

wöchentliche Teilzahlung liefere elegante

Herren-Moden

fertig und nach Mass.

Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung.

J. Kurzberg
Mass-Schneiderei

Rosenthaler Strasse 40-41 am Hackeschen Markt
Frankfurter Allee 104 part, Ecke Friedenstrasse
Reinickendorfer Strasse 4 am Weddingplatz

Teppiche

130×200:	5 bis 19 M
165×230:	10,50 bis 40 M
200×300:	22 bis 64 M
250×350:	32 bis 120 M
300×400:	67 bis 186 M

Gardinenhaus **Bernhard Schwartz**
Wallstr. 13 (dreizehn)

Pollmanns **Bandagen-**Geschäft, nebst Artikel zur **Gesundheits- u. Krankenpflege,** Verbandstoffe, Gummiwaren etc. Berlin N., Lothringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
Eigene Werkstatt.

Fontane-Promenade 10
Gekrestaurant mit 3 Zim. zu verm.

Stoffe

für eleg. Maßanzüge, Ulster, Paletots, Damenkostüme Mtr. 3.–, 4.–, 6.– M. Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H. **Gertraudtenstr. 20-21,** dicht-a-dicht d. Petrikirche

Ohne jede Anzahlung

verkaufe ich **Pianos** erstklassiges Fabrikat (9mal prämiiert Startmedaille) in allen Hols- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle. (Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. 32/14*

Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.

Conrad Krause Nchfg., Berlin, Ansbacher Str. 1 Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.

Gegründet 1839. — Gegründet 1839.

Auch Sonntags geöffnet.

MAGGI's Suppen sind die besten!

Mehr als **35** Sorten.
Jede Sorte hat ihren natürlichen Eigengeschmack.
Man verlange ausdrücklich MAGGI's Suppen.

„Für den Magen ist nur das Beste gut genug!"

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Gegen die Besteuerung der Konsumvereine,

die vom Abgeordnetenhause geplant ist, richtet sich die Einberufung der Volksversammlung, die zu heute abend erfolgt ist. Um einen wirkungsvollen Protest zu ermöglichen, ist zahlreicher Besuch erwünscht.

Zweiter Kreis. Morgen Mittwoch: Zahlabend der 7. Abteilung (Wassertorviertel) bei Gliesing, Wassertorstr. 68.

Dritter Wahlkreis. Für die dritte und vierte Abteilung findet ein gemeinsamer Zahlabend in den Rittersälen, Ritterstr. 75, statt. Vortrag des Genossen Dr. Grumach über: „Körperkultur und Körperpflege“.

Die neunte Abteilung hält ihren Zahlabend im Gewerkschaftshause, Saal I, ab. Vortrag des Genossen Julius Hildebrandt über: „Reichstag, Reichskanzler und die Parteien“. Der Vorstand.

Vierter Kreis. Am Sonntag, den 17. d. M., abends 7 Uhr, findet im Lokal von Mörner (früher Keller), Koppenstr. 29, eine Versammlung statt, in der Landtagsabgeordneter, Genosse A. Hoffmann über: Der Krieg ist ein Hohn auf Gott! Auf das Christentum! Auf die Menschlichkeit! sprechen wird. 2. Diskussion. Nachdem: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Neukölln. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am 26. März statt. Tagesordnung! 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Aufstellung der Kandidaten für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. 3. Anträge. 4. Verschiedenes. Etwa noch zu stellende Anträge müssen bis zum 18. März in Händen des Vorstandes sein. Der Vorstand.

Steglitz-Friedenau. Am Freitag, den 15. März, findet im Gesellschaftshaus des Westens in Schöneberg, Hauptstr. 80/81, eine Theateraufführung von Rosenows vieraktiger Komödie: „Kater Lampe“ statt. Die Aufführung erfolgt durch bewährte Kräfte der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger. Der Eintritt beträgt 40 Pf. Jedem Besucher wird die vom Zentralbildungsausschuß herausgegebene literarische Einführung zu „Kater Lampe“ unentgeltlich verabfolgt. Die Karten sind in den Zahlabenden und am Theaterabend beim Kassierer zu haben. Der Bildungsausschuß.

Groß-Lichterfelde. Heute Dienstagabend 8 Uhr: Gemeinschaftlicher Zahlabend bei Wahrendorf, Bäkestr. 7. Der Vorstand.

Johannisthal. Der Zahlabend fällt am Mittwoch aus, dafür findet am 19. d. M. eine Mitgliederversammlung bei Otto Senftleben statt. Der Vorstand.

Adlershof. Morgen Mittwoch, den 13. März, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Bayer, Bismarckstr. 10: Oeffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die Sozialdemokratie im Gemeindeparlament. Referent: Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil. Der Zahlabend fällt aus.

Am Donnerstag, den 13. März, vormittags 10 Uhr, im Jugendheim, Bismarckstr. 11: Zahlmorgen.

Alt-Glienicke. Am Mittwoch, den 13. März cr., abends 8½ Uhr pünktlich, im Lokale des Genossen Petermann, Rudower Straße 64: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vereinsangelegenheiten — Verschiedenes. Der Vorstand.

Pankow. Der Bildungsausschuß beabsichtigt für die Genossen, denen daran gelegen ist, Kenntnisse in der englischen Sprache zu erlangen, einen englischen Sprachkursus einzurichten. Wer daran teilnehmen will, wird zum Donnerstag, den 14. März, abends 8½ Uhr, nach dem Restaurant „Roland“, Wollankstr. 113, zu einer Zusammenkunft eingeladen. Willkommen sind hierzu auch die Niederschönhauser Genossen.

Am Sonnabend, den 16. März, abends 8½ Uhr, findet im „Restaurant zum Kurfürsten“, Berliner Str. 102, der vom Bildungsausschuß veranstaltete Theaterabend statt. Zur Aufführung gelangt: „Der rote Leutnant“. Nach der Vorstellung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz. Billetts a 30 Pf. sind bei den Gruppenführern und in der Vorwärtsspedition, Mühlenstr. 30, zu haben.

Eichwalde. Der Zahlabend findet morgen Mittwoch, den 13. d. M., abends 8½ Uhr, beim Genossen Witte statt.

Tegel. Heute Dienstag, abends 8½ Uhr, in Trapps Festsälen (Gamm), Bahnhofstr. 1: Oeffentliche Versammlung.

Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Abend am Bahnhof.

Der Märzabend will verflattern. Schon klimmen die Schatten der Nacht die Riesenwände der Mietkasernen empor, und das Zwielicht spinnt seine Dämmerschleier um das gewaltige Halbrund der langgestreckten Bahnhofshalle. Die engen Schächte der Straßen lassen nur schmale Linien des von flammender Abendglut übergossenen Himmels frei. Aber dieses Glühen spiegelt sich doch in zahllosen Fensterscheiben und wirft einen roten Schein um die Gruppen der Kinder, die laut und lärmend auf dem Asphalt der Dämme dem Kreisel- und Murmelspiel obliegen.

Aus dem Halbdunkel des Bahnhofsausganges schiebt sich ein breiter Menschenstrom. Scheu und zögernd quillt er heraus. Nicht Großstädter sind's. Die Frauen tragen weiße oder bunte Kopftücher. Ihre Füße, die bis über den Knöcheln unter den hochgeschürzten Röcken hervorlugen, stecken vielfach in Männerstiefeln. Die wettergebräunten Männer trotten hinter ihnen her. Sie sind womöglich noch scheuer und stummer als die Frauen. Aber eins haben sie alle gemeinsam: die großen staunenden Augen, die verwundert auf das Großstadtgetriebe hinausstarren.

Sachsengänger sind es. Die Zeit ist wieder einmal gekommen, da der Osten seine Arbeitskräfte dem Westen leiht. Die Riesenstadt ist diesen Leuten nur eine Station mit längerem Aufenthalt. Gerade so viel Zeit ist ihnen gegeben, daß sie einen kurzen Blick hinaustun können auf die Buntheit des Großstadtlebens, auf Riesenhäuser und Straßentrubel. Und sie nutzen die Gelegenheit mit gierigen Augen. In die Straßenzüge hinein wagen sie sich nicht recht. Sie halten sich immer im Gesichtskreis des Bahnhofbaues, wo ein paar Burschen, die die Großstadt bereits kennen, bei dem Gepäck Wacht halten.

Aber allmählich weicht die Scheu. Die Auslagen der Geschäfte locken die Frauen an. Ein Schwatzen beginnt in breiten, fremdklingenden Dialekten. Auch das Interesse der Männer wird vor dem einen oder anderen Schaufenster erregt. Allein diese Besichtigung währt nicht lange. Schon sind die großen Bogenlampen der Bahnhofshalle aufgeflammt. Die Abfahrtszeit des Zuges, der die aus dem Osten Kommenden nach dem Westen befördern soll, rückt näher und näher. Mit verminderter Scheu wird der Rückweg angetreten. Nur beim Passieren des Straßendammes flattert noch einmal eine ängstliche Zaghaftigkeit in den Frauenaugen auf. Doch die ist sofort verschwunden, wenn die Lippen mit dem Erzählen beginnen von all den Herrlichkeiten, die die Augen geschaut haben. Und wie der Zug dieser Großstadtfremdlinge aus der Bahnhofspforte herausgequollen, quillt er nun wieder in sie hinein . . .

Draußen ist es Nacht geworden. Die grellen Farben des Abendhimmels sind erloschen. Laternen werfen gelbliche Lichter. Die Bahnhofshalle hebt sich wie ein riesiges schwarzes Ungetüm aus dem nächtlichen Dunkel. Schwarz und drohend recken auch die Mietkasernen ihre hohen Mauern. Das laute Lärmen der Kinder ist verstummt. Nur das Summen und Tuten der Automobile quirlt durch die Stille. Pferdehufe klacken taktmäßig auf dem Asphalt der Straße. Und oben aus der Bahnhofshalle gellt ein schriller, langgezogener Pfiff. Der Zug, der die Sachsengänger nach den Gefilden des Westens befördern will, hat sich in Bewegung gesetzt . . .

Der Oberbürgermeister Kirschner hat sich gestern in einer Konferenz bereit erklärt, die Amtsgeschäfte noch weiter zu führen. Es besteht danach die Hoffnung, daß er sein Rücktrittsgesuch noch längere Zeit hinausschiebt.

Erlöse uns von dem Uebel!

Ein Lehrer schreibt uns für viele: „Sprache, schön und wunderbar! Ach, wie klingest du so klar! Will noch tiefer mich vertiefen in den Reichtum, in die Pracht,“ so sang einst Max von Schenkendorf in seinem tiefempfundenen Gedicht „Muttersprache“ und so fühlen wir noch heute und, woll's Gott, noch recht lange unsers deutschen Volkes Kinder und Kindeskinder. Was einst der Dichter gelobte, das führen wir heute praktisch aus in unsern Schulen: wir vertiefen uns in unsere schöne Muttersprache in den Deutschstunden. Die behördlichen Bestimmungen für Berliner Verhältnisse fordern nun, daß die sprachlichen Uebungen und Belehrungen sich anlehnen sollen an ein Sprachbuch, das den Stoff auf Jahrgänge verteilt. In einem Teile der Berliner Volksschulen ist als Uebungsbuch das von Uebel vorgeschriebene. Da dieses Buch auch noch an andern Schulen im Gebrauch ist, so werden von demselben jährlich rund 100 000 Exemplare abgesetzt. Hierdurch kann der Einfluß bemessen werden, den diese Bücher auf die deutsche Jugend auszuüben in der Lage sind. Man könnte nun annehmen, daß es sich bei diesem Sprachbuche um ein Meisterwerk deutscher Sprache handelt. Weit gefehlt. Im Verein mit seiner methodischen Qualität ist es ein Buch, von dem die Lehrer, die es benutzen müssen, verzweifelt ausrufen: Erlöse uns von dem Uebel! Dieser Wunsch ist nicht etwa einmal ausgesprochen worden, nein, schon oft und an den verschiedensten Stellen. Die pädagogische und die Tagespresse haben es einmütig verurteilt. Aber trotzdem bleibt es zur Qual der Lehrer und zum Unsegen der Kinder, und aus der Verballhornisierung unserer Muttersprache zieht der Verfasser unter behördlichem Schutz eine schöne Rente.

Man fragt sich, wie war es möglich, daß ein solches Buch zur Benutzung für die Schulkinder genehmigt werden konnte, und wie ist es möglich, daß es nach der vernichtenden Kritik nicht endlich von der Bildfläche verschwand? Wir leben doch heute in der Zeit des Kampfes gegen jede Art von Schundliteratur und der Schundliteratur ist das Sprachbuch zuzurechnen, so fleißig es auch sonst bearbeitet worden sein mag. Für unsere Kinder, die erst richtig deutsch sprechen lernen sollen, ist für diesen Zweck nur das beste gerade gut genug. Von einem Sprachbuche muß man verlangen, daß es eine mustergültige Sprache biete, soll es das Sprachgefühl bilden und fördern. Wie lächerlich aber die Sprache des Uebungsbuches wirkt, mögen folgende Stilproben zeigen:

In einem Briefe schreibt ein 12jähriger Knabe folgendermaßen: „Du erinnerst Dich aus unserm Gespräch bei meinem letzten Besuche, wie sehr ich mich an meinen schönen Tauben erfreue. Nun aber hat sich kürzlich ein Stößer (Habicht) an meinen Lieblingen versündigt (!) und mir gerade den schönsten ziegelroten Kragentäuber erwürgt. — Nicht nur der Schaden schmerzt mich, sondern vielmehr die Vorstellung, daß der liebe zahme Kerl sein sanftes Leben in den Klauen eines solches Strauchdiebes verbluten mußte.“ Ein Aufsatz über das Reiterstandbild Friedrichs des Großen beginnt folgendermaßen: „Am östlichen Ende der großartigen Triumphstraße „Unter den Linden“ wendet das Erzbild Friedrichs des Einzigen sein Antlitz gen Sonnenaufgang. Der Blick ist seitwärts auf das Universitätsgebäude gerichtet.“

Wie schwülstig hört sich folgendes an: „Ist der Berliner des großstädtischen Getümmels überdrüssig, so fährt er auch gern in die norwegischen Alpen. Dort brauchst Du gar nicht des Landes kundig oder seiner Sprache in besonderem Grade mächtig zu sein. Denn die genußreichsten Strecken führen die großartigen Flußtäler und an der Westküste entlang, und in Städten, größeren Gasthäusern und auf Dampfschiffen bedarf der Deutsche dort selten der norwegischen Sprache zur Verständigung usw.“

Die Zeit, dieses Buch fallen zu lassen, ist günstig, da mit der Revision des Lehrplanes sich auch eine Revision der Lehr- und Lernbücher verbinden muß. Die Uebelschen Sprachbücher haben außer dem gerügten Fehler einer schwülstigen Sprache auch methodische und sogar sachliche Fehler und sie sind so unübersichtlich in der Anlage, daß es wirklich ein Verdienst wäre, wenn sie verschwinden würden.

Erlöse uns von dem Uebel!“

Die Gesangsvorträge der 2000 Kinder Berliner Gemeindeschulen hatten auch am letzten Sonntagmittag wieder ein vieltausendköpfiges Publikum nach dem Zirkus Busch gelockt. Wohl selten ist der Zirkus so dicht von Zuhörern besetzt gewesen, wie das aus Anlaß der Gesangsvorführungen der Fall war. Selbst in der Manege war Stuhl an Stuhl gereiht und nirgends sonst war ein freies Plätzchen zu erblicken. Es lohnt sich auch, den gesanglichen Vorträgen der Kinder zuzuhören. Wer Freund eines guten Gesanges ist, wird seine helle Freude erleben, wenn er sich die Zeit nimmt, den Vorführungen beizuwohnen. Zwar ist der Text des Kaisergrußes geradezu abscheulich und widerlich; man wird aber durch andere bessere Lieder dafür voll entschädigt. Mit Beifall wurde nicht gekargt und unsere kleinen Sänger und Sängerinnen mußten manche Piece ein zweites Mal zum besten geben. An den beiden kommenden Sonntagen werden die Vorträge wiederholt.

Der knabenfreundliche Sittlichkeitsapostel, Pastor a. D. von Hennigs vom Evangelischen Verein zur Hebung der Sittlichkeit, soll schleunigst als geisteskrank hingestellt und damit der strafrechtlichen Verantwortung für seine Verfehlungen entzogen werden. In Moabiter kirchlichen Kreisen wird mit einem Male diese Version verbreitet, um den unbequemen Mitapostel von den Rockschößen abzuschütteln. Natürlich, das war vorauszusehen. Derartige Leute sind immer geisteskrank, sobald sie der Staatsanwalt unter die Lupe nimmt.

Der Termin zur Hauptverhandlung in Sachen der Methylalkohol-Vergiftungen ist nunmehr auf den 20. d. M. und folgende Tage anberaumt worden. Die Anklage richtet sich gegen vier Personen und zwar: 1. Den Drogist Julius Scharmach aus Charlottenburg, 2. den Reisenden und Essenzenfabrikanten Karl Zastrow aus Charlottenburg, 3. den Reisenden Bruno Meyen aus Berlin und 4. den Reisenden Wilhelm Nomerski. Die Angeklagten werden des gemeinschaftlichen vollendeten und versuchten Betruges beschuldigt, ferner ist Scharmach angeklagt: vorsätzlich Gegenstände, welche bestimmt sind, anderen als Genußmittel zu dienen, derart hergestellt zu haben, daß der Genuß derselben die menschliche Gesundheit zu beschädigen geeignet ist und durch diese Handlung eine schwere Körperverletzung, Verlust des Sehvermögens von mindestens fünf und den Tod von 89 Menschen verursacht zu haben. Den Mitangeklagten wird fahrlässiges Verkaufen gesundheitsschädlicher Genußmittel zum Vorwurf gemacht. Da 17 medizinische und chemische Sachverständige und etwa 60 Zeugen vorgeladen sind, wird die Verhandlung eine volle Woche in Anspruch nehmen.

Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich gestern auf der Friedrichsbrücke. Als eine Kraftdroschke über die Brücke gefahren kam, versagte plötzlich die Steuerung und das Automobil fuhr, ehe es der Führer zum Halten bringen konnte, auf den Bürgersteig. Hier überfuhr es den Metallarbeiter Hermann Schmidt aus der Knobelsdorffstraße 89 zu Charlottenburg und verletzte den 14 Jahre alten Sohn Schmidts, der mit seinem Vater spazieren ging. Schmidt selbst erlitt dabei so schwere innere Verletzungen, daß er nach dem St. Hedwig-Krankenhause gebracht werden mußte. Hier starb er bald nach seiner Einlieferung an den Folgen der Verletzungen. Sein Sohn, der mit Hautabschürfungen davon kam, konnte die elterliche Wohnung aufsuchen.

Eine kurze Betriebsstörung trat gestern nachmittag 8¼ Uhr auf der Hoch- und Untergrundbahn ein. Sie wurde dadurch verursacht, daß infolge eines Maschinendefekts in dem Kraftwerk die Leitungen stromlos wurden. Während auf der Oststrecke die Störung nur 8 Minuten andauerte, blieben die Wagenzüge auf der Weststrecke über 10 Minuten liegen. Von ¼4 Uhr an war der Betrieb wieder regelmäßig.

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich am Sonntag, den 10. März, nachmittags zwischen Französisch-Buchholz und Schönerlinde beim Kilometerstein 13,2. Vier dem Arbeiterstande angehörende Personen machten eine Vergnügungsfahrt mit dem Droschkenauto IA 8823. Aus bisher noch nicht festgestelltem Grunde verlor der Chauffeur plötzlich die Gewalt über den Wagen und fuhr mit voller Gewalt, indem er einen Baum streifte, gegen einen Baum. Die Wucht war derartig, daß sämtliche Insassen, bis auf den Chauffeur, der durch das Steuerrad zurückgehalten wurde, durch die Karosserie aus dem Auto geschleudert wurden und 3 davon mit zerschlagenen Köpfen in schwer verletztem Zustande liegen blieben. Das Auto wurde durch den äußerst heftigen Anprall vollständig demoliert. Als ein Wunder ist es zu betrachten, daß der Chauffeur sowie der vierte Fahrgast mit heiler Haut davon gekommen sind. Die vorbeifahrende 7. Abteilung des Radfahrerbundes „Solidarität“, Ortsgruppe Berlin, sorgte für die zunächst notwendige Hilfe und die bei der Truppe befindlichen Samariter legten auf Anordnung des inzwischen von einem Privatauto herbeigeholten Arztes Dr. Gröber die ersten Notverbände an. Hierauf brachten die Samariter in einem in bereitwilligster Weise zur Verfügung gestellten Privatauto die Verletzten nach dem **Pankower Krankenhaus.** Während nun der eine, dessen linke Gesichtsseite vollständig zerschnitten und zerfleischt ist, auf seinen Wunsch hin nach Hause entlassen wurde, mußten die anderen beiden, deren Verletzungen allem Anscheine nach sehr schwerer Art sind, im Krankenhaus bleiben.

Löscharbeit mußte am Sonntag eine Anzahl Ausflügler verrichten, die nach Tegel und Heiligensee gepilgert waren. In Heiligensee war ein Gebäude in Brand geraten und wegen der drohenden Gefahr, die das Feuer bei dem starken Winde hatte, wurden alle vorübergehenden Personen zur Hilfeleistung angehalten. Wie man uns mitteilt, wurde ein junger Mann, der sich infolge seines leidenden Zustandes geweigert hatte, den von ihm geforderten Dienst an der Spritze zu leisten, von einem Polizeibeamten in rigoroser Weise festgenommen und forttransportiert. Die ganze Art des Transports löste beim Publikum lebhafte Entrüstung aus. Ein Ausflügler, der über dieses Vorgehen Beschwerde erhob, wurde gleichfalls festgenommen und längere Zeit im Spritzenhause festgehalten, trotzdem er sich legitimierte. Vielleicht nimmt die Tegeler Ortsbehörde Veranlassung, den Beamten, der diesen Dienst verrichtete, einmal zur Rechenschaft zu ziehen.

Panik bei einem Brande. Mehrere Personen schwebten in Lebensgefahr bei einem Brande, der Sonntag früh kurz nach 3 Uhr in der Kl. Markusstr. 4a, im Osten Berlins, zum Ausbruch kam. Das Feuer entstand im Keller des Quergebäudes und erfaßte Kisten und Hölzer. Da der Keller in direkter Verbindung mit dem Treppenhaus steht, so wurden die Treppen in kurzer Zeit vollständig verqualmt. Als die zahlreichen Mieter durch die Feuerrufe aus dem Schlaf geschreckt wurden, war ein Passieren der Treppen nicht mehr möglich. Die geängstigten und stark bedrängten Leute rissen die Fenster ihrer Wohnungen auf und schrien laut um Hilfe, als die Feuerwehr ankam. Aus dem zweiten und dritten Stockwerk wurden vier Kinder mit Fangleinen ins Freie geschafft. Die Feuerwehrleute drangen über drei Hakenleitergänge in die einzelnen Wohnungen vor und beruhigten die Mieter. Außer den vier Kindern mußten noch drei Männer und eine Frau über Leitern in Sicherheit gebracht werden. Alle acht Personen erholten sich bald wieder von der Aufregung und konnten später nach Ablöschung des Brandes in ihren Wohnungen verbleiben. Die Löscharbeiten waren kurz nach 5 Uhr beendet. Der Keller ist größtenteils ausgebrannt, doch konnte die Ursache des Feuers nicht ermittelt werden. — Gestern mittag wurde die Wehr nach der Manteuffelstr. 85 gerufen, wo gleichfalls in einem Keller Feuer ausgebrochen war. Es brannten Tapeten, Lumpen und Petroleum an zwei verschiedenen Stellen, so daß Brandstiftung angenommen wird. Die Kriminalpolizei hat die Nachforschungen eingeleitet, aber bisher den Brandstifter noch nicht ermitteln können. — Im Königlichen Schloß geriet fast gleichzeitig der Inhalt eines Müllkastens in Brand. Die ständige Schloßfeuerwache griff sofort ein und beseitigte die Gefahr in kurzer Zeit.

Das Fußballspiel

ist nunmehr ebenfalls von den Arbeiterturnvereinen Groß-Berlins übernommen worden, nachdem der Deutsche Fußballbund durch seinen korporativen Beitritt zum „Jung-Deutschland-Bund“ das Tischtuch zwischen sich und der Arbeiterschaft zerschnitten hat. Am letzten Sonntag fand zum erstenmal ein Fußball-Wettspiel zweier kombinierter Mannschaften der Arbeiterturnvereine Groß-Berlins statt, das eine recht stattliche Zuschauermenge, etwa 600 bis 700 Personen, angelockt hatte, die mit großer Aufmerksamkeit dem spannenden, wechselvollen Spiel folgten. Wer da geglaubt hatte, nur ein Spiel von Anfängern vorgeführt zu bekommen, wurde durch das flotte und sichere Spiel bald eines besseren belehrt. Mit dem Beifall wurde denn auch nicht gekargt, besonders, wenn durch gutes Zusammenspiel und rasche Läufe mit einem gutgezielten Stoß ein Tor geholt werden konnte. In der ersten Spielhälfte gewann die Nordgruppe drei Tore, die Südgruppe eins. Nach dem Wechsel gelang es jedoch der Südgruppe, den vollen Erfolg auf ihre Seite zu bringen und drei Tore zu holen, so daß das Endresultat mit Südgruppe 4 zu Nordgruppe drei Tore bekanntgegeben werden konnte. Trotz der etwas kühlen Witterung hielten die Zuschauer, die von den Terrassen das Spiel überall gut beobachten konnten, bis zur Beendigung des über 1¾ Stunden währenden Spieles aus. Mit einem dreifachen „Frei-Heil“ — statt des bei den Jung-Deutschlandbündlern vielfach üblichen Kampfes um Wertgegenstände — endete das Spiel. Dem Fußballspiel folgte noch ein interessantes Schlagballspiel, das in der nun kommenden wärmeren Jahreszeit an die Stelle des Fußballspieles treten wird.

Die Kinderschutzkommission hält am Donnerstag, den 14. d. M., abends 8 Uhr, im Lokal von Borgmann, Andreasstr. 21, eine Versammlung für alle Funktionäre ab, in der Genosse K. Freter ein Referat über „Kinderschutz und Jugendfürsorge“ halten wird. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Ein Kongreß der deutschen Arbeiterstenographen findet am 7. und 8. April in Berlin, Gewerkschaftshaus, Saal 4, statt. Es ist dies die erste derartige Veranstaltung, an der die Arbeiterstenographen aller Systeme teilnehmen. Alle selbständigen Organisationen der deutschen Arbeiterstenographen, von denen zwei auch an den vorhergehenden Tagen ihre Bundesversammlungen hier abhalten, werden auf dem Kongreß durch zahlreiche Delegierte aus allen Gegenden Deutschlands vertreten sein.

Holz für Kartoffelschalen. Das Berliner Straßenbild ist um eine neue Erscheinung reicher. Ein spekulativer Händler ist auf die Idee gekommen, Holz gegen Kartoffelschalen und Brotreste, die zur Viehfütterung Verwendung finden, einzutauschen. Sobald auf den Höfen der Ruf „Kartoffelschalen" ertönt, kommen die Hausfrauen zu Dutzenden, um ohne Kosten ebensoviel Kleinholz zu erhalten, als der Eimer Kartoffelschalen faßt. Bisher warfen die meisten Hausfrauen diese Küchenabfälle achtlos in den Müllkasten. In Charlottenburg werden bekanntlich diese Küchenabfälle seit mehreren Jahren auf Grund einer Polizeiverordnung gesammelt und verwertet. Für Berlin besteht zu einer ähnlichen Einrichtung, die sich hier auch kaum durchführen lassen würde, keine Neigung.

Verloren hat ein Hauskassierer am Sonntag auf dem Wege von der Forst- bis zur Herderstraße ein Buch mit Markenmaterial des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe bei Krüger, Steglitz, Herderstr. 7, oder Berlin, Engelufer 15, abzugeben.

Am Sonnabend, den 9. März, ist im Gewerkschaftshaus, Saal I, auf dem Stiftungsfest der Zuschneider ein goldenes Armband verloren gegangen. Abzugeben bei Becker, Lübbener Str. 1 III.

Zeugengesuch. Personen, welche gesehen haben, wie am Sonntag, den 10. März, in der Brandenburgstraße ein junger Mensch von einer Autodroschke überfahren wurde, insbesondere diejenigen, die eine Droschke holten, um den Ueberfahrenen nach der Unfallstation zu bringen, werden um Abgabe ihrer Adressen an Otto Hackert, Gartenstraße 74, Portal II, 4 Treppen, gebeten.

Ein zweites Berliner Sechstagerennen soll in der zweiten Hälfte dieses Monats abermals im „Sportpalast" bestimmt stattfinden. Na, wenn das man keine Unternehmerpleite wird! Selbst in Radsportkreisen zeigt man sich für die doppelte Courage wenig begeistert, auch wenn es gelingen sollte, ein hervorragendes Fahrermaterial zusammenzubringen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ausdehnung der Schulzahnpflege in Charlottenburg. Seit einem Jahre sind für Kinder im sogenannten vorschulpflichtigem Alter, d. h. für solche, die mit Vollendung des ersten Lebensjahres aus den Säuglingsfürsorgestellen entlassen, aber noch nicht schulpflichtig (sechs Jahre alt) sind, Sprechstunden in den städtischen Säuglingsfürsorgestellen eingerichtet, wo die Mütter usw. unentgeltlichen ärztlichen Rat für ihre Kinder erhielten. Nunmehr hat der Magistrat beschlossen, auch den Wirkungskreis der städtischen Schulzahnklinik auf diese Kinder auszudehnen, da sich die zahnärztliche Behandlung dieser Kinder nach ärztlichen Gutachten als notwendig herausgestellt hat. Die Behandlung erfolgt in der städtischen Schulzahnklinik ebenso unentgeltlich, wie die der Schulkinder.

Ein schwerer Straßenbahnunfall, bei dem ein junger Mann seinen Tod fand, hat sich gestern nachmittag in der Berliner Straße zugetragen. An der Kreuzung der Leibnizstraße wurde dort der 27 Jahre alte Mörtelkutscher Hermann Bollwig aus Moabit, der bei den Vereinigten Berliner Mörtelwerken am Salzufer 23 beschäftigt war, von einem Straßenbahnwagen der Linie Q erfaßt und zu Boden geschleudert. Der Verunglückte geriet unter den Vorderperron des Straßenbahnwagens und erlitt neben einer schweren Kopfverletzung auch einen Wirbelsäulenbruch, so daß der Tod wenige Minuten später eintrat. Die Leiche wurde zunächst nach der Unfallstation in der Berliner Straße und von dort nach dem Charlottenburger Schauhaus gebracht. Die Schuldfrage bedarf noch der Aufklärung. Der Unfall geschah, als Bollwig über den Damm nach seinem auf der entgegengesetzten Seite haltenden Fuhrwerk laufen wollten.

Beim Baden ertrunken ist am Montagabend der Bäckerlehrling Wilhelm Bergauer. Der Ertrunkene, der bei einem Bäckermeister in der Krummestr. 42 in der Lehre stand, badete in der Volksbadeanstalt Krummestr. 10. Im Bassin befiel ihn plötzlich ein epileptischer Anfall und er ging unter. Trotzdem der Unfall sofort bemerkt wurde und man den Körper des erst 16 Jahre alten jungen Mannes auch kurze Zeit darauf aus dem Wasser bergen konnte, hatten die Wiederbelebungsversuche, die auf der Unfallstation eine Stunde lang vorgenommen wurden, leider keinen Erfolg mehr.

Tempelhof.

Nachdem die Bestrebungen, den Zuschlag zur Staatseinkommensteuer auf 110 Proz. zu erhöhen, in Berlin und den größeren Vororten abgeflaut sind, hat auch die hiesige Gemeindevertretung die Gemeindeeinkommensteuer auf 100 Proz. festgesetzt. — Bei der darauf folgenden Feststellung des Voranschlages für 1912 war es ausschließlich die sozialdemokratische Fraktion, die Anregungen auf Verbesserungen vorbrachte. Sie wünschte die Einführung des Handfertigkeitsunterrichtes in der Volksschule, die Errichtung einer Kochschule, sowie die Benutzung der Badeanstalt. Was nutzt auch eine Badeanstalt, wenn sie nicht in Gebrauch genommen werden darf? Ein Bericht über die Tätigkeit des Schularztes ist noch nicht gegeben worden. — Eine obligatorische Fortbildungsschule, die die Verwaltung immer wieder hinausschob, soll im Laufe dieses Jahres eingerichtet werden. Es wird mit 9 bis 10 Fachklassen gerechnet. — Bei dem neuerbauten Realgymnasium sind ganze Dachteile aufgedeckt worden. Die ausführende Firma soll angeblich keine Schuld treffen. — Während für dieses Realgymnasium Hunderttausende von Mark hergegeben werden, hat man für das Armenhaus nichts übrig. Genosse Schmidt gab ein Bild, wie dort die armen Leute wohnen. Kellerwohnungen sind ihnen angewiesen, wo in den Fußböden die Ratten genistet haben. Die Tapeten hängen in Fetzen an den Wänden. Zudem würden alte Leute mit 6, 10 und 12 M. pro Monat abgespeist. In der fatalen Lage, nichts ableugnen zu können, versteckten sich die Herren hinter den Armenpflegern. Zugeben mußte allerdings der Vorsitzende der Armenkommission, daß er sich dieses Armenhaus noch nicht einmal von draußen betrachtet habe. Zur Linderung der bestehenden Teuerung würden von dem Armenpfleger an bedürftige und kinderreiche Familien Bons zum Kauf von Kartoffeln ausgegeben. Diese seien in vielen Fällen ohne Grund zurückgewiesen worden. Die irrige Meinung, daß dieses als Armenunterstützung aufzufassen sei, ist durch die Aussprache in der Vertretung widerlegt worden.

Friedenau.

Aus dem Fenster ihres im ersten Stock gelegenen Schlafzimmers gestürzt hat sich das bei dem Rentier Froese, Saarstr. 4, bedienstete 17 Jahre alte Dienstmädchen Frida Böhm. Wie man uns mitteilt, soll das Mädchen infolge der von ihrer Dienstherrin ihr zuteil gewordenen Behandlung sich zu dem Verzweiflungsakt entschlossen haben. Um ½7 Uhr wurde das Mädchen mit einem starken Oberschenkel- sowie einem doppelten Kinnbruch unter dem Fenster ihres Zimmers aufgefunden.

Ober-Schöneweide.

Im Gegensatz zu den ernsthaften Bestrebungen der proletarischen Jugendbewegung versucht man in den sogenannten staatserhaltenden Kreisen mit Mitteln an die Jugend dieser Schichten heranzukommen, welche bei jedem vernünftig denkenden Menschen Abscheu erregen müssen. So unternimmt der am hiesigen Orte bestehende „Ruderverein Jungdeutschland" Ruderfahrten, um mit Zielmunition Kriegsspiele zu veranstalten. Das hiesige Ortsblatt bringt fortgesetzt Berichte über diese Betätigung der jungen Leute, deren Treiben von einflußreichen Personen unter Assistenz von hohen Militärs treibhausartig gefördert wird. Haben alle diese Leute wirklich nichts Besseres zu tun? Uebrigens scheint keine Behörde auch hier politische Betätigung herausfinden.

Friedrichsfelde.

Der Etat für 1912 bildete den wichtigsten Beratungsgegenstand der letzten Gemeindevertretersitzung. Vorher wurden u. a. vier Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerlisten erledigt; drei davon wurden als begründet anerkannt.

Der Etat, der in unglaublich kurzer Zeit durch „beraten" wurde, weist als Schlußsumme 2 658 283 M. aus, das sind gegenüber dem Vorjahre 556 127 M. mehr. Die wichtigsten Einnahmeposten sind die Steuererträgnisse. Sie sollen bringen — die vorjährigen Ansätze in Klammern —: Umsatzsteuer 60 000 (60 000); Wertzuwachssteuer 25 000 (25 000); Hundesteuer 14 000 (13 000); Brau- und Biersteuer 13 000 (13 500); 120 Proz. Gemeindeeinkommensteuer 806 000 (240 000); Grundsteuer zusammen 371 800 (340 600); Gewerbesteuer 35 371 (34 836), mithin Steuern insgesamt 827 600 (729 300). Davon sind an die Kreiskommunalkasse abzuführen 96 362 (73 523). An sonstigen Einnahmen werden erwartet 500 564 (425 551). Von den Ausgabeposten seien hervorgehoben: Kapital- und Schuldenverwaltung 428 204 (357 627); Allgemeine Verwaltung 165 000 (161 200); Polizeiverwaltung 64 600 (60 784); Realprogymnasium 20 900; Gehobene Mädchenschule 40 000; Volksschulen 249 800 (241 708); Armenverwaltung 53 951 (48 768). Der Vermögensstand der Gemeinde ist 11 170 953 M.; hiervon 6 291 563 M. Schulden in Abzug gebracht, verbleiben 4 879 390 M., das sind gegen das Vorjahr 373 836 M. mehr. In seiner Einführungsrede betonte der Bürgermeister, welche große Mühe es gekostet habe, den Etat ins Gleichgewicht zu bringen, ohne die Steuern heraufzusetzen. Deshalb habe man auch noch nicht zu einer wirklich gesunden Grundlage der gemeindlichen Finanzgebarung kommen können. Erfreulich sei der zu erwartende Mehrertrag an Steuern und er glaube diesen Umstand vorwiegend auf den Ausbau der Treskow-Allee zurückführen zu dürfen, was sich auch aus den Steuerlisten nachweisen lasse. Er wies dann auf die großen Aufgaben hin, vor die sich die Gemeinde gestellt sehe, und wozu aus einer großen neu aufzunehmenden Anleihe namhafte Summen bereitgestellt werden mußten. So werden unter anderem gefordert: 175 000 M. zur Errichtung der höheren Schulen; 200 000 M. zur Errichtung einer Gasanstalt usw. Namentlich die Errichtung höherer Schulen halte er für eine Lebensfrage der Gemeinde. Schließlich drückte er sein Bedauern aus, daß sich die Etat- und Rechnungskommission nicht habe entschließen können, den Wünschen der mittleren und unteren Beamten sowie der Techniker nach Gehaltserhöhung zu entsprechen. Bei einigem guten Willen würde sich auch noch für die erforderlichen zirka 23 000 M. Deckung haben finden lassen, dann wären diese Beamtenkategorien wenigstens nicht schlechter gestellt als die übrigen und die Lehrer, ja sogar als die Arbeiter, denen man schon längst den Durchschnittssatz von Groß-Berlin zugebilligt habe. Er müsse beklagen, daß ihm die besten Arbeitskräfte weggingen und die weniger leistungsfähigen verblieben — ein Urteil, das uns nicht besonders schmeichelhaft dünkt. In der Debatte wurde hervorgehoben, daß die Finanzlage, die ohnehin keine gesunde sei, eine Erhöhung der Beamtengehälter leider nicht gestatte, so berechtigt der Wunsch danach sein möge. Es sei vielmehr mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß im nächsten Jahre eine Steuererhöhung unvermeidlich sein werde. Beim Schuletat machte Genosse Oehlert den leider vergeblichen Versuch einige Verbesserungen durchzusetzen. Die Gehaltserhöhung der Beamten, die man, schon in Rücksicht auf die zahlreich anwesenden Zuhörer aus diesen Kreisen, gern auf irgend eine Art möglich gemacht hätte, wurde schließlich vertagt, weil man sich doch vor allzu gewagten Finanzkunststückchen scheute. Einen peinlichen Eindruck machte es, daß in der Diskussion ein überaus schroffer Gegensatz zwischen dem Bürgermeister und dem Beigeordneten in die Erscheinung trat.

Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. Ein Antrag des Gemeindevorstehers, für den katholischen Religionsunterricht am Realgymnasium dem Kuratus Fiedler jährlich 200 M. als Entschädigung zu bewilligen, wurde, nachdem Genosse Barth und einige Bürgerliche gegen den Antrag gesprochen hatten, mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Verpachtung der Kurparkwirtschaft ist infolge Anlegung von Gas und Wasser neu ausgeschrieben worden. Gegen eine jährliche Pacht von 500 M. erhält der Gastwirt Schlicke (früher Eiskeller) den Zuschlag auf drei Jahre. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war die Gründung des Freibads Müggelsee G. m. b. H. Bürgermeister Stiller teilt hierzu mit, daß es nach langem Bemühen endlich gelungen sei, für das Freibad die Genehmigung zu erhalten. Berlin habe seinen Einspruch teilweise zurückgezogen, indem es erklärte, wenn das Freibad in genügender Entfernung von den Wasserwerken errichtet würde, es keine Bedenken gegen dieses habe. Das Freibad soll nunmehr zwischen der Bade- und Hechtbrücke unterhalb der Försterei errichtet werden. Die notwendigen Baulichkeiten werden aus Holz angefertigt, und das ganze soll mit einem Drahtzaun umfriedigt sein. Als Hauptträger kommen die am Müggelsee gelegenen Gemeinden Friedrichshagen und Rahnsdorf in Betracht, welche sich mit je 30 000 M. daran beteiligen. Im weiteren hat die Freibadvereinigung und der Kreis Niederbarnim seine Beteiligung zugesagt. Das Bad soll ein gemeinnütziges Unternehmen sein; es werden die Eintrittspreise etwa 5—10 Pf. betragen, so daß nur die Unkosten gedeckt werden. Genosse Mieke bedauerte, daß durch den Einspruch der Stadt Berlin das Freibad nicht in die Nähe Friedrichshagens, sondern ziemlich nach Rahnsdorf gekommen ist. Aus diesem Grunde müsse die Errichtung der Gemeindebadeanstalt aufs neue ins Auge gefaßt werden. Besonders ersuchte er, die Preise für Familien recht niedrig anzusetzen. Genosse Barth drückte seine Bedenken zu der Festsetzung des Vorsitzenden des Aufsichtsrats aus und bemerkt, wenn außerdem noch der Landrat im Aufsichtsrat vertreten ist, die Entwickelung des Freibades keine günstige sein werde. Man solle vor allem darauf bedacht sein, daß das Freibad auch ein Freibad bleibe. In den Aufsichtsrat wurden von der Gemeinde Friedrichshagen der Bürgermeister Stiller, Verordnete Hinze und Mieke gewählt. Der Aufnahme einer Anleihe von 60 000 M. für Stammeinlage wurde zugestimmt. Unter Mitteilungen gab der Bürgermeister bekannt, daß die Polizeiverordnung, welche den Besuch der Kinematographentheater für Kinder regeln sollte, von der zuständigen Behörde nicht genehmigt sei, da diese Angelegenheit durch eine Präsidialverordnung seine Erledigung finden wird.

Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Die reichhaltige Tagesordnung wurde kaum zur Hälfte erledigt. Vor Eintritt in die öffentlichen Verhandlungen wurde vom Genossen Pieper beantragt, die erste Nummer der geheimen Sitzung, welche den Verkauf eines großen Teiles Spandauer Forstgeländes betrifft, in öffentlicher Sitzung zu verhandeln. Der Genosse Pieck unterstützte diesen Antrag, indem er darauf hinwies, daß die Bürgerschaft von Spandau ein Recht habe, zu erfahren, was vorgehe. Die Mehrheit der Versammlung lehnte den Antrag ab. — Einen Hauptpunkt, über welchen eine stundenlange Debatte entstand, bildete die Vorlage betreffs Genehmigung des Pachtvertrages über das zu verpachtende Gut Wansdorf, welches man kürzlich für 2½ Millionen Mark zu Rieselzwecken angekauft und mit dem man vorläufig nicht weiß, was man anfangen soll, da die Genehmigung zur Berieselung erst nachgesucht werden soll. Man befürchtet, daß von der Aufsichtsbehörde sehr viele Schwierigkeiten gemacht werden und daß es noch fraglich sei, ob die Genehmigung zur Berieselung überhaupt erteilt wird. Magistrat und Deputation wollen das Gut auf 18 Jahre verpachten und haben einen entsprechenden Pachtvertrag ausgearbeitet und der Versammlung zur Genehmigung vorgelegt. Man hatte über diesen Vertrag zunächst eine allgemeine Besprechung, und in dieser zeigte sich, daß die Versammlung nicht geneigt zu sein schien, sich auf 18 Jahre die Hände zu binden und hinterher, wenn in etwa 5 Jahren die Berieselung eintreten sollte, mit großen Schadenersatzansprüchen zu rechnen. Unsere Genossen ließen durch den Genossen Pieper erklären, daß sie dem Pachtvertrag nicht zustimmen werden und empfahlen die Bewirtschaftung in eigene Regie durch Anstellung eines tüchtigen Wirtschaftsinspektors. Dieser Vorschlag fiel auf fruchtbaren Boden. Es gelangte nämlich ein Antrag des Stadtv. Schob zur Annahme, vorläufig die Bewirtschaftung des Gutes auf ein Jahr durch den jetzigen Wirtschaftsinspektor in eigene Regie zu übernehmen, die Ausschreibung der Verpachtung des Gutes aber doch vorzunehmen, und zwar derartig, daß die Verpachtung erst zum 1. Juli 1913 erfolge, und zwar auf 12 Jahre und auf 18 Jahre. Aus den eingegangenen Angeboten und aus dem Resultat der eigenen Bewirtschaftung könne man sich dann später immer noch schlüssig machen, ob man verpachten oder die Selbstbewirtschaftung beibehalten wolle. Interessant waren noch einige Angaben, welche der Stadtbaurat Gebensleben auf Anfrage gab, und zwar darüber, wie lange unser Klärverfahren noch ausreicht. Wie sich die Kosten des Kohleklärverfahrens gegen die Berieselung stellen und wieviel Kubikmeter geklärt werden. Er betonte, daß die Kläranlage an der Adamstraße, die erst kürzlich mit 120 000 M. Kosten erweitert wurde, noch etwa drei Jahre ausreiche, dann würde eine Erweiterung notwendig. Es bestehe dann noch eine Kläranlage auf dem Nonnendamm, welche aber erst von der Stadt für 250 000 M. erworben werden muß. Diese Anlage sei schon jetzt nicht mehr ausreichend und müsse erweitert werden. Die Erweiterung wird etwa 80 000 M. kosten. Mit dieser würde man dann bis zum Beginn der Berieselung, etwa 5 Jahre, auskommen. Dieses ganze Klärverfahren kostet etwa, wenn sich die Einwohnerzahl auf 110 000 Personen vermehrt hat, pro Kopf und Jahr 1,80 M. Gegenwärtig werden 3 400 000 Kubikmeter geklärt und bei Beginn der Berieselung werde man etwa 4 000 000 Kubikmeter zu klären haben. Eine Anrempelung des Oberbürgermeisters, daß die Sozialdemokraten durch ihren Antrag auf Selbstverwaltung die Sache leichtfertig betrieben, wurde von den Genossen Pieper und Pieck ganz energisch zurückgewiesen. — Bei der Vorlage, die anteiligen Kosten für Pflasterung und für einen Brunnen aus dem Reservefonds der Straßenbahn zu nehmen, welche Vorlage angenommen wurde, fragte der Stadtv. Tornow an, ob es wahr sei, daß die städtische Straßenbahn bei dem Zusammenbruch des Bäthgeschen Bankhauses 10 000 M. verloren hat? Der Oberbürgermeister bestätigte dies, erklärte aber, daß die Stadt durch eine Sicherungshypothek von 35 000 M. wahrscheinlich gedeckt sei. Auch der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Prages, der Nachlaßverwalter des Bäthgeschen Nachlasses ist, nahm zu dieser Sache das Wort, um zu erklären, daß in den Tresors des Bankhauses Bäthge, soweit er bis jetzt feststellen konnte, kein Manko vorhanden zu sein scheine. Die Erklärungen wurden abgegeben, um die Bürgerschaft zu beruhigen.

Tegel.

Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister. Der hiesige Bürgermeister Weigert ist am Sonnabend als Gemeinde- und Amtsvorsteher auf Grund einer Verfügung des Landratsamtes von Niederbarnim seiner Aemter enthoben und gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Nowawes.

Gemeindevertretersitzung. Der Pflasterkostenverteilungsplan für die verlängerte Luisenstraße, den zwischen Blücher- und Meistsstraße belegenen Teil der Zietenstraße, für die Klopstock- und die Reuterstraße fand in der von der Wegekommission empfohlenen Form Annahme. Für die verlängerte Luisenstraße betragen die Kosten, die bis zur Hälfte der Straßenbreite von den Anliegern zu tragen sind, 16 309,59 M. Die Pflasterung des neuen Teils der Zietenstraße erforderte 8942,78 M., die von den Anliegern voll zu erstatten sind. Die Kosten für die Klopstockstraße betragen 6491,54 M., für die Reuterstraße 24 558,66 M. Die Anlieger beider Straßen tragen 50 Proz., d. h. in der Klopstockstraße 18 184, in der Reuterstraße 20 568 M. pro laufenden Meter Straßenfront. — Der nächste Punkt betraf die Aenderung der Ortssatzung des Gewerbegerichts. Nach § 38 der Satzung erhalten die Beisitzer dieses Gerichts für jede Teilnahme an einer Spruchsitzung eine Entschädigung von 6 M. Die Beisitzer des Kaufmannsgerichts dagegen erhalten nach § 30 der Satzung für einen halben Tag 3 M. und wenn die Sitzung über einen halben Arbeitstag angedauert hat, 6 M. Auf Vorschlag der Finanzkommission beschloß die Vertretung, die Entschädigung für die Beisitzer der beiden Gerichte einheitlich zu regeln. Es erhalten die Beisitzer für jede Sitzung, welcher sie beigewohnt haben, als Entschädigung für Zeitversäumnis 6 M., wenn die Sitzung einen ganzen Arbeitstag in Anspruch genommen hat; die Hälfte dieses Betrages, wenn dieselbe nicht über einen halben Arbeitstag angedauert hat. Für die Tätigkeit der Beisitzer bei den Ausschußwahlen (§ 91, 3) sowie in den Fällen der §§ 92 und 93 wird eine Entschädigung für Zeitversäumnis nicht gezahlt. — Für das Droschkenfuhrwesen wurde die Aufstellung eines abgeänderten Tarifs beschlossen, der im wesentlichen dieselben Bestimmungen wie der in Klein-Glienicke erlassene enthält. — Den übrigen Teil der öffentlichen Sitzung nahm die Beratung des Gemeindeetats in Anspruch.

Der Seefischverkauf, den die Gemeinde dem Geschäftsinhaber Ziegener, Großbeerenstr. 31, übertragen hat, und der dort jeden Mittwoch von 3 Uhr nachmittags ab stattfindet, hat bis jetzt einen erheblichen Umsatz aufzuweisen. Verkauft wurden 5100 Pfund Kabeljau, 2650 Pfund Schollen und 980 Pfund Schellfisch, insgesamt also 17 550 Pfund.

Im Anschluß an den Fischverkauf werden durch den Genannten bis auf weiteres auch gute weiße Eßkartoffeln zum Preise von 4,85 M. pro Zentner abgegeben, wobei als Mindestbezugsquantum ½ Zentner gilt.

Potsdam.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung nahm den gedruckten Verwaltungsbericht entgegen. Der Oberbürgermeister Bosberg fügte noch einige Ergänzungen hinzu. Die Einkommensteuer habe zugenommen und die Bautätigkeit sei im Wachsen. Der Steuerzuschlag soll auch in diesem Jahre wieder 110 Proz. betragen. Eingehend besprach der Oberbürgermeister die städtische Grundstückspolitik. Die Grundstücksanleihe von 1½ Millionen Mark werde getilgt und verzinst aus dem Erlös der veräußerten Grundstücke. Der Etat schließt mit 7 939 000 M. ab, das sind zirka drei Viertel Millionen Mark mehr wie im Vorjahr. Zurzeit beschäftigen die Stadt mehrere Projekte: der Luftschiffhafen an der Pirschheide wird aller Voraussicht im Oktober mit der Flugsaison beginnen können. Das Brückenprojekt über die Freundschaftsinsel hat noch eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden. Dazu kommt ein weiterer Ausbau der städtischen Straßenbahn. Für das städtische Wasserwerk II (Teltower Vorstadt) soll zur Vergrößerung eine zweite Zentrifugaldruckpumpe aufgestellt werden und das Werk mit einer zweiten Hochdruckleitung versehen werden. Der Einrichtung einer Lehrstellenvermittelung für Lehrlinge und einer solchen für weibliche Personen wurde zugestimmt. Da in Potsdam die von den Meistern gewünschten Lehrlinge nicht vorhanden sind, soll der Anschluß an die Groß-Berliner Zentrale stattfinden, um so einen Austausch herbeizuführen. — Der Oberregisseur Axel Delmar in Steglitz hat im vorigen Jahre auf dem Brauhausberge ein Naturtheater für die „deutschen Heimatsspiele" eingerichtet. Die Stadt gewährte damals einen kleinen Zuschuß. Für dieses Jahr beansprucht Delmar nun 2000 M. städtischen Zuschuß. Er will dafür den städtischen Beamten und den städtischen Schulen eine Preisermäßigung gewähren und 25 Proz. des Reingewinns für gemeinnützige und wohltätige Zwecke der Stadt überlassen. Nachdem von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, daß einerseits die patriotische Gesinnung geweckt und gefördert, andererseits der Fremdenzuzug gehoben würde, wurde die Summe bewilligt. (Als man in der vorigen Sitzung den

städtischen Arbeitern täglich 10 Pf. Zulage gewährte, von 2,75 M. auf 2,85 M., fanden sich Stadtverordnete, die nun endlich Schluß mit der Bewilligung der Arbeiterforderungen forderten; diesmal schwiegen diese Herren!) — In der nichtöffentlichen Sitzung wurden Aenderungen der Besoldungsordnung beschlossen.

Die gute Entwickelung der städtischen gewerblichen Anlagen bildet mit ihren Mehreinnahmen den Ausgleich für die entstandene Mehrbelastung des städtischen Etats. Das Elektrizitätswerk brachte im Jahre 1911 einen Ueberschuß von 848 732 M. (das sind 57 679 M. mehr gegen das Vorjahr), die Straßenbahn 161 041 M. (10 712 M.) und das Wasserwerk 56 000 M. (12 000 M.) Im ganzen brachten diese gewerblichen Anlagen 1911 565 784 M. Ueberschuß, das ist ein Mehr von 80 392 M. Mit den Gemeindeabgaben, die 1 854 180 M. betragen und um 68 480 M. zugenommen haben, bilden sie die Einnahmequellen für den städtischen Etat.

Eine Einäscherungshalle soll von der Stadt gebaut werden. Plan und Zeichnungen sind bereits fertiggestellt. Ihre Aufstellung erfolgt zwischen den beiden städtischen Friedhöfen. Man hofft auch auf eine Benutzung dieser Anlage durch die westlichen Vororte. In Potsdam selbst hat sich bereits ein Verein für Feuerbestattung gebildet, der eifrige Propaganda treibt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet **Lindenstraße 69**, vorn vier Treppen — **Fahrstuhl** —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

St. P. S. 7. Die notwendigen Haushaltungsgegenstände müssen belassen werden. Genauere Auskunft läßt sich erst erteilen, wenn Sie uns ein Inventarverzeichnis einsenden. — **K. 62. Gelöst.** Eine Verpflichtung, die Kinder am Konfirmationsunterricht teilnehmen zu lassen, besteht nicht. — **Rudi 110.** Sie können zunächst auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft klagen. Erst dann, wenn ein dahingehendes Urteil ergangen und nach Rechtskraft desselben ein Jahr verstrichen ist, haben Sie einen Scheidungsgrund. — **E. B. 47.** Ja, sowohl straf- als auch zivilrechtlich. — **M. L. 4483.** Beschweren Sie sich beim Landgericht. — **L. S. 1. 10.** Ihre Angaben reichen nicht aus. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **A. N. 19.** 1. und 2. Das Schriftstück reicht nicht aus. Falls der Wagen bereits bezahlt ist, können Sie mit dem Eigentümer einen sog. Sicherungsübereignungsvertrag schließen, andernfalls lassen Sie sich das Recht auf Eigentumsübertragung abtreten. Das Schriftstück wird am zweckmäßigsten von einem Anwalt entworfen. Die Kosten sind nicht erheblich.

Witterungsübersicht vom 11. März 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemünde	767	ONO	2	bedeckt	0	Haparanda	777	NO	2	Schnee	−12
Hamburg	764	ONO	3	wolkenl.	3	Petersburg	774	NO	3	bedeckt	−4
Berlin	764	O	3	wolkig	2	Scilly	758	O	2	wolkig	8
Frankf.a.M.	760	NO	1	Dunst	4	Aberdeen	763	Still		wolkig	5
München	761	SW	4	Regen	3	Paris	761	SW	2	heiter	5
Wien	759	Still		bedeckt	5						

Wetterprognose für Dienstag, den 12. März 1912.
Kühl und vielfach wolkig bei ziemlich frischen nordöstlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Marktbericht von Berlin am 9. März 1912, nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. **Markthallenpreise.** (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 35,00—56,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln 9,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,80—6,00. 1 Kilogramm Karpfen 1,10—2,40. Aale 1,20—3,00. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,40—2,60. Barsche 1,00—2,00. Schleie 1,40—3,20. Bleie 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 4,00—30,00.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 10. 3. cm	seit 9. 3. cm¹)	Wasserstand	am 10. 3. cm	seit 9. 3. cm¹)
Memel, Tilsit	629²)	−3	Saale, Grochlitz	159	0
Pregel, Insterburg	278²)	−22	Havel, Spandau³)	88	−3
Weichsel, Thorn	320	−14	„ Rathenow³)	106	−2
Oder, Ratibor	244	+51	Spree, Spremberg³)	80	0
„ Krossen	214	−8	„ Beeskow	110	0
„ Frankfurt	224	−6	Weser, Münden	226	−25
Warthe, Schrimm	216	−10	„ Minden	326	−9
„ Landsberg	162	+7	Rhein, Maximiliansau	467	−17
Netze, Vordamm	68	−3	„ Kaub	318	+1
Elbe, Leitmeritz	126	−10	„ Köln	415	+1
„ Dresden	14	−9	Neckar, Heilbronn	118	−12
„ Barby	288	−1	Main, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	234	0	Mosel, Trier	229	−53

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall. — ²) Unterpegel. — ³) Eisversetzung.

Die **Memel** erreichte ihren höchsten Stand bei Schmalleningken am 8. abends mit 692 cm, d. i. etwa 2½ m über Ausuferungshöhe und 0,18 m über Mittelhochwasser, bei Tilsit gestern nachmittag zwischen 4 und 6½ Uhr mit 636 cm, d. i. 2 m über Ausuferungshöhe, 0,3 m über Mittelhochwasser, heute früh betrug der Wasserstand bei Schmalleningken nur noch 518 cm, wobei Eis nur noch in einzelnen Schollen trieb, und bei Tilsit 615 cm.

Ruß und Gilge sind seit gestern ebenfalls etwas gefallen und waren schon heute früh bei den Pegelstellen Kloken und Skäpen eisfrei.

SÄNGER: REDNER: RAUCHER:
WYBERT-TABLETTEN
schützen Sie vor: HUSTEN HEISERKEIT KATARRH
Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis Mk 1.–

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 12. März 1912.
Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Die Zauberflöte.
Kgl. Schauspielhaus. Die Quitzows.
Deutsches. Viel Lärm um Nichts.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Sarrasani. Gala-Vorstellung.
Haverland. Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen. Hörsaal: Dr. Berndt, 8 Uhr: Die Abstammung des Menschen.
Invalidenstr. 57—62: Dr. Kritzinger, 8 Uhr: Kometen und andere Wunderzeichen am Sternenhimmel.
Lessing. Glaube und Heimat.
Kleines. Lottchens Geburtstag. Genz und Fanny Elßler. Hockenjos.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Neues Schauspielhaus. Helligenwald.
Neues. Der liebe Augustin.
Kammerspiele. Eine glückliche Ehe.
Residenz. Alles für die Firma.
Komische Oper. Zar und Zimmermann.
Kurfürstenoper. Die verkaufte Braut.
Westen. Wiener Blut.
Lustspielhaus. Die Damen des Regiments.
Berliner. Große Rosinen.
Neues Operetten. Eva.
Schiller O. Gräfin Lea.
Schiller-Charlottenburg. Kyritz-Pyritz.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Der Feldherrnhügel.
Luisen. Der Verschwender.
Rose. Bonaparte und seine Frauen.
Wintergarten. Spezialitäten.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Trianon. Das kleine Café.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Casino. Der Kampf ums Dasein.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Herrnfeld. Wie man Männer bessert. Der Hausteufel.
Reichshallen. Stettiner Sänger.

Anfang 8¼ Uhr.

Folies Caprice. Mandelblüth's Polterabend. Losgelassen. Waffenübung.
Walhalla. Menschenrechte.
Voigt. Das Mädchen ohne Ehre.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Der Meister.
Belle-Alliance. Zapfenstreich.

Sternwarte. Invalidenstr. 57—62.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Rosinen.

Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Napoleon Bonaparte u. seine Frauen.
Mittwoch: **Der Spielteufel.**
Donnerst.: **Napoleon Bonaparte.**

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Emilia Galotti.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Wildente.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Kyritz-Pyritz.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Fee Caprice.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Kyritz-Pyritz.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Sonnt. 3½ Uhr zum erstenmal: **Der Vogelhändler.**

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Wiener Blut.
Sonntag 3½ Uhr: **Ein Walzertraum.**

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwank in 3 Akten von M. Hennequin und G. Mitchell. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Bolten-Baeckers.
Morgen u. folg. Tage: **Alles f. d. Firma.**
Sonntag 3 Uhr: **Kümm. Dich um Amelie**

Luisen-Theater.
Dienstag: **Der Verschwender.**
Mittwoch Benefiz für den Regisseur Karl Iban: Premiere: **Die Rose von Japan.**

Belle-Alliance-Theater.
Dienstag: **Zapfenstreich.**
Mittwoch: **Die Ehre.**
Donnerstag: **Die Ehre.**

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von V. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr.
Das gr. komische Programm
mit
Oskar und Suzette
moderne Tänzer
Los No. 33
usw.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger

Zum Schluß:
Eine Hochzeit in der Müllerstraße.
Burleske von Meysel.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Zirkus Busch
Internationale Ringkämpfe.

Bisherige Resultate:

Noel le Bordelais (Frankreich)	1	Sieg,	2	Niederlagen
Willi Urbach (Rheinland)	1	„	1	„
Hadji Mourzouk (Tunis)	kein	„	3	„
Carlos (Belgien)	kein	„	2	„
Heinrich Weber (Köln)	2	„	keine	„
Friedrich Zisa (Prag)	kein	„	4	„
Willy Stalling (Bremen)	kein	„	3	„
Fred Markussen (Nordschlesw.)	4	„	keine	„
Alphonse Seurs (Belgien)	3	„	keine	„
Albert Sturm (Berlin)	4	„	keine	„
Hein (Berlin)	3	„	keine	„
Petitjean (Berlin)	kein	„	3	„

Karl Kornatz (Ostpreußen) tritt erst jetzt auf.

Es sind demnach noch 60 Kämpfe auszutragen. Jeder Abend enthält nur erstklassige hochinteressante Zusammenstellung.

Außerdem das große zirzensische Programm und das Manege-Schauspiel: **„Die Hexe“**

„CLOU“
Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Großes Konzert!!!
Musikc. d. Garde-Fuß-Artillerie-Regiments. Oberm. **Jolly**
und
!!! Zillerthaler und Tegernseer Sänger, Plattler und Jodler !!!
Anfang 8 Uhr.
An allen **Wochentagen** nachmittags:
Promenaden-Konzert bei **freiem** Eintritt.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108-114.

Heute Dienstag, den 12. März:
Elite-Tag. Prämiiert werden:
Die ähnlichsten Damen-Zwillinge.
von 16 Jahren an.
3 bare Geldpreise: 50,—, 30,—, 20 Mark.
Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
Legitimation: Geburtsurkunde.

Voranzeige! **Mittwoch, 13. u. Donnerstag, 14. März:**
Schönheits-Konkurrenz.
Prämiiert werden am Donnerstag, den 14. März 1912:
Die drei schönsten Damen.
Drei bare Geldpreise: 50.—, 30.—, 20.— Mark. Trostpreise.
Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
Anfang 7 Uhr. An allen 3 Tagen: Entree 30 Pf.
5 Kapellen. **Großer Ball.** 30 bayerische Madl.

Passage-Theater.
Melia
die schönste und gefeiertste russische Tanzkünstlerin
Schneider-Duncker
Danell-Truppe etc.
und 12 Varieté-Sensationen.
Donnerstag zum erstenmal:
Das Geisterfenster.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 14. März:
Der Kampf ums Dasein.
Ab Freitag, den 15. März 1912:
Der Possen-Schlager
Die lustige Strohwitwe.
Sonnt. 3½: **Die Tochter d. Sträflings.**

Königstadt-Kasino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße
Täglich abends 8 Uhr.
Sonntags ½6 Uhr:
Theater und Varieté.
Vom 1.—16. März **8 Spezialitäten** und **„Kinder der Wüste“**.
Operetten-Burleske v. O. Richter.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.
Hörsaal Dr. Berndt 8 Uhr: Abstammung des Menschen.
Invalidenstraße 57—62:
Dr. Kritzinger 8 Uhr: Kometen und andere Wunderzeichen am Sternhimmel.

Zirkus A. Schumann
Heute Dienstag 7½ Uhr:
U. a.:
Die besten Radkünstler
5 Herren Aurora 5
mit ihrem
lebenden Roulette.
Dir. **Albert Schumann** mit seinen neuesten Kreationen sowie die übrigen Spezialitäten.
Um 9 Uhr:
Das mit so großem Beifall aufgenommene neueste und größte Ausstattungsstück
Das Motorpferd
in 5 Akten
und der großen Schlußapotheose mit noch nie dagewesen. Effekten

Voigt-Theater.
Dienstag, den 12. März 1912:
Gastspiel im **Moabiter Winter-Garten,** früher **Artushof**, Perleberger Str. 26
Ein armer Edelmann.
Schausp. in 5 Akt. v. Oktave Feuillet.
Kassenerößnung 7, Anfang 8½ Uhr.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstrasse
Allabendlich:
Tänze auf d. Eise.
D. kleine Charlotte
Weltmeister
Bror Meyer.
Das prächtige Eisballett
Alpenzauber.
Nachmittags:
Kunstlauf-Produktionen.
Bis 6 Uhr und von 10½ Uhr abends halbe Kassenpreise.

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100.
Allabendlich **7½** Uhr:
Das Aufsehen erregende
Novitäten-Programm.
Mittwoch, den 13. März:
Nachm. 3 Uhr u. 7½ Uhr:
2 Vorstellungen 2.
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Vorverkauf a. d. Circuskasse und an sämtlichen Billettverkaufsstellen von **A. Wertheim.**

Herrnfeld Theater
Ein neuer Sensationserfolg
Wie man Männer bessert.
2 Akte von Anton u. Donat Herrnfeld mit den Autoren in den Hauptrollen.
Hierzu die Novität:
Der Hausteufel.
Anfang 8 Uhr.
Billettvorverkauf 11—2 (Theaterkasse)

Passage-Panoptikum.
Lebend! Lebend!
Hede
das
Löwenmädchen.
Ein atavistisches Wunder.
Das Mädchen mit dem **Mähnenkopf.**
Halb Mensch — halb Animal.
Das blaue Weib, ein Opfer wilder Barbaren.
Die Frau in der Kanne.
Befreiung a. d. Wassergrab.
Ohne Extra-Entree!

Folies Caprice.
Anfang 8¼ Uhr:
Waffenübung.
Freitag, den 15. März:
Premiere.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

Verkäufe.

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern.

Teppiche, Farbenfehler, jetzt fabelhaft billig. Riesen-Fabriklager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik; billiger wie überall. Vorwärtslesern noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken, staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 3.85, 4.50, 5.25, 6.50, 8.25, 10.50. Fabriklager Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigst, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschdecken mit kleinen Fehlern zu Spottpreisen. Große Frankfurterstraße 125. Nur im Hause der Möbelfabrik.

Möbelstoff-Läufer, Linoleumreste, fabelhaft billig.

Sport- und Schlafdecken 1.25, 1.40, 1.85, 2.45, 2.85 usw. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 1121K*

Hermannplatz 6 Pfandleihhaus. Jedermanns allerbilligster Wareneinkauf. Riesenauswahl Pelzsachen. Herrenpaletots. Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Herrenhosen. Damensachen. Extrabilliger Bettenverkauf. Aussteuerbetten. Vermietungsbett. Aussteuerwäsche. Bettwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Portieren. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Wanduhren. Wandbilder. Schmucksachen. Taschenuhren. Kettenauswahl. Ringeauswahl. Festgeschenke. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. †50*

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz; Rosentalerstraße 54. 926K*

Einsegnungsanzüge, kleine Anzahlung. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4 (Schlesischer Bahnhof). *

Teppiche in allen Größen, enorm billig. Portieren, Diwandecken, Engroshaus Hermann Henow, Gertraudtenstraße 18—19, I. Kein Laden. „Vorwärts"-leser 5 Prozent Rabatt. 1091K*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark, Hosen 6—14 Mark Versandhaus **Germania,** Unter den Linden 21. 1286K*

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außergewöhnlich billig! Vorwärtsleser 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Brünn, Hackescher Markt 4 (Bahnhof Börse). Sonntags geöffnet. *

Monatsgarderobenhaus und Pfandleihe von Sommerfeld, früher 25 Jahre Heinrichsplatz, jetzt Prinzenstraße 34 I, bietet jedem Käufer große Geldersparnis für Anzüge, Paletots, Ulster für jede Figur passend, nur Prinzenstraße 34, eine Treppe. *

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Geld! Geld! Sparen Sie, wenn Sie im Leihhaus „Rosenthaler Tor", Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße kaufen. Anzüge von 9,00 Mark an; Paletots von 5,00 an; Damengarderobe, Betten, Wäsche, Gardinen, Portieren, Freischwinger, Bilder, Uhren, Gold-, Silberwaren, Fahrräder, von letzten Auktionen zurückgekaufte, sowie neue Waren. Alles spottbillig. Anzüge werden verliehen. Sonntags geöffnet. Hohe Beleihung. 1080K*

Federbetten. Stand 10,00, 15,00, 22,00, feinste Brautbetten, Wäsche, Schmucksachen, Uhren billigst. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 1089K*

Gardinen, Stores, Portieren, Steppdecken, Teppiche, Einsegnungsgeschenke. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7.

Leihhaus „Schöneberg", gegenüber Bahnhof, Sedanstraße 1, Telephon Amt 6, 15687, bietet stets Gelegenheitskäufe in verpfändet gewesenen und neuen Anzügen, Sommer- und Winterpaletots, einzelnen Hosen, goldenen, silbernen Herren- und Damen-Remontoire-Uhren, Ketten 3,50 an, ferner goldene Ringe, Broschen, Ohrringe, Pianinos, Fahrräder, Freischwinger 10 Mark an. Richard Eichelmann. 200K

Gaskronen, dreiflammig 7,50, komplett, Gaszuglampen 6,00, Gaslyren 2,40, Gaswandarme 1,50. Kronenlager, Große Frankfurterstraße 92, Ravenéstraße 6 (Wedding), Rixdorf, Berlinerstraße 102. 61K*

Zinkwaschfässer, Zober, Sitzwannen, Badewannen. Spezialfabrik Reichenbergerstraße 47. Lesern 5 Proz.

Es lohnt nur bei Max Weiß, 87, Große Frankfurterstraße 87, altbekannte Firma, zu kaufen. Man wird am reellsten und billigsten bedient. Wenig getragene, teilweise auf Seide, von Kavalieren nur kurze Zeit getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Gehrockanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Paletots, Ulster, Hosen, einzelne Fracks und Smokings werden zu billigsten Preisen verkauft. Die elegantesten Sachen sind auch leihweise sehr billig zu haben. 87, Große Frankfurterstraße 87. Bitte im eigenen Interesse auf die Firma zu achten. 38/17*

Kinderwagen, Klappwagen, Kinderbetten. Billigste Riesenauswahl. Vorwärtsleser fünf Prozent. Kottbuserdamm 90. 216/3*

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9—18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Kostümen, Kleidern, Tuchmänteln, auf Seide. Herstellungspreis bis Mark 150, jetzt bis 35 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a.

Billig, billig, billig! Monatsanzüge, wenig getragene Sommerpaletots, Gehrockanzüge, Fracks, Smokings kauft man nur bei Weingarten, Prinzenstraße 28 I, Eckhaus Ritterstraße, früher 20 Jahre Gitschinerstraße. 1095K*

Glossen zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69 Laden.

Littauer Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig, Skalitzerstraße 99, Warschauerstr. *

Fischers Teppichhaus, gegr. 1884, Potsdamerstraße 109. Spottbillige Riesenposten Teppiche, Portieren, Gardinen, Steppdecken, Tüllstores, Läuferstoffe. Vorwärtsleser Extrarabatt. 955K*

Pommersche Betten! zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig, 15,00, große Laken 90 Pfennig, Damastbezüge 3,80, Aussteuerwäsche, Steppdecken, Portieren, Teppiche, Gardinen. Pfandleihe, Prinzenstraße 34. 1037K*

4.25. Prachtbett 10.00, ganzer Stand, rotrosa gestreift. Prinzenpfandleihe, Prinzenstraße 34. *

Brautbetten, ganzer Stand 27,00, nur in der billigen Pfandleihe Prinzenstraße 34. Fahrgeld wird vergütet. *

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Herrschaftsbetten, 18,00, zwei Prachtstand, umständehalber, Yorkstraße 17 II. †156

Landparzelle, herrlich Nähe Müggelsee gelegen, 74 Quadratruten, gezäunt, billig gegen Barzahlung verkauft Menzel, Steinmetzstr. 42, IV.

Sitz-, Liegewagen billig Neukölln, Steinmetzstraße 80, III. †48

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Nur Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Gegründet 1874. Vorwärtslesern 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 2491K*

Monatsanzüge, Paletots, großes Lager, jede Figur, kauft man am billigsten beim Fachmann; jede Aenderung nach Wunsch. 15 Prozent billiger für Vorwärtsleser. Fürstenzell, Schneidermeister, Rosenthalerstraße 10. Fernsprecher Norden 5117.

Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörffer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 187 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Gardinenreste! Spottbilliger Inventurverkauf! Fenster 1.85, 2,25, 3,25 bis 6,85. Stores, Rouleaux, Uebergardinen. Ausverkauf zurückgesetzter Muster. Wolfs Teppichhaus, Dresdenerstraße 8. Vorwärtsleser 10 Prozent Rabatt. 903K*

4.00 Prachtbett, 9,50 ganzer Stand, rotgestreift, Laken 0,80, Damastbezüge 3,55, Steppdecken. Andreasleihhaus Andreasstraße 38. *

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig, 14,25, nur Andreasleihhaus. *

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen, 26,00, nur Andreasleihhaus, Andreasstraße achtunddreißig. Fahrgeld vergüte. 1141K

Teppiche, Prachtstücke mit kleinen Farbfehlern, 12,50, Portieren alle Farben 4,25, Plüschdecken 6,75, Steppdecken 4,50 Gardinen, Einzelfenster 2,50, Erbstüll-Bettdecken 4,50. Günstigste Kaufgelegenheit. Georg Lange Nachfolger, Chausseestraße 73/74. „Vorwärts"-lesern noch 5 Prozent Extrarabatt. 1120K*

Ohne Anzahlung, Woche 0,50. Bilder, Spiegel, Möbel, Polsterwaren, Steppdecken, Tischdecken, Teppiche, Gardinen, Portieren, Bezüge, Uhren, Gaskronen liefert billigst Weber, Neue Königstraße 34. Besuch oder Postkarte. 1014K*

Geschäftsverkäufe.

Eckdestillation wegen Zurruhesetzung preiswert zu verkaufen. Neukölln, Steinmetzstraße 38, bei Hecht.

Gutgehendes Eckrestaurant mit Garten wegen Krankheit verkäuflich. Auskunft Filiale Vorwärts, Weißensee.

Destillation sofort (altershalber) zediert Hauseigentümer Wubitschstraße 90. 1146K*

Kohlen-, Gemüsegeschäft, mit und ohne Fuhrwerk, krankheitshalber billig verkäuflich Rixdorf, Emserstraße 21.

Zigarrenecke, Wohnung, billige Miete, umständehalber sofort verkäuflich. Pappelallee 72. †114

Gutgehendes Obst-, Gemüse-, Vorkost-, Seifengeschäft verkäuflich. Miete 30. Adalbertstraße 38. 584b

Installations-Geschäft, Elektrischlicht, Gas und Wasser, gutgehend, ist für 3500 mit ausstehenden guten Saisonarbeiten (an 2000 Mark) zu verkaufen. 1000 Mark Miete. Am Bayrischen Platz, Salzburgerstraße 10.

Gutgehendes Milchgeschäft, vier Faß, und Kolonialwaren, Leonhardtstraße 11, Charlottenburg. †34

Restauration, Wahlverein, Sparverein, Theaterverein, Werkstattsitzungen, Parteiverkehr. Monatlich zirka 28 Halbe hell, billig zu verkaufen, Fruchtstraße 63. †38

Möbel.

Teilzahlung, Möbeleinrichtung, Stube und Küche 15 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. Berolina, Kastanienallee 49. 1114K*

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unterm Preis sind. Bücherspind 68,—, Schreibtisch 48,—, Bettstelle 33,—, Trumeau mit Stufe 34,—, Garnitur, Sofa, 2 Sessel, Sofa 45,—, Kleiderspind 46,—, Herrenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, wundervolle Sachen, sehr billig. Kommen Sie erst vor Ihrem Einkauf zu mir, Sie sollen die Möbel nur besichtigen. Ehrlich, Alte Schönhauserstraße 32. 1117K*

Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Herrengarderobe und Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) 1075K*

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor, Spezial-Möbelhaus. Auf Kredit und gegen bar. Große Auswahl jeder Art. Stube und Küche, Anzahlung schon von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5 Mark an. Liefere auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12—2 geöffnet.

Möbel-Cohn, Große Frankfurterstraße 58, nahe Kaiserstraße. Wohnungs-Einrichtungen auf bequeme Teilzahlung. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke Anzahlung von 5 Mark an. Moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer. In bunten Küchen riesengroße Auswahl. Liefere auch nach auswärts. Abzahlung wöchentlich, monatlich, ganz nach Wunsch. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntags 12—2 Uhr geöffnet. 964K*

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft M. Goldstaub, Zossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. Kein Waren-Abzahlungsgeschäft! 2901K*

Auf Teilzahlung! Einzelne Möbel, komplette Wohnungseinrichtungen in einfacher und besserer Ausführung liefert unter kulanten Zahlungsbedingungen die seit 50 Jahren bestehende Möbelfabrik Hermann Nolte, Tischlermeister, Zionskirchstraße 39. *

Chaiselongue, nagelneu, 16,00. Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Dringend verkaufe bis Ende März Nußbaumwirtschaft mit prachtvollen Küchenmöbeln, Gaskrone, Teppich, einige Wandbilder, Geschirr, 195,—, Säulentrumeau 38,—. Händler zwecklos. Neue Königstraße 66 I. 216/17*

Bildschöne Nußbaumwirtschaft, Stube, prachtvolle Küche, noch neu, muß billig verkaufen. Waßmannstraße 13 I. 41/1*

Verkäuflich: (Händler zwecklos!) Moderne Nußbaumwirtschaft, Kücheneinrichtung. Elegantes Plüschsofa, Umbau, Ankleideschrank Prachtwandbilder, Chaiselongue, Trumeau, Gaskrone, Verschiedenes. Königsbergerstraße 11, vorn I rechts, Fischer. 41/3

67 Schreibtische, Eiche, Nußbaum, Mahagoni zu nie gekannt billigen Preisen. Fabrik Skalitzerstraße 25, an der Hochbahn! 1085K

Möbel verkaufe zu außergewöhnlich niedrigen Fabrikpreisen direkt im Fabrikgebäude und Laden. Besichtigung ohne Kaufzwang. Wohnungseinrichtung, Stube und Küche 200,00, 270,00—400,00, zwei Stuben und Küche 400,00—700,00, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Küche 950,00—1450,00. Aeußerst günstige Gelegenheit bietet sich meiner Kundschaft in Gelegenheitskäufen, darunter Muschelkleiderspind, Vertikos, Ruhebetten, Muschelbettstelle mit Matratze, Säulentrumeaus, Schreibtische, Büfette, Plüschgarnituren, Bücherspinde, Paneelsofa sowie ganze Einrichtungen. Eventuell Zahlungserleichterung. Gekaufte Möbel werden kostenfrei aufbewahrt und geliefert. Richard Dehmel, jetzt Oranienstraße 131. 1138K*

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"-leser 3 Prozent Rabatt. 39K*

Möbelfabrik. Verkauf Schützenstraße 73/74, an der Friedrichstraße. Billiger wie überall. Zahlungserleichterung bei niedrigsten Kassapreisen. Einrichtungen von 250,—, 350,— bis 3000,— in großer Auswahl am Lager. Bettstellen, Kleiderschränke, Vertikos, Spiegel, Sofaumbauten, Büfetts, ganz besonders preiswert. Sonntags 12—2 nur Schützenstraße 73/74. 858K*

Chausseestraße 49. Möbelspeicher, finden Brautleute, Möbelkäufer, riesiges Lager in bürgerlichen Wohnungseinrichtungen. 80 farbige, moderne Küchen von 52,—, 70 Mocquettsofas in den schönsten Mustern 48,—, 120 englische Bettstellen, Ruhebetten, Schreibtische, Kristallumbaus 38,—, Verbindungstische 23,—, Büfetts, Speisezimmer, komplette Schlafzimmer, alles jetzt billig! 1151K*

Möbelangebot spottbillig, Möckernstraße 25, im Anhalter Bahn-Möbelspeicher, an der Möckernbrücke. Einzelne Schreibtische 29,—, Bücherschränke, Büfetts, Kredenzen, Spiegelschränke, Kleiderschränke schon 25,—, Bettstellen, Schreibstühle, Rohrstühle, Lederstühle, Klubsessel, Säulentrumeau 30,—. Waschtoilette mit Marmorplatte 28,—, Salontische, Nähtische, Ausziehtische 18,— an. Plüschgarnitur, Salongarnitur, Paneelsofa, Sofa 40,—, Sofaumbau, Flurgarderoben 17,50. Bilder mit Prachtrahmen, Standuhren, Freischwinger 12,—. Riesenauswahl wenig fehlerhafter Teppiche statt 12,— jetzt 8,50. Extragroße, farbenprächtige Salonteppiche 35,— bis zu den elegantesten. Chaiselongue mit Decke 22,50. Diwandecken, Steppdecken, Plüschtischdecken 5,—. Tüllbettdecken 2,—. Tüllgardinen. Restbestände unter Preis. Erbstüllstores mit Volant 3,50. Plüschportieren 7,50. Gaskronen 15,—. Oelbilder. Für Brautleute, Hotels, Pensionate ganz außergewöhnlich billige Schlafzimmer, prächtige Herren-, Speisezimmer, Salons moderne Küchen, ganze Wohnungseinrichtungen, nur durchweg neue, gediegene Waren, zum schleunigen Verkauf. Otto Libeke, Möbel-Warenspeicher, Eingang nur Möckernstraße 25. Uebernahme ganzer Warenlager, Konkursmassen, Wirtschaften zum schnellen Verkauf und Auktion. 978K

Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger wie regulär. Ergänzungsmöbel. Büfette, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Trumeaus 37, Schränke, Vertikos 27, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenmöbel, Klubsessel, Ledersofas, Umbaue, Lederstühle usw. spottbillig. Lemmerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55, Rosenthaler Tor. Die Möbel sind in vier Etagen aufgestellt. 1078K*

Möbeltausch. Aeltere, unmoderne Möbel werden in Zahlung genommen und moderne dafür geliefert, die Differenz in bequemen Raten. Anfragen unter Postlagerkarte 18, Postamt 22. 1118K*

Stuben- und Küchenmöbel, Küchengeschirr, Teppich, Bilder, Krone, sehr billig, umgehend verkäuflich Weinmeisterstraße 1b—2, Hausverwalter.

Viel Geld sparen Sie durch reellen, billigen Einkauf in der Möbelausstellung Oranienstraße 202 (Innungsmeister). Auch Teilzahlung. Vorwärtslesern 5 Prozent. 1104K*

Möbel, Kleiderschrank, Vertiko 28,—, Trumeau 45,—, Schreiber, Brunnenstraße 123. 1116K*

Möbelangebot. Vorteilhafteste Gelegenheitskäufe durch Ankauf ganzer Warenläger. Einzelmöbel, komplette Einrichtungen, schlichteste, eleganteste Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Riesenauswahl, 5 Etagen. Fabrikgebäude, Neue Königstraße 5—6, Teilzahlung gestattet. Sonntags geöffnet. *

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Zinsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. *

Gelegenheitskäufe in neuen Möbeln für Brautleute, Pensionate, Hotels, Zimmervermieterinnen und Kleinhändler, Kamerlings Möbelhaus engros, en detail, Kastanienallee 56, Ecke Weinbergsweg. Hausnummer, Name beachten. 503b*

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Komforteinrichtungen in gediegener Arbeit an Reelldenkende auch auf Teilzahlung und bittet Parteimitglieder um Besuch der großen Läger. Niedrige Anzahlung. Zinsvergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schatz, Brunnenstraße 160, Eingang Anklamerstraße.

Moebel-Boebel, Oranienstraße (Moritzplatz) 5a, Fabrikgebäude, liefert als Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Größte Auswahl. 9 Etagen in 2 Fabrikgebäuden. Billigste Preise. Ein Zimmer und Küche 234,—, 336,—, 409,—, 496,—, 566,—, 655,— bis 1000,—. 2 Zimmer und Küche 448, 501,—, 571,—, 660,—, 773,—, 867,—, 991,— bis 2000,—. Schlafzimmer 194,—, 270,—, echt Eiche 299,—, 350,—, 401,—. Wohnzimmer, modern, 266,—, 318,—, 343,—, 403,—, Speisezimmer, echt Eiche, 343,—, 373,—, 462,—, 571,—. Herrenzimmer, englische Bettstelle mit Matratze 42,—, Trumeau, geschliffen 36,—, Plüschsofa 58,—, Umbau 70,—. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. 5 Jahre Garantie. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8, Sonntags 12—2. Kein Laden. Verkauf im Fabrikgebäude. 952K*

Möbel-Messing, Dresdenerstraße 124, am Kottbusertor. Auf Kredit und bar. Stube und Küche, Anzahlung von 15 Mark an Beamten ohne Anzahlung. Liefere auch auswärts. Vorzeiger dieses erhält 5 Mark gutgeschrieben. Sonntags von 12—2 geöffnet. 1148K*

Kaufen Sie direkt beim Tischlermeister. Komplette Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen. Besichtigen Sie meine Ausstellung. Harnack, Stallschreiberstr. 57 (Moritzplatz). Verkauf nur im Fabrikgebäude. Zahlungserleichterung. *

Möbel (diskret). Reelle, alte, gut renommierte Firma liefert Möbel unter Diskretion auf Teilzahlung. Anfragen: Postlagerkarte 12, Postamt 22. 1119K*

Musikinstrumente.

Pianino, tadellos erhalten, sofort allerbilligst verkäuflich Menzel, Charlottenburg, Kantstraße 51. 535b

Pianinos, Harmoniums, Flügel jeder Preislage, gebrauchte 120,00 an. Teilzahlung. Scherer, Chausseestraße 105. 534K*

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 1006K*

Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35,—. Holz, Blumenstraße 44 1093K*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil 50,00 an. Holz, Blumenstraße 44. *

Fahrräder, absolut billige Winterpreise, gebrauchte, neue Fahrräder, Riesenauswahl speziell hochfeiner Markenräder. Leihhaus Lohmann, Neue Schönhauserstraße 11. 247/11*

Kaufgesuche.

Zahngebisse in Kautschuk, Gold, Silber und Platina kauft pro Zahn bis 50 Pfennig und für Platin zahlt den höchsten Preis Blumenreich, Brunnenstraße 8, am Rosenthaler Tor. (Telephon.) 768K*

Platinabfälle, per Gramm 5,75 Mark, Gold-, Silbersachen, Gebisse kauft höchstzahlend Goldschmied Beuckard, Mulackstraße 22, nahe Rosenthalerstraße. 2956b*

Zahngebisse, Goldsachen, Silberabfälle, Platina, Stanniol, höchstzahlend. Edelschmelze, Dresdenerstraße 9 (Hochbahn).

Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Zahngebisse, Zahn bis 0,95, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Stanniolpapier, Quecksilber, Zinn, Kupfer, Gummiabfälle, Goldwatten, Blattgold, höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31.

Kaufe Frauenhaare, ausgekämmte. Zahle höchste Preise. Kafka, Zöpfefabrik, Rixdorf, Erkstraße 3. *

Zahngebisse, Goldsachen, Silber, Platina, Stanniol, Quecksilber, höchstzahlend. Edelschmelzerei, Friedrichstraße 129 (Weidendammerbrücke). *

Zahngebisse, Zahn bis 1 Mark, Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 216/15*

Zahngebisse, Zahn bis 1,00, Platinabfälle, Gramm 5,75. Geldkontor, Hollmannstraße 30. 525b

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swienty-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44K*

Technikum, Berlin, Neanderstraße 3 Schinkel-Akademie, Direktor Königl. Regierungs-Baumeister Artur Werner, Inhaber. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Gas, Wasser, Heizung, Werkmeister-, Techniker-Kurse, Ingenieur-Kurse, Polierkurse, Abendkurse, Tageskurse. 790K*

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 61. 2420K*

Kunststopferei von Frau Kokoski Schlachtensee, Kurstraße 8 III.

Vereinszimmer! Empfehle schönes, geräumiges Vereinszimmer. Kieper, Michaelkirchstraße 24. 4415*

Kunststopferei Lesser, Große Frankfurterstraße 67. 2399K*

Zeugen gesucht, welche gesehen haben, wie am 10. Juli 1910 abends 7 Uhr Leipzigerstraße (A. Wertheim) Frau von Automobil umgestoßen. Bitte Adresse bei Kröcher, Bergmannstraße 101, Turmstraße 37, Wurstgeschäft, angeben. Unkosten vergütet.

Märzbleiche! Wäsche wird schonendst gewaschen, im Freien getrocknet. Laken, Leibwäsche, vier Handtücher, fünf Taschentücher 0,10. Abholung Donnerstags. Lehmann, Köpenick, Kaiserin-Auguste-Viktoria-Straße 18. 5306

Märzwäsche wird schonendst gewaschen, tadellos gerollt. Leibwäsche, vier Handtücher, vier Taschentücher, Laken 0,10. Kein Vertauschen. Abholung, Lieferung Donnerstags. Herm. Kudasch, Köpenick, Flemmingstraße 9. 529b

Märzbleiche Brechke, Köpenick, Parisiusstraße 18, liefert schneeweiße, im Freien getrocknete Wäsche, vier Handtücher 10. Abholung Donnerstag.

Parteigenosse, selbständiger Handwerker, erbittet 300,— Darlehn auf 6 Monat. Sicherheit und gute Zinsen. Offerten K. „Vorwärts"-Spedition, Salzwedelerstraße 8. †101

Wer borgt Parteigenossen 75,—, Sicherheit, mit Zinsen zurück. Offerten „Vorwärts"-Spedition, Stettinerstraße. †127

Sofa 18,00, Plüschgarnitur, Sofa, zwei Sessel 36,00, Vertiko 22,00, Tisch 4,00, ganze Wirtschaft spottbillig verkäuflich Waldemarstraße 76, Vorderhaus 1 links. 41/5*

Sofort gutes Plüschtaschensofa 39,00. Schäfer, Chausseestraße 74 I.

Aufpolsterung, Sofas, Matratzen billig, im, außerm Hause. Schäfer, Chausseestraße 74. 41/6

Nußbaummöbel, Stube und schöne Küche, noch neu, verkauft umgehend sehr billig Rabau, Weinmeisterstraße 2. 41/4

Vermietungen.

Wohnungen.

Brombergerstraße 4/7, Stadtbahnhof Warschauerbrücke, 2 große Stuben, Bad, Kammer, Küche. Auf 6 Monate Entgegenkommen. Bahrfeldt, IV. 3925*

Gartenhaus, 2 Stuben, Küche, renoviert, 33 Mark, 1 Stube, Küche 24 Mark, Woldenbergerstraße 10. *

Prachtwohnungen, 2, 3 Zimmer, Loggia, Bad, Mädchengelaß 36,00 45,00 Koloniestraße 68. †122

Stube, Küche, 21,00, April, Admiralstraße 20. 526b

Schlafstellen.

Ein oder zwei junge **Leute finden** Schlafstelle, Lenze, Neukölln, Prinz-Handjerystraße 38. †47

Schlafstelle, Herrn, allein. Janezyk, Krefelderstraße 9, parterre.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Heimarbeit sucht Fr. Kagott, Heinersdorferstraße 6, Hof IV. 527b

Suche Stellung. 30 Jahre, verheiratet, eventuell auswärts. Literarisch, rednerisch und kaufmännisch bewandert. Letzte Tätigkeit als Kassenbote. Offerten an Köhler, Levetzowstraße 12a. 537b

Junger Mann, Parteigenosse, sucht Beschäftigung gleich welcher Art, gute Zeugnisse vorhanden. Offerten S. „Vorwärts"-Spedition Stettinerstraße. †127

Stellenangebote.

Marmorschleifer, tüchtiger, Ackerstraße 38. †106

Schlosserlehrlinge für Eisenkonstruktionen, Apparatebau und Bauschlosserei stellen ein König, Mücken u. Co., Koloniestraße 89/90. 1158K*

Klempner und Monteure für Spänetransportanlagen sucht Dannenberg u. Co., Frankfurter Allee 60.

Alter Mann oder Frau zum Liefern sucht Mewes, Jablonskistr. 27.

Rußeinleger, Fertigmacher, Bohrer. Pianomechanikfabrik Blumenstraße 96.

Zeitungsfrauen sofort verlangt Rosenthalerstraße 48. 41/9*

Tüchtige Kamisols auf Kostümjacken. Saß, Müllerstraße 182, Aufgang Hof II. 41/8

Zeitungsfrauen sofort verlangt Rathenowerstraße 3. 41/2*

Damenhosen-Näherinnen verlangt, auch Anlernen, Wilnat, Ueckermünderstraße 15. †114

Knaben-Rolljacken-Arbeiterinnen. Kirchhoff, Hausburgstraße 29, Ecke Thaerstraße. 40/19

Blusenstepperin, Zusammensetzerin, in, außerm. Neukölln, Allerstraße 5, Winkler. †123

Zeitungsausträgerin für neue Tour in Lichterfelde-Ost verlangt „Vorwärts"-Spedition Berusee, Steglitz, Albrechtstraße 5. *

Lehrmädchen im Alter von 14—16 Jahren aus achtbarer Familie gegen monatliche Vergütung sofort gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 10 bis 2 Uhr vormittags oder 6 bis 8 Uhr nachmittags. A. Jandorf u. Co., Belleallianccestraße 1—2. 1153K*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 60 Pf. die Zeile.

Korbmacher

auf Peddigmöbel bekommen Arbeit bei **H. Wengler,** Kopenhagen, Korsgade 16. 38/7*

Zwei tüchtige

Perlmutter-Knopf-Graveure

zum sofortigen Eintritt gesucht.
Hannoversche Knopffabr. Gompertz & Meinrath, Hannover. *

Achtung! Holzarbeiter.

Wegen Streik oder Lohndifferenzen sind gesperrt:

Tischlerei **Schuster,** Kopernikusstraße 23.
Bautischlerei **Hahn & Co.,** Tempelhof, Berliner Str. 101.
Tischlerei **Groß,** Schlesische Straße 20.
Stockfabrik **Boschwitz,** Brunnenstraße 181.
Berufsverein der Berliner Parkettgeschäfte, Charlottenburg, Uhlandstraße.
Für **Hartgummi-Arbeiter** die Firma **Matthaey,** Schlesische Str. 32.
Das **Berliner Arbeitswilligenvermittelungsbureau d. gelben „Handwerkerschutzverbandes".**
Arbeitsnachweis d. Stellmacherinnung und der Wagenfabrikanten, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz.

Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.